

# freie rundschau

ZEITSCHRIFT FÜR AKTIVE FREIHEITSPOLITIK

HERAUSGEBER: ZENTRALVERBAND POLITISCHER EMIGRANTEN AUS DER UDSSR (ZOPE) MÜNCHEN

NR. 6

NOVEMBER/DEZEMBER

1961

# Inhaltsverzeichnis

	DER BRUCH	1
<b>IM BRENNPUNKT</b>		
F. O. Kurbatow:	ZUM NEUEN PROGRAMM DER KPdSU (II)	3
Stefan C. Stolte:	GRIFF NACH DEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN	6
<b>SOWJETUNION</b>		
* * *:	DAS WIRTSCHAFTSPROGRAMM DER SU	11
Joseph Novak:	ERZEUGERMARKT UND EXTRAGELD	17
<b>FERNOST</b>		
Alexander Kashin:	ARME UND REICHE PROLETARIER	22
Tran Tam:	BRENNPUNKT SÜDVietNAM	25
<b>SOWJETBLOCK</b>		
Karel Černý:	DIE KATHOLIKEN IN DER ČSSR	30
Peter Schwarz:	ANTISEMITISMUS IM OSTBLOCK	32
Kálmán Konkoly:	EIN GAST UND 29 BETREUER	34
<b>ENTWICKLUNGSLÄNDER</b>		
Herman Achminow:	DIE SCHLACHT UM DIE JUNGEN STAATEN	38
<b>FORSCHUNG</b>		
Theodor Arnold:	DAS UNBEKANNTE LAND	44
<b>BÜCHER</b>		
W. O. Kljutschewskij: „Russische Geschichte“		46
Französische Kultur		47
Frank Gibney: „The Khrushchev Pattern“		47
Günther Weisenborn: „Am Jangtse steht ein Riese auf“		48
Statistisches Taschenbuch 1961		48

---

Die „freie rundschau – Zeitschrift für aktive Freiheitspolitik“ erscheint zweimonatlich. Sie wird herausgegeben vom Zentralverband Politischer Emigranten aus der UdSSR (ZOPE) e. V., München, im Verlag des ZOPE, München. Zu beziehen durch alle Buch- und Zeitschriftenhandlungen oder direkt beim Verlag. Einzelpreis DM 1.-, Jahresbezugspreis DM 4.80, im Inland einschliesslich Porto. Abbestellungen nur jeweils bis 4 Wochen vor Jahresende. Bankkonto Nr. 525775 bei der Bayerischen Vereinsbank München, Zweigstelle Rotkreuzplatz, Postscheckkonto München 112816, „Zentralverband Politischer Emigranten aus der UdSSR“. Erfüllungsort und Gerichtsstand sind München. Redaktionskollegium: Gregorij Danilow (für den Inhalt verantwortlich), Igor Kronsas, Alexander Tsurikow, alle München. Anschrift der Redaktion und des Verlages: München 19, Renatastrasse 77, Tel. 6 90 25; Berliner Redaktion: Berlin W 30, Martin-Luther-Strasse 88, Tel. 24 66 14. Hergestellt im Hausdruck des ZOPE, München. Signierte Beiträge vertreten nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion. Rücksendung nichtangenommener unverlangter Manuskripte nur auf Anforderung. Nachdruck von Wort und Bild werden nach Möglichkeit gerne gestattet, jedoch ist vorherige schriftliche Anfrage bei der Redaktion unbedingt erforderlich.

## Der Bruch

*Indem Togliatti sich vor dem Zentralkomitee der italienischen kommunistischen Partei bitter über die beiläufige Art beklagte, mit der in Moskau die schwerwiegendsten Entscheidungen getroffen werden, deckte er – ohne es freilich zu wollen – den eigentlichen Sinn der erneuten „Entstalinisierung“ auf: Die Sowjetführung wertet die innerpolitischen Schwierigkeiten des eigenen Regimes so hoch, dass sie ohne Rücksicht auf die Situation der „Bruderparteien“ eine erneute – und diesmal radikale – „Leichenschändung“ an dem verstorbenen Diktator beging.*

*Nach der Kommunistentagung vom November-Dezember 1960 konnte Chruschtschow der schwerwiegende Schaden für die kommunistische Weltbewegung nicht verborgen bleiben, den eine erneute und dazu noch öffentliche Bloßstellung Stalins nach sich ziehen musste. Schon damals musste ihm klar sein, dass ein neuerliches Gericht über Stalin nicht nur propagandistisch Einbussen für den Kommunismus in der ganzen Welt zur Folge haben würde, sondern auch eine weitere Vertiefung des Gegensatzes zu Peking und – was noch schwerer wiegt – den Abfall Albaniens. Wenn er sich trotzdem zu der spektakulären Verurteilung Stalins entschlossen hat, so müssen die Gründe dafür in der politischen und gesellschaftlichen Situation der Sowjetunion, in der gegenwärtigen Lage des Systems gesucht werden. Erst von da aus werden auch die Auseinandersetzungen innerhalb der kommunistischen Weltbewegung verständlich.*

*Alle Schwierigkeiten Chruschtschows sind – wie schon wiederholt an dieser Stelle betont – von dem Problem beherrscht, das totalitäre System ohne periodische Säuberungen und die ständige Anwendung des Terrors aufrechtzuerhalten und weiter zu sichern. Genauer: Chruschtschow muss neue Formen der totalitären Herrschaft, neue Formen des*

*Terrors finden, die ebenso wirksam sind wie die Allmacht der Geheimpolizei und die ständige Drohung mit dem Genickschuss.*

*Auf die Gründe, warum Chruschtschow trotz seiner – nach aussen unbestrittenen – Führungsstellung, die mit der Stalins bedingt verglichen werden darf, nicht zu Stalins Methoden der Handhabung der Herrschaft greifen kann, braucht hier im einzelnen nicht eingegangen werden: Auf den Seiten der „freien rundschau“ ist darüber oft gehandelt worden. Es genügt zu erwähnen, dass die komplizierte Industriegesellschaft von heute eine Rückkehr zu den Terrormethoden Stalins ohne gewaltige Einbussen auf allen Gebieten nicht vertragen kann und dass eine solche Rückkehr die erneute „Mythologisierung“ der Geheimpolizei voraussetzen würde, was sowohl ideologisch als auch vor allem politisch kaum zu bewerkstelligen wäre.*

*Chruschtschow muss daher versuchen, sich einerseits auf einige, wie er glaubt, durch die Jahrzehnte des Totalitarismus bereits von der Bevölkerung gut „eingeübte“ Verhaltensweisen zu stützen und andererseits die Ablösung der Kadergenerationen, in der er – vom Standpunkt des Systems völlig zu Recht – die Gewähr für die Dynamik der Weiterentwicklung sieht, auf „friedlichem“ Wege durchzuführen. Dass die „alte Garde“ (unabhängig von ihren politischen Überzeugungen) diesem Verfahren einen starken Widerstand entgegengesetzt, ist ist nur logisch. Zu diesem Hindernis gesellen sich dann noch die auch in den letzten Jahren trotz aller Verwaltungsmassnahmen nicht geringer gewordenen Schwierigkeiten, vor allem in der Landwirtschaft, aber auch in der Industrie, wo Chruschtschows „Dezentralisierung“ mehr Durcheinander als Verbesserungen gebracht hat. Auch hier mussten „Schuldige“ für das Versagen der Chruschtschow-Politik gefunden werden.*

Kein Wunder, wenn der Sowjetführer aus dieser Situation in doppelter Hinsicht die Flucht nach vorn riskierte: Er verschärfte absichtlich die aussenpolitischen Spannungen, um den „Burgfrieden“ zu sichern, und holte zu einer erneuten, und diesmal spektakulär in aller Öffentlichkeit vorgenommenen Verdammung der Vergangenheit aus. So glaubt er nicht nur bei den jüngeren Kadern der Partei, sondern auch bei weiten Kreisen der Bevölkerung als „Neuerer“ akzeptiert und unterstützt zu werden, wobei gleichzeitig der Stalin-Ära die „Schuld“ für das Versagen des Systems zugeschoben und die gesamte ältere Generation der Parteifunktionäre ideologisch diskreditiert wird.

Nun ist aber der Versuch Chruschtschows, durch die Verdammung des toten Stalin die Probleme der Sowjetgesellschaft zu lösen, eine Gratwanderung zwischen mehreren Unbekannten. Zuerst bleibt durch die Verurteilung des „Personenkults“ Stalins die Frage unbeantwortet, wie solche Entartungen des Systems überhaupt möglich waren, ohne dass dieses selbst in Mitleidenschaft gezogen wurde. Oder umgekehrt gefragt: Wenn das System solche Verbrechen möglich macht, ist dann das System selbst noch tragbar? In Italien wurde diese Frage von Togliatti selbst (und in noch viel radikalerer Form von seinen Kritikern) bereits gestellt. Es ist nicht ausgeschlossen, dass sich nach dem ersten Aufatmen der Erleichterung auch in der Sowjetunion ähnliche kritische Stimmen vernehmen lassen werden.

Gerade diesen Zusammenhang zwischen den Verbrechen Stalins und dem System als Ganzem sahen die Kritiker Chruschtschows, die man daraufhin als „Dogmatiker“ und „Stalinisten“ verschrien hatte. Sie befürchten – und das, wie man heute schon sagen kann, zu Recht –, dass die Kritik an Stalin nicht bei der Person des toten Diktators Halt machen, sondern sich automatisch auf das ganze System ausdehnen würde. Die Vorgänge vom Oktober 1956 in Polen und Ungarn und die Gärungen im ganzen Sowjetblock sind ihnen noch lebhaft in Erinnerung. Sie teilen die Ansicht Chruschtschows nicht, dass es möglich sein würde, nur die Person Stalins zu verurteilen, ohne das ganze System in Mitleidenschaft zu ziehen.

Diese Befürchtung war um so mehr begründet, als das erneute Scherbengericht über Stalin die ohnedies kritische Lage mancher kommunistischer Führungsgremien ausserhalb der Sowjetunion derart verschärfen konnte, dass mit neuen Spaltungen im Sowjetblock und darüber hinaus im kommunistischen Welt-system zu rechnen wäre. Der Führungsanspruch der sowjetischen Kommunisten in der Weltbewegung wäre damit in Frage gestellt und gleichzeitig die ohnehin nur mit Mühe gekittete Pluralität der kommunistischen „Zentren“ von einem zwangsläufigen Zerfall bedroht gewesen. Gerade unter diesem Aspekt muss auch die Kritik Molotows an dem neuen Parteiprogramm gesehen werden; sie wendet sich ja gegen Chruschtschows Aussenpolitik nicht zuletzt deshalb, weil diese die Mitarbeit und damit den Einfluss anderer kommunistischer Parteien voraussetzt.

Die Praxis hat gezeigt, dass Chruschtschows Kritiker, zumindest was die Situation in der kommunistischen Weltbewegung anbelangt, recht behielten, wobei die Reaktion nicht von den „Revisionisten“ (wie 1956), sondern von den „Dogmatikern“ erfolgte. Wie seinerzeit Tito an der Ablehnung Stalins scheiterte, Jugoslawien ein Mitspracherecht an der Gestaltung der sowjetischen Politik zuzugestehen, so scheiterte jetzt Enver Hodscha an der Weigerung Chruschtschows, das theoretisch anerkannte Mitspracherecht anderer kommunistischer Führungen zu praktizieren. Mit Peking muss Moskau einen Modus finden, bei Tirana, so glaubt man im Kreml, sei man dieser Notwendigkeit enthoben. In Tirana aber weiss man nur zu gut, dass angesichts der sowjetisch-chinesischen Differenzen ein Bruch mit Moskau augenblicklich der ungefährlichere Weg ist, als die Durchführung einer Entstalinisierungskampagne im eigenen Lande. Aus Sorge um den Bestand seines zwangsläufig auf Terror und zentralistische Herrschaftsmethoden aufgebauten und sich nur so am Leben haltenden Regimes sah sich Enver Hodscha eben gezwungen, den Bruch mit Moskau zu vollziehen. Die Folgen dieses Schrittes können heute kaum voll ermassen werden. Sie werden jedenfalls nicht weniger bedeutungsvoll sein als die des Abfalls Jugoslawiens oder die des Jahres 1956.

# Zum neuen Programm der KPdSU (II)

VON F. O. KURBATOW

In der letzten Ausgabe dieser Zeitschrift sind einige allgemeine Überlegungen zur Planung des neuen – dritten – Parteiprogramms der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und eine eingehendere Auseinandersetzung mit dem ersten Teil dieses Programms publiziert worden – jenem Teil, der sich mit dem „Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus“, wie die Parteitheoretiker des Kreml ihn sehen, befasste.

In diesem Beitrag nun soll der zweite und umfangreichere Abschnitt der Parteiprogramms näher untersucht werden. Er ist der Frage des Aufbaus der kommunistischen Gesellschaft gewidmet und stellt den Versuch dar, das „Paradies der Zukunft“ in einer mehr oder minder konkreten Form sichtbar zu machen und den Weg in das „gelobte Land“ aus dem Reich der propagandistischen Superlative in das der greifbaren Aufgaben zu transformieren. Das Ergebnis ist in mancher Hinsicht bemerkenswert: wie sehr die Verfasser des Programms auch bemüht sind, das Bild der „vollkommenen Gesellschaft“ zu entwerfen und die Zukunft in leuchtenden Farben erstrahlen zu lassen – das Programm eröffnet doch nur die Aussicht auf eine graue Welt der grenzenlosen tödlichen Langeweile eines Termitenhaufens.

Das liegt nicht nur an der Sprache der Parteideologen, die denkbar abgedroschen und farblos ist, so dass die Verwendung von klingelnden Metaphern ihre Armut nur unterstreicht; viel mehr erweist sich das, was ihnen als ideale Form das menschlichen Zusammenlebens vorschwebt, als ein steriles, streng ausgerichtetes und organisiertes Kasernendasein. Von freiem Zusammenwirken freier Menschen – das vor hundert Jahren selbst noch Marx vorschwebte – ist nichts mehr übriggeblieben.

Die Unfähigkeit, das Ideal anders als in den gewohnten Staats- und Parteimassnahmen zu konkretisieren, es anders als bisher in praktische menschliche Handlungen umzusetzen, entlarvt mehr als alle theoretischen Überlegungen den Grundfehler des ganzen kommunistischen Experiments: den Glauben an die Fähigkeit des Men-

schen, das „Paradies auf Erden“ zuerst „wissenschaftlich“ zu konstruieren, um es dann politisch zu dekretieren und schliesslich mit Hilfe organisatorischer Massnahmen zu verwirklichen.

Von einer wirklichen „Spontaneität der Massen“ kann schon von der Ideologie her keine Rede sein. Da das Kollektiv, da das Ganze höher bewertet wird als das Individuum, muss und wird die Umformung der Gesellschaft zwangsläufig – in „Übereinstimmung mit den objektiven Gesetzen der Entwicklung der Menschheit“ – von oben befohlen, wobei noch vorausgesetzt wird, dass sich diese „objektiven Gesetze“ in völliger Identität mit dem Willen des Volkes befinden. Im Ergebnis entsteht das Bild einer grauen, von spiessigen Vorstellungen beherrschten, verlogenen und tödlich langweiligen Gesellschaft von Arbeitsameisen. Nach dem Lesen dieses Teiles des Programms vergeht jedem Menschen mit einem Körnchen Phantasie oder musischer Veranlagung jegliche Lust, in einer kommunistischen Gesellschaft der Zukunft zu leben.

Im einzelnen weist das Programm auch in diesem Abschnitt einige Züge auf, die näher erörtert werden müssen. So vor allem die gesteckten wirtschaftlichen Ziele.\* Auch werden zum erstenmal die genauen Fristen des kommunistischen Aufbaus veröffentlicht: bis 1970 sollen die „Voraussetzungen zur Schaffung der ökonomischen Grundlage des Kommunismus“ verwirklicht werden; die Pro-Kopf-Produktion soll bis dahin die der USA überholt haben; bis 1980 soll dann die „ökonomische Grundlage“ selbst realisiert werden und der Kommunismus damit „im wesentlichen“ aufgebaut sein. Was danach noch zu tun bleibt, sei nur noch „Veredelungsarbeit“.

Somit wiederholt das Programm den sogenannten „Perspektivplan“ der Entwicklung der Sowjetwirtschaft und gibt in zwei Fällen – bei der Stahl- und Elektrizitätsproduktion – konkrete Ziele bekannt. Schliesslich zählt es einzelne

\* Vgl. hierzu auch unseren Beitrag „Das Wirtschaftsprogramm der SU“ auf Seite 11 ff.

„Wohltaten“ auf, an denen die Bürger der Sowjetunion in 20 Jahren teilhaben werden.

Bei näherem Zusehen wird deutlich, dass, obwohl das gestellte Programm in seinen allgemeinen Zielen – wie zum Beispiel der Verwirklichung des „höchsten Lebensstandards“ oder der Hebung der gesamten Produktion um das Zweieinhalbfache des gegenwärtigen Standes – eine Utopie ist, die einzelnen Planaufgaben durchaus verwirklicht werden können. Zur Skepsis veranlasst vor allem die mit 9 bis 10% sehr hoch angesetzte jährliche Produktionszuwachsquote. Wie bekannt, gelang es der Sowjetführung unter Aufbietung aller Kräfte, die auf 8% und sogar auf 7% zurückgefallene Zuwachsquote in den letzten beiden Jahren bis auf 9 bis 10% zu heben (wobei noch offen bleiben muss, was dabei auf das Konto der manipulierten Statistik geht). Bei dem ständigen Wachstum der Industrie und infolge der systembedingten Voraussetzungen dieses Wachstums erscheint es als so gut wie ausgeschlossen, dass es gelingt, ein so zügiges Wachstumstempo auf die Dauer einhalten zu können, besonders, da der Zuwachs der Produktion vorwiegend durch die Steigerung der Produktivität und nicht durch die Inbetriebnahme neuer Kapazitäten erreicht werden soll. Die Produktivität ist aber selbst nach offiziellen sowjetischen Angaben in den letzten 20 Jahren nicht gestiegen, sondern ständig gesunken: Betrug sie 1940 noch ganze 16,6%, so fiel sie in den Jahren 1951 bis 1953 auf 8,3% zurück, um dann im Jahre 1960 lediglich 5% zu betragen. (Im ersten Halbjahr 1961 betrug der Anstieg gegenüber dem vergleichbaren Zeitabschnitt des Vorjahres nur noch 3,5%). Es ist daher völlig unerfindlich, wie man die Produktivität anders als auf dem Papier auf die geplanten 8 beziehungsweise 7% jährlicher Steigerung bringen will, dazu noch bei einer gross angekündigten Verkürzung der Arbeitszeit.

Was die für 1980 vorgesehene Stahlproduktion von jährlich 250 Millionen Tonnen betrifft, so wird sie bei der geplanten Zunahme von 5% im Jahr vermutlich erreicht werden. Aber gerade diese Jagd nach riesigen Mengen von Metall entlarvt die Achillesferse der ganzen Planung: das Land ist noch immer ungenügend mit Metall versorgt, es besteht ein grosser Metallbedarf, der noch Jahrzehnte lang nicht gestillt werden wird. Die in Nutzung befindliche Metallmenge ist im Vergleich mit den USA verschwindend klein. Selbst wenn die Stahlproduktion der Vereinigten Staaten angesichts der wachsenden Verwendung von Kunststoffen noch weiter als bisher zurückgehen sollte, wird die Diskrepanz in der „Sättigung“ der beiden Länder mit den in Nutzung befindlichen Metallmengen (Industrieanlagen, Transportmittel, ver-

baute Materialien, Gebrauchsgegenstände usw.) im Augenblick des „Einholens“ der amerikanischen Stahlproduktion durch die Sowjetunion ihren höchsten Stand erreichen. Man kann sogar die paradoxe Tatsache feststellen, dass die „Sättigung“ der Sowjetunion mit Metall im Vergleich zu den USA vorläufig noch ständig abnimmt und dass es bis zum Augenblick des allmählichen Anwachsens des „arbeitenden Metalls“ umgerechnet auf die Kopfzahl der Bevölkerung noch ein sehr weiter Weg ist.

Die vorgesehene gewaltige Steigerung der Elektroenergieproduktion bis 1000 Millionen Kilowattstunden im Jahr wird bedeutend schwieriger zu verwirklichen sein. Eine jährliche Zunahme von 12%, die damit vorausgesetzt wird, konnte in dem letzten Jahrzehnt nicht erreicht werden; wie man sie in den kommenden beiden erreichen will, bleibt das Geheimnis der Parteiführung. Bedenkt man aber, dass die Pro-Kopf-Erzeugung an Elektroenergie in der UdSSR um das 3,5fache geringer ist als in den USA (der private Elektrizitätsverbrauch sogar um das 7,8fache), so ist es höchst fraglich, ob selbst der gegenwärtige Stand, geschweige denn der von 1980, in den geplanten Fristen erreicht zu werden vermag.

Kann bei der Industrie wenigstens die Möglichkeit – wenn auch nicht die Wahrscheinlichkeit – der Verwirklichung der geplanten Ziele in Betracht gezogen werden, so darf die deklarierte Entwicklung der Landwirtschaft von vornherein als utopisch bezeichnet werden. Die vorgesehene Steigerung der gesamten landwirtschaftlichen Produktion in zwanzig Jahren auf das dreieinhalbfache des heutigen Standes – wobei im Jahre 1970 bereits das Doppelte der gegenwärtigen Produktion erreicht werden soll – ist ein reines Bauen von Luftschlössern. Selbst bei der Getreideproduktion, die stets bevorzugt wurde, und bei Zuhilfenahme neuer riesiger Anbauflächen gelang es in den 46 Jahren lediglich, eine Steigerung von 43% zu erzielen, wogegen die gesamte Landwirtschaftsproduktion um ganze 27% anstieg. Man muss schon an Wunder oder an die Geschmeidigkeit der Sowjetstatistik glauben, wenn man die gesteckten Ziele erreichen will.

Utopisch im allgemeinen, wenschon durchaus realisierbar in Details, sind auch die den Sowjetbürgern für 1980 versprochenen „Wohltaten“. Den „höchsten Lebensstandard der Welt“ werden sie schon aus den bereits angeführten Gründen – der Produktionssteigerung der Industrie und Landwirtschaft – leider nicht erreichen. Das bestätigen auch die im Programm angegebenen Steigerungsquoten der Reallöhne. Selbst bei Zugrundelegung des keineswegs der wirklichen Kaufkraft entsprechenden Wechselkurses – 2 Rubel gleich

1 US-Dollar – kann leicht errechnet werden, dass der „Werkstätige“ in der Sowjetunion in 20 Jahren bestenfalls den gegenwärtigen Lebensstandard eines qualifizierten amerikanischen Arbeiters erreichen wird.

Im einzelnen wirken diese Versprechungen, wie gesagt, weniger utopisch. Neben der kostenlosen Ausbildung (einschliesslich Kindergärten und Internatschulen), der Altersversorgung und der Gesundheitspflege (einschliesslich Medikamentenversorgung und Sanatorienaufenthalte) wird die kostenlose Stellung von Wohnungen, die Versorgung mit Heizmaterialien, Licht und Gas, die unentgeltliche Inanspruchnahme städtischer Verkehrsmittel, eine wesentliche Verbilligung der Erholungsreisen und -aufenthalte und die allmähliche Einführung kostenloser Gemeinschaftsküchen in den Betrieben und Kolchosen versprochen.

Allerdings wird die Verwirklichung dieser Versprechungen mit einer Verringerung der zur Auszahlung gelangenden Löhne gekoppelt sein, so dass – wie auch nicht anders zu erwarten – die „kostenlose“ Versorgung in Wirklichkeit keineswegs kostenlos sein wird. Davon abgesehen muss darauf hingewiesen werden, dass alle versprochenen „Wohltaten“ bereits heute zu der Gruppe der vom Staat zum grössten Teil subventionierten Leistungen gehören. Das betrifft nicht nur das Schulwesen und die Gesundheitsfürsorge. Offensichtlich decken weder der Mietzins noch die Fahrpreise der Verkehrsmittel die Betriebskosten, geschweige denn die Investitionen. (Man denke nur an die unterirdischen Paläste der Moskauer U-Bahn). Der Staat kann die heutigen Einnahmen ohne weiteres entbehren, besonders da die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und – was noch mehr ins Gewicht fällt – mit Bekleidung und mit Gebrauchsgegenständen weiterhin auf dem Wege über den Handel abgewickelt werden wird. Die hierbei erzielten riesigen Gewinne bilden seit Jahrzehnten die Haupteinnahmequellen des Staates.

Die vollständige Versorgung der städtischen Bevölkerung mit Wohnraum wird in das ferne Jahr 1980 verlegt. Immerhin wird in den letzten Jahren mehr, wenn auch völlig ungenügend gebaut. Kurzum – bei näherem Zusehen erweisen sich alle Versprechungen als wohldurchdachter Propagandatricks; selbst wenn sie verwirklicht werden sollten, werden sie den Staat nichts, oder fast nichts kosten, dafür aber die Abhängigkeit des Einzelmenschen von den Behörden und behördenähnlichen Institutionen noch unermesslich vergrössern. Auch die versprochene Verkürzung der Arbeitszeit auf 34 bis 36 Wochenstunden erweist sich als ein Bluff, da nicht nur von „freiwilligen

Arbeitseinsätzen“ (an einer anderen Stelle) die Rede ist, sondern auch ausdrücklich darauf hingewiesen wird, dass alle „Werkstätigen“ in ihrer Freizeit zur Wahrnehmung verschiedener „gesellschaftlicher Pflichten“ herangezogen werden sollen, um so den behördlichen Apparat zu verringern und gleichzeitig an dem Vorgaukeln der Fiktion vom „Absterben des Staates“ teilzunehmen.

Nun soll das Gesagte nicht dahingehend verstanden werden, als ob die Partei selbst diese bei näherem Zusehen keineswegs so grossen „Wohltaten“ der Bevölkerung fest zugesagt hätte und sich verpflichtet fühlte, sie in den gesetzten Fristen auch einzuführen. Im Gegenteil – gleich am Anfang des zweiten Abschnittes verschafft sie sich Rückendeckung mit dem Einwand, dass zwar das Programm unter friedlichen Bedingungen erfüllt werden würde, dass jedoch eine Komplizierung der internationalen Lage und damit etwa verbundene verstärkte Rüstungsausgaben die Verwirklichung der Pläne zur Hebung des Volkswohlstandes verzögern könnte. Nach dem Schauspiel der sowjetischen Fähigkeit, internationale Spannungen selbst aus dem Nichts zu zaubern, das Chruschtschow gerade in den letzten Jahren wiederholt gab, ist ein Kommentar zu diesen Einschränkungen des Programms überflüssig.

Es bleibt noch darauf hinzuweisen, dass im neuen Programm neben einer ausführlichen Darstellung der Absichten der Partei auf kulturellem Gebiet, die in der Schaffung einer „internationalen Kultur“ als der Synthese nationaler Kulturen und der Verschmelzung der Völker zu einer Mischnation gipfeln, auch die Frage des „Absterbens des Staates“ behandelt wird. Wie schon früheren Reden Chruschtschows und einigen Massnahmen der letzten Jahre zu entnehmen war, ist dabei an eine Verlagerung verschiedenster Aufgaben an die örtlichen Sowjets und die Massenorganisationen gedacht. Allerdings wird auch beim Lesen des Programmentwurfes deutlich, dass darunter nur ausführende Funktionen zu verstehen sind, wogegen das Weisungsrecht bei der Zentrale verbleiben wird, die nur insofern eine Wandlung erfahren soll, als die Rolle der Parteibehörden gegenüber solchen des Staatsapparates nicht nur praktisch – was schon immer der Fall war –, sondern auch juristisch ständig verstärkt wird. Damit wird der Staat lediglich allmählich in die Partei – die ja eine „gesellschaftliche Organisation ist“ – integriert und so das „allmähliche Absterben des Staates“ zur demagogischen Fiktion.

Wie ein Fremdkörper nimmt sich selbst in dem vorliegenden Programm der sowohl auf die Sowjets als auch auf die Partei selbst angewandte neue Wahlmodus an, der eine „Verjüngung“ der Sowjet-

deputierten und der zentralen Parteiorgane vor- sieht, indem er die Ersetzung eines Drittels be- ziehungsweise eines Viertels der Mitglieder dieser Gremien bei jeder Wahl dekretiert. Eine so unbe- hilfene „Organisation“ der „Demokratie“ von oben, die eigentlich in das Wahlgesetz oder in die Parteistatuten gehörte, zeigt nur, wie wenig das Ganze mit wirklicher Demokratie zu tun hat und wie stark andererseits die latenten Widerstände gegen eine festgefügte Führungselite stalinisti- scher Observanz sind. Wenn man bei der „Demo-

kratisierung“ des Systems zu solch lächerlichen organisatorischen Massnahmen Zuflucht nehmen zu müssen glaubt, so ist es um das System wohl nicht sehr gut bestellt.

Die inzwischen abgehaltene „Diskussion“ und die Massenkampagne zur Popularisierung des neuen Programms hat, wie auch zu erwarten war, nichts Neues gebracht. Chruschtschow kann sich schmeicheln, als der Schöpfer des ersten nach- leninistischen Programms in die finstere Geschich- te seiner Partei einzugehen.

# Griff nach den Entwicklungsländern

VON STEFAN C. STOLTE

Die sowjetisch-albanische Fehde, die pro- albanische Stellungnahme des rotchinesi- schen Delegationsleiters Tschu En-lai, die Er- niedrigung Woroschilows und die Verdammung der „parteifeindlichen Gruppe“ um Molotow, Kaganowitsch und Malenkov sowie die Annahme eines neuen Parteiprogramms haben die Aufmerksam- keit der Weltpresse so sehr in Anspruch genom- men, dass dabei die Tatsache stark vernachlässigt wurde, dass der XXII. Parteikongress der KPdSU auch in den Beziehungen der Sowjetunion zu den Entwicklungsländern einen wichtigen Meilenstein bedeutet.

Es geschah zum ersten Male, dass vier Ent- wicklungsländer – Kuba, Guinea, Ghana, Mali – an einem Parteikongress der KPdSU durch die Dele- gationen solcher Parteien vertreten waren, die in ihren Staaten die Regierungsmacht tragen. Eine dieser vier Parteien, die neue Einheitspartei Fidel Castros, wurde in Moskau sogar als „Bruder- partei“, das heisst als kommunistische Partei behandelt und gefeiert. Dies ging um so leichter, als der Vertreter Kubas ein gewisser Blas Roca war, der sich zwar diesmal schlicht und einfach nur als „Führungsmitglied der Vereinigten Kubanischen Revolutionären Organisation“ bezeich- nete, früher jedoch den Posten des Ersten Sekre- tärts der anerkannt kommunistischen Partei Kubas innehatte.

Während also die „Vereinigten Kubanischen Revolutionären Organisationen“ als „Bruderpar- tei“ behandelt wurden, nahmen die drei oben

genannten afrikanischen Delegationen als Ver- treter von „revolutionären Parteien“ am Kongress als „Gäste“ teil. Die Leiter dieser Delegationen sprachen am 24. Oktober vor dem Kongress und betonten dabei einstimmig „die Freundschaft ihrer Völker“ gegenüber der Sowjetunion. Eine besonders akzentuierte prokommunistische De- monstration stellte der Auftritt der guinesischen und ghanesischen Delegationen dar. An der Spitze der ersteren stand Saifoulaye Diallo, Sekretär der „Guinesischen Demokratischen Partei“ und Prä- sident der Nationalversammlung seines Landes, während der Leiter der ghanesischen Delegation Präsident des Stadtrats von Accra, A. Z. Quay, war. Laut Bericht der *Prawda* vom 25. Oktober 1961 übermittelten beide dem Kongress auch Grüsse ihrer Staatspräsidenten, also von Seku Ture und von Kwame Nkrumah. Dass diese Grüsse nicht allein im Zeichen des „positiven Neutralis- mus“ und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit standen, zeigt ein Bericht des offiziellen Nach- richtendienstes des kommunistischen Ungarns aus der ghanesischen Hauptstadt Accra. Ihm zu- folge hatte der ghanesische Informationsminister Adamafo kurz vor dem XXII. Kongress der KPdSU, am 13. Oktober 1961, in Accra bekanntgegeben, dass 400 – und später vielleicht noch mehr – ghanesische Offiziersaspiranten in die Sowjet- union fahren sollten, um dort dreieinhalb Jahre lang ihre Ausbildung bei der sowjetischen Luft- waffe beziehungsweise Marine zu vervollkommen (*Népszabadság*, Budapest, vom 14. Oktober 1961).

Mag es auch fraglich sein, ob die „Vereinigten Kubanischen Revolutionären Organisationen“ nun wirklich als eine echte kommunistische Partei zu betrachten sind oder nicht, und wenn auch Kwame Nkrumah seinen Gruss an den Kongress nicht in seiner Eigenschaft als Staatspräsident, sondern als „Präsident und Sekretär“ seiner Regierungspartei gerichtet hat – es lässt sich doch nicht ableugnen, dass der Aufmarsch der Delegationen von Kuba, Guinea, Ghana und Mali beim XXII. Parteikongress der KPdSU als ein bedeutender Erfolg Moskaus gewertet werden muss. Die in diesem Aufmarsch liegende Möglichkeit einer neuerlichen Erweiterung des Sowjetblocks sollte man nicht verkennen. Diese Tatsache scheint die Auffassung jener zu bestätigen, die der Meinung sind, dass die Sowjetunion in der von ihr heraufbeschworenen Berlin-Krise *im Augenblick* vorwiegend lediglich die Festigung des Status quo in Europa anstrebt, während sie im übrigen durch ihre spektakulösen Provokationen nur die Aufmerksamkeit von den sowjetischen Expansionsplänen im afroasiatischen und lateinamerikanischen Raum ablenken will.

Chruschtschow und andere Redner des XXII. Parteikongresses nahmen sich neben ihren Angriffen gegen die „partei-feindliche Gruppe“ und gegen die KP Albaniens reichlich Zeit, um die Gunst der Entwicklungsländer zu werben und gleichzeitig Hass gegen die „Kolonialisten und Neokolonialisten“ zu säen. Mikojan wettete besonders ausgiebig gegen die „Sünden des amerikanischen Neokolonialismus“ in Lateinamerika<sup>1)</sup>, wo der Kreml offensichtlich neue Schwerpunkte bilden möchte. Wie sehr Moskau an einer Erweiterung des sowjetischen Einflusses in den Entwicklungsländern interessiert ist, zeigt jener Teil der Resolution des XXII. Kongresses, der die „grundlegenden“ Probleme der Weltpolitik aufzählt. Dort heisst es:

„Die Sache der Festigung des Friedens erfordert die unaufschiebbare Lösung der grundlegenden internationalen Probleme auf der Basis der friedlichen Koexistenz. Solche grundlegende Probleme sind vor allem die folgenden: die allgemeine und totale Abrüstung unter strenger internationaler Kontrolle; die endgültige Liquidierung aller Formen und Erscheinungen der kolonialen Unterdrückung und die Sicherung einer tatsächlichen und wirksamen Hilfe für die kürzlich unabhängig gewordenen Völker; die Liquidierung der Überreste des Zweiten Weltkrieges und die friedliche Regelung der deutschen Frage; die Wiederherstellung der legalen Rechte der Volksrepublik China in den Vereinten Nationen; eine wesentliche Verbesserung des Mechanismus der Vereinten Nationen; die Entwicklung der praktischen

zwischenstaatlichen Beziehungen und die Entwicklung der wirtschaftlichen beziehungsweise kulturellen Beziehungen zwischen allen Ländern.“<sup>2)</sup>

Die zitierten „Grundprobleme“ der Resolution sind freilich nicht neu; interessant ist aber die Reihenfolge ihrer Aufzählung. So umstrittene Themen wie die deutsche Frage, das China-Problem und die Forderung nach einer Reorganisation der Vereinten Nationen werden erst nach dem Problem der Entwicklungsländer erwähnt. Es liegt auch in der inneren Logik der kommunistischen Entwicklung, die Erfolge einer neuen Expansion vorwiegend im afro-asiatischen Raume zu suchen. Der Kommunismus richtete seine Angriffe während seiner ganzen Geschichte möglichst immer auf die Nahtstellen mit dem geringsten Widerstand, und eine Reihe von Entwicklungsländern sind heute zweifellos die schwächsten Stellen des antikommunistischen Widerstandes.

Man könnte diesem Gedankengang vielleicht entgegenhalten, dass die Gewährung sowjetischer Wirtschaftshilfe an die Entwicklungsländer in diesem Jahr eine rückläufige Tendenz aufweist. Das stimmt im Augenblick zwar tatsächlich, sollte jedoch nicht zu der mehr als leichtsinnigen Annahme verleiten, dass die Sowjetunion ihre Expansionsgelüste in den Entwicklungsländern aus irgendeinem Grunde ernsthaft zurückgestellt habe. Die Westmächte und besonders die Vereinigten Staaten haben schon bittere Erfahrungen darin gesammelt, dass die Entwicklungshilfe allein nur noch selten dazu ausreicht, in den unterstützten Ländern vertrauenswürdige Freunde zu gewinnen. Propaganda und Diplomatie sind oft erfolgreicher als Wirtschaftshilfe oder sogar grosszügige Geschenke. Chruschtschows Reden vor dem XXII. Parteikongress zeigen, dass die „antiekolonialistische“ Propaganda als Mittel der sowjetischen Expansion in den Entwicklungsländern wieder erheblich verstärkt wird.

Natürlich ist die geringe Gesamthöhe der in diesem Jahre zugesagten langfristigen sowjetischen Entwicklungskredite auffallend. Aus sowjetischen Quellen sind in diesem Jahre (bis Ende Oktober 1961) Kreditzusagen für Entwicklungsländer nur in einer Gesamthöhe von 224,4 Millionen Dollar bekannt. Das ist weniger als ein Viertel der westdeutschen und kaum ein Sechzehntel der US-Entwicklungshilfe, die in derselben Zeitperiode gewährt wurde.

Die sowjetische Wirtschaftshilfe des Jahres 1961 verteilt sich (laut TASS vom 4. 1., 5. 3. und 2. 6. 1961) auf drei Länder: Bolivien – 150 Millionen Dollar, Pakistan – 30 Millionen Dollar und

1) *Prawda*, 22. Oktober 1961

2) *Prawda*, 1. November 1961

Somaliland - 44,4 Millionen Dollar. Das sind keine Summen, die sich mit früheren sowjetischen Krediten für Indien, Ägypten, Indonesien oder andere Staaten vergleichen lassen. Dieses Abbremsen der sowjetischen Entwicklungshilfe - auch bei Einsatz lautester Propaganda und geschicktester Diplomatie - wirkt sich im Augenblick für eine Steigerung des sowjetischen Einflusses nicht vorteilhaft aus. Andererseits wäre die Deutung kaum vorstellbar, dass gewisse innere Spannungen der Sowjetwirtschaft - zum Beispiel auf dem Agrarsektor - die Ursachen dieser Entwicklung sein könnten. Einige weitere 100 Millionen Dollar Warenkredite dürften die Sowjetunion gewiss nicht umwerfen. Viel wahrscheinlicher ist die Annahme, dass die Sowjetunion in ihrem Mehrfrontenkrieg ihre Wirtschaftskräfte für Entscheidungsschlachten zurückhält, um dafür ihre Propaganda desto lauter und hemmungsloser einzusetzen.

#### PRÜFSTEIN ALBANIEN-PROBLEM

Während die Sowjetunion zur Zeit nur eine ziemlich geringe Entwicklungshilfe leistet, hetzt Chruschtschow immer häufiger gegen die westliche Entwicklungshilfe. Seiner Behauptung nach soll die westliche Wirtschaftshilfe zu immer neuer Verknechtung und Ausbeutung der Entwicklungsländer führen. Chruschtschow versteigt sich dabei immer wieder zu der Unterstellung, dass auch die westliche Entwicklungshilfe nur der Sowjetunion zu verdanken sei. Wie Chruschtschow sagt, habe lediglich die „selbstlose“ sowjetische Entwicklungshilfe die Westmächte zu ähnlichen Leistungen gezwungen. Es ist nicht Chruschtschows Gewohnheit, sich um Widersprüche zu kümmern. Tatsächlich sind seine zwei parallelen Behauptungen denkbar widersprüchlich, dass nämlich einerseits die westliche Wirtschaftshilfe für die Entwicklungsländer schädlich und gefährlich sei, dass diese jedoch für die westliche Wirtschaftshilfe der Sowjetunion dankbar zu sein hätten. Dabei haben, wie ohne weiteres zu belegen wäre, nicht die Sowjets, sondern die Vereinigten Staaten die Initiative zur Leistung von Entwicklungshilfen ergriffen.

Es wird weithin noch immer nicht ernst genug genommen, dass die Führung der KPdSU den Kalten Krieg auf vielen Fronten auszufechten genötigt ist und dass alle diese Fronten enorme Kapitalaufwendungen erfordern. Solche Fronten sind zum Beispiel das Wettrüsten, der „friedliche Wettbewerb“, das heisst die geplante Übrerrundung der amerikanischen Industrieproduktion, der wirtschaftliche Wettlauf um Einfluss in den Entwicklungsländern, eine wenigstens minimale Befriedi-

gung der Ansprüche des eigenen Volkes nach mehr Konsumgütern, und schliesslich der Kampf um die „Einheit des sozialistischen Lagers“, das heisst der Kampf für die Aufrechterhaltung der sowjetischen Hegemonie im Weltkommunismus.

Gerade dieser letztgenannte Frontabschnitt erwies sich im Gesamtbild des XXII. Kongresses als sehr in Frage gestellt. Der offen angekündigte Kampf gegen die „partei-feindliche Gruppe“ und gegen die albanischen Kommunisten, sowie die noch immer nicht eingestandene, aber wohlbekannte Rivalität Moskau-Peking wurde im Rahmen des XXII. Parteikongresses plötzlich zu einem Weltproblem des internationalen Kommunismus. Damit breitet sich die Gefahr der Spaltung des kommunistischen Lagers auf alle Erdteile aus und kann sogar die afro-asiatische und lateinamerikanische Politik des Kreml beeinträchtigen. Beim XXII. Parteikongress ist es ja nicht einfach dabei geblieben, dass Chruschtschow Albanien verdammt und Tschu En-lai dagegen Einspruch erhob. Auch die anderen Parteien nahmen Stellung und hier erwies sich die „Einheit des sozialistischen Lagers“ als so brüchig, dass kaum mehr als nur noch eine vorgetäuschte Illusion der Einheit übrigblieb.

Die kommunistischen Parteien in aller Welt waren immer ein Hebel der sowjetischen Grossmachtspolitik. Denken wir nur an das Beispiel der „ruhmreichen“ KP Frankreichs, die den Zickzackkurs Moskaus immer knechtisch treu unterstützte und sogar Frankreichs Verteidigungskrieg gegen Hitler sabotierte, solange die Ribbentrop-Molotow-Zusammenarbeit bestand.

Über dem Problem der sowjetisch-albanischen Beziehungen entstand aber jetzt eine bisher unerhörte Uneinigkeit innerhalb des Weltkommunismus und damit auch der berechtigte Zweifel, wie weit Moskau in Zukunft die ausländischen „Bruderparteien“ noch als Hebel wird verwenden können. Denn nicht einmal innerhalb des Ostblocks war es möglich, den rotchinesischen Standpunkt zu dem Problem Albanien völlig zu isolieren. Diesmal musste auch der Kreml erfahren, dass die Wirtschaftshilfe allein keine absolute Garantie für eine enge politische Zusammenarbeit bedeutet. Während sich Polen, die Sowjetzone, die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien und Bulgarien geschlossen und ohne Vorbehalt hinter den Albanien-Standpunkt Chruschtschows stellten, blieben Nordkorea und Nordvietnam streng neutral. Auf Grund der Prawda-Berichte vom 20 bis 31. Oktober 1961 lassen sich die Stellungnahme von 56 kommunistischen Parteien aus den Nicht-Ostblock-Staaten zur Albanien-Frage feststellen. Demnach sind 31 von ihnen noch immer für Moskau, 22 aber

neutral und 3 sogar offensichtlich vom rotchinesischen Standpunkt beeinflusst.

Bei der Beurteilung der sowjetischen Aussichten in den Entwicklungsländern ist es interessant zu wissen, wie sich diese Albanien-Spaltung auf die kommunistischen Parteien der einzelnen Parteien auswirkt.

#### ROTKHINAS KLIENTEL

In *Asien* unterstützten die kommunistischen Parteien aus folgenden Ländern den sowjetischen Standpunkt: Jordanien, der Irak, der Libanon, Iran, Syrien. Neutral blieben (ausser Nordvietnam und Nordkorea): Indonesien, Indien, Ceylon, Israel, die Türkei und Japan. Dem rotchinesischen Standpunkt angenäherte Deklarationen gaben Burma und Malaya ab.

In *Afrika* blieben folgende kommunistische Parteien streng sowjettreu: Marokko, Réunion, Sudan und Tunis. Keine afrikanische Delegation ist mir bekannt, welche den rotchinesischen Standpunkt offen unterstützt hätte, aber immerhin eine kommunistische Partei Afrikas blieb neutral: die Algeriens.

Aus *Lateinamerika* erhielt Moskau starke Schützenhilfe, nämlich aus Chile, Bolivien, Venezuela, Mexiko, Equador, Peru, Panama, Argentinien, Uruguay, Brasilien und – ein grosser Schauerfolg für den Kreml – aus Kuba. Dem rotchinesischen Standpunkt näherte sich Guadeloupe an, während Kolumbien, Martinique, Costa Rica, Salvador und die Dominikanische Republik neutral blieben.

Aus *Westeuropa, Nordamerika und dem ozeanischen Raum* sind mir nur Parteideklarationen bekannt, die entweder antialbanisch oder neutral sind. Den Moskauer Standpunkt vertraten die Parteien aus Frankreich, Italien, Deutschland, den USA, Finnland, Portugal, Spanien, Österreich, Holland, Zypern und Griechenland. Neutral geblieben sind die kommunistischen Parteien folgender Länder: Englands, Kanadas, Australiens, Norwegens, Belgiens, Dänemarks, der Schweiz, Schwedens und Islands.

Bei dieser Zusammenstellung ist die schwache Position der KPdSU in Asien auffallend, obwohl die Sowjetunion den grössten Teil ihrer Wirtschaftshilfe auf diesen Kontinent konzentriert hat. Kein einziger kommunistisch regierter Staat Asiens unterstützte Chruschtschows Ausfälle gegen Albanien – Rotchina stellte sich sogar dagegen. Die Parteien aus zwei Ländern mittlerer Bedeutung (Burma, Malaya) hielten ebenfalls zu Rotchina. Die wichtigsten Parteien des nichtkommunistischen Asiens (Indien, Indonesien, Japan und Ceylon) blieben neutral. Bemerkenswert ist nur die starke

Anhängerschaft Moskaus bei den Parteien der arabischen Welt, in Vorderasien ebenso wie in Nordafrika. Für Tschu En-lai mochte die blosse Neutralität der algerischen KP eine gewisse Enttäuschung sein, da Chruschtschow bei dem Algerien-Problem auf de Gaulle lange Rücksicht nahm, während die Rotchinesen die algerischen Freiheitskämpfer seit eh und je unterstützten.

In keinem Erdteil scheint die sowjetische Position so stark zu sein wie bei den kommunistischen Bewegungen Lateinamerikas. Denn nicht nur die überwiegende Mehrheit der dortigen Parteien hält mit eiserner Treue zu Moskau, sondern gerade die Parteien der wichtigsten Länder dieses Kontinents. Freilich ist dieses Bild nicht ohne Schönheitsfehler: In Lateinamerika bestehen zwar überall starke soziale Spannungen, jedoch marschieren dort die kommunistischen Parteien nirgendwo an der Spitze der revolutionären Bewegungen. Selbst in Kuba beginnen sie erst seit kurzem mit Erfolg die dortige revolutionäre Bewegung zu infiltrieren. Die bisher nur geringen Erfolge der lateinamerikanischen Kommunisten drückte Rodney Arismendi, der Erste Sekretär der KP Uruguays, folgendermassen aus (nach *Kommunist*, Moskau, Heft 5/1961):

„Das wichtigste Merkmal des sich in Lateinamerika entfaltenden Prozesses ist die aktive Rolle der breiten Massen. In einem Punkte müssen wir hier jedoch präzisieren: abgesehen davon, dass die Millionenarmee landwirtschaftlicher Arbeiter und Bauern bereits erwacht ist, bleibt der Grad ihrer Organisation hinter den Tagesaufgaben zurück, und das Bündnis der Arbeiter und Bauern ist gegenwärtig alles in allem nur ein kleiner Sprössling, der gerade aus der Erde hervorgehossen ist.“

#### ZWEIERLEI TAKTISCHE KONZEPTIONEN

Die Gesamtbilanz des Albanien-Streites fällt also in den Entwicklungsländern für Moskau ziemlich ungünstig aus. Allein in der arabischen Welt und in Afrika – wenn wir auch die Delegationen Guineas, Ghanas und Malis berücksichtigen – sind die Positionen der KPdSU einigermassen günstig. Allerdings kann der Kreml in das Schlüsselland Ägypten höchstens nur zwischenstaatlich, nicht aber parteipolitisch eindringen, weil Nassers Regime kommunistische Umtriebe überhaupt nicht duldet. In ähnlicher Richtung entwickelt sich die Lage im Irak, wo jedoch die Anhänger Moskaus über nicht zu unterschätzende Masseneinflüsse verfügen. Syrien dagegen kann nach der Trennung von Ägypten wieder ein Hauptstützpunkt der KPdSU in der arabischen Welt werden. Asiens übrige kommunistische Parteien scheinen aber der Mos-

kauer Führung gegenüber immer mehr ihre eigenen Wege zu gehen. Die grosse Anzahl sowjettreuer, jedoch schwacher lateinamerikanischer Parteien ist dafür ein nur geringer Trost.

Es ist kaum vorstellbar, dass Chruschtschow die den Weltkommunismus spaltenden Auswirkungen des Albanien-Streites nicht vorausgesehen hätte. Die Geschichte der KPdSU wird immer reicher an brutalen Angriffen gegen die kommunistischen Parteien kleiner und kleinster Völker. Wie man auch über die albanischen Kommunisten denken mag, die Ausfälle gegen das kleine Albanien werden für die KPdSU ebenso wenig Sympathien wecken wie einst Stalins Verleumdungen und seine Wirtschaftsblockade gegen Jugoslawien. Wenn Chruschtschow trotzdem den offenen Kampf wählte, handelte er offensichtlich in einer Zwangslage. Er musste erkannt haben, dass die heuchlerische „Freundschaft“ der Rotchinesischen KP, verbunden mit einem Kampf hinter den Kulissen, dem Ansehen der KPdSU bedeutend mehr schadete als eine offene Schlacht. Mit seinem bekannten taktischen Geschick kombinierte Chruschtschow dann seinen „ideologischen“ Albanien-Feldzug mit der Aufwärmung der Stalin-Kritik und heftigen Angriffen gegen den „Personenkult“, gegen Massenvergeltungen und „Verletzungen der sozialistischen Gesetzlichkeit“. Alle diese Sünden warf er der „partei feindlichen Gruppe“ und der albanischen KP-Führung vor, wollte aber damit offensichtlich auch die Rotchinesen treffen.

Andererseits aber ist es sehr wohl denkbar, dass auch die Rotchinesen den Schutz Albaniens nicht nur im Rahmen der Rivalität innerhalb der Ostblockparteien übernommen haben. Der Wert Albaniens und seiner – nach Chruschtschows Aussage – 40 000 Mitglieder zählenden Partei ist im Inneren des Ostblocks an und für sich sehr gering. Im April 1961 gewährte Rotchina Albanien (laut London Times vom 28. 4. 1961) einen langfristigen Warenkredit in Höhe von 125 Millionen Dollar. In der Zeit einer eingestandenen Wirtschaftskrise ist diese Summe für Rotchina keine Kleinigkeit; dieses Opfer würde sich kaum lohnen, wenn es nur darum ginge, Albanien Moskau noch weiter abspenstig zu machen. Es ist also anzunehmen, dass Rotchina weiter in die Zukunft schaut und in dem kleinen Albanien einen hervorragenden Propagandabrückenkopf nach Afrika beziehungsweise Vorderasien erkannt hat.

Moskau wird gewiss nicht dabei bleiben, sich gegen die rotchinesische Konkurrenz im Ostblock und in den Entwicklungsländern allein mit Hilfe des ideologischen Kampfes zu wehren. Wir haben schon darauf hingewiesen, dass es sich bei der vorläufigen Reduzierung der sowjetischen Entwicklungshilfe nur um eine Kräfte reservierung

für zu erwartende entscheidende Schlachten des Kalten Krieges handeln könne.

Auch die neuerliche COMECON-Entwicklung scheint diese Hypothese zu bestätigen. Im Dezember 1959 wurde das Statut des COMECON bei der XII. Konferenz dieser Organisation in Sofia angenommen. Artikel 6 Absatz 1 des im Wortlaut in Nummer 29 des „Gesetzblattes der Deutschen Demokratischen Republik“ vom 10. Mai 1960 nachzulesenden Statuts schreibt jährlich zwei ordentliche COMECON-Konferenzen vor. In den Jahren 1960 und 1961 wurden jedoch nur je eine COMECON-Konferenz abgehalten, nämlich im Juli 1960 in Budapest und im Februar 1961 in Ost-Berlin. Auch dieses Abbremsen der COMECON-Arbeit weist darauf hin, dass die Sowjetunion abwarten will. Es ist zum Beispiel nicht wahrscheinlich, aber möglich, dass die schwere Wirtschaftskrise Rotchinas die chinesischen Kommunisten zum Schluss doch noch in die Knie zwingen wird. Um diesen Kniefall voll ausnützen zu können und damit die „Einheit des sozialistischen Lagers“ wieder herzustellen, wäre es für Moskau wert, ein finanzielles Opfer zu bringen. In China sind natürlich nur sehr grosse finanzielle Mittel von Bedeutung, und damit entsteht ein enger Zusammenhang zwischen der sowjetischen Wirtschaftshilfe für die Entwicklungsländer und der offenen Spaltung im Ostblock. Die Rotchinesen haben aber eine noch viel zu frische revolutionäre Tradition und werden sich gerade deshalb kaum vor der „verbürgerlichten“ KPdSU beugen. Dies wird die Politik Moskaus in den Entwicklungsländern wahrscheinlich dazu treiben, die sowjetische Wirtschaftshilfe wieder zu erhöhen und dann die Früchte der wirtschaftlichen Expansion möglichst durch Gewinnung regierender kommunistisch gefärbter Parteien – etwa wie in Guinea oder Ghana – zu ernten. Die Rotchinesen dagegen werden nicht aufhören, den „echten Marxismus-Leninismus“ in die Entwicklungsländer zu bringen, um möglichst an der Spitze der radikalsten sozialen Revolutionswelle zu reiten. Diese sowjetisch-rotchinesische Rivalität ist gerade im Rahmen des XXII. Parteikongresses der KPdSU in ein entscheidend neues Stadium getreten, weil zum ersten Male die Möglichkeit auftauchte, dass sich mehr oder weniger kommunistische Parteien in Zukunft unter die direkte Führung Pekings stellen.

In diesem Zusammenhang gewinnt auch die Belgrader Konferenz der „bündnisfreien Staaten“ – vorwiegend Entwicklungsländer – nachträglich eine neue Bedeutung. Es ist nicht unmöglich, dass die begonnene grosse Spaltung des kommunistischen Lagers in einigen afro-asiatischen Parteien die Einflüsse des jugoslawischen „Revisionismus“ fördern wird.

# Das Wirtschaftsprogramm der SU

VON \* \* \*

Der am 30. Juli veröffentlichte Entwurf des neuen Programms der KPdSU enthält in einem Abschnitt einen Zwanzigjahrplan der wirtschaftlichen Entwicklung der UdSSR. Die weltimperialistischen Ziele des neuen Parteiprogramms erstrecken sich auch auf den Wirtschaftsplan. Wie das Programm feststellt, „entwickeln sich Tendenzen zur Schaffung einer zukünftigen Weltwirtschaft, die von den siegreichen Werktätigen nach einem einheitlichen Plan geleitet wird“.

Es besteht kein Zweifel, dass Chruschtschow mit den „siegreichen Werktätigen“ sich selbst meint.

In seiner Masslosigkeit und Überheblichkeit übertrifft das neue Programm alle bisherigen Wirtschaftspläne. Es ist eine offene Herausforderung an die ganze Welt. Die Wirtschaft wird von Chruschtschow zu einem Kampfmittel um die Welt Herrschaft gemacht. Trotz seiner Übertreibungen – oder gerade ihrerwegen – verdient das neue Programm grösste Aufmerksamkeit.

Für die nächsten 10 Jahre nennt das Programm das Ziel, den gegenwärtigen Stand der Industrieproduktion der USA zu übertreffen und nach 20 Jahren „weit hinter sich zu lassen“. Bis 1970 soll der Umfang der industriellen Produktion um das Zweieinhalbfache, bis 1980 um das Sechsfache des Volumens von 1960 zunehmen.

Die industrielle Produktion der Sowjetunion müsste demnach bis 1980 jährlich um durchschnittlich 9 bis 10 % anwachsen. Vergleicht man dieses Planziel mit der bisherigen Entwicklung der Zunahmeraten der Industrieproduktion und bedenkt man, dass es sich um eine Zinseszinsrechnung handelt, bei der die absolute Grösse eines Prozents fortgesetzt zunimmt, erscheint die Zielsetzung unrealistisch.

In seiner groszspurigen Selbstgefälligkeit hat Chruschtschow ein interessantes Geständnis gemacht. Wenn nämlich die Sowjetunion ihre Industrieproduktion in 10 Jahren verzweieinhalbfachen muss, um den gegenwärtigen Stand der USA zu erreichen, beträgt die gegenwärtige Indu-

strieproduktion der Sowjetunion nur 40 % der derzeitigen amerikanischen Industrieproduktion. Bezeichnenderweise ist an keiner Stelle vom „Einholen und Überholen der USA“, sondern ausdrücklich nur vom „Einholen des gegenwärtigen allgemeinen Standes der amerikanischen Industrieproduktion“ die Rede. Damit gibt Chruschtschow, wenn auch versteckt, zu, dass die Sowjetunion die Vereinigten Staaten auch in 20 Jahren nicht eingeholt, geschweige denn überholt haben wird.

Im Wirtschaftsprogramm heisst es weiter, dass die geplante starke Zunahme der Industrieproduktion einschneidende Strukturwandlungen in der Industrie notwendig macht. In Zukunft soll die Bedeutung von Industrien, die einen schnellen technischen Fortschritt gewährleisten, erheblich zunehmen. Brennstoffe, Energieerzeuger, Rohstoffe und Industriematerialien mit niedrigen Wirkungsgraden sollen in zunehmendem Masse durch hoch effektive Methoden und Materialien ersetzt werden. Besonders soll die Anwendung neuer synthetischer Materialien, neuer Metallverbindungen und Legierungen erweitert und die schnelle und reibungslose Einführung neuer Maschinen, Geräte und Apparaturen mit automatischer Steuerung und elektronischen Vorrichtungen mit Nachdruck vorangetrieben werden. Diese Forderungen werden im übrigen seit Jahren erhoben.

Die Elektrifizierung steht im Mittelpunkt der Wirtschaftsplanung. Sie sei, wie es heisst, der Angelpunkt zum Aufbau der kommunistischen Wirtschaft und von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung aller Industrien und für den gesamten technischen Fortschritt. Es sei notwendig, die Elektrizitätswirtschaft schneller zu entwickeln als alle anderen Wirtschaftszweige.

Im einzelnen ist für die nächsten 10 Jahre eine Verdreifachung des Elektrizitätsverbrauchs der Industrie, der Ausbau elektointensiver Industriezweige (zum Beispiel der Aluminiumherstellung und der Gewinnung Schweren Wassers), die „Massenelektrifizierung“ des Transportwesens

und der Landwirtschaft sowie eine Zunahme des Elektrizitätsverbrauchs der kommunalen Wirtschaft und der Haushaltungen vorgesehen. Bis 1980 soll der Plan der Elektrifizierung des „gesamten Landes im wesentlichen“ abgeschlossen sein.

Im Jahre 1970 will man 900 bis 1000, im Jahre 1980 dann 1700 bis 3000 Milliarden Kilowattstunden erzeugen. 1960 produzierte die Sowjet-

union 292 Milliarden kWh elektrischer Energie, in diesem Jahr werden es etwa 314 Milliarden kWh sein. Geht man von einer Durchschnittsproduktion von 300 Milliarden kWh aus, müsste die Erzeugung bis 1970 um 600 bis 700 Milliarden kWh pro Jahr gesteigert werden. Von 1970 bis 1980 müsste die Produktion um weitere 1800 bis 2100 Milliarden kWh oder 180 bis 210 Milliarden kWh im Jahresdurchschnitt zunehmen.

## DER TECHNISCHE FORTSCHRITT ALS ZENTRALES THEMA

Als Vergleich sei die Entwicklung der Elektrizitätserzeugung in den vergangenen 20 Jahren angeführt. 1940 produzierte die Sowjetunion 48,3 Milliarden kWh, 1945 nur 43,3 Milliarden kWh. Bis 1960 hatte die Elektrizitätserzeugung um 242 Milliarden kWh zugenommen und zwar jahresdurchschnittlich um 8,5 Milliarden kWh in den Jahren 1946 bis 1950, um 13,2 Milliarden kWh von 1951 bis 1955, um 17 Milliarden kWh von 1956 bis 1959 und um 28 Milliarden kWh von 1959 bis 1960.

Die voraussichtliche Zunahme 1960/61 wird bei etwa 30 Milliarden kWh liegen. Das heisst also, dass die bisher höchste jährliche Zunahme knapp die Hälfte der erforderlichen jährlichen Zuwachsquote bis 1970 und nur ein Sechstel bis ein Siebtel der erforderlichen jährlichen Zunahme von 1970 bis 1980 beträgt.

Die Zahlen weisen noch auf einen anderen interessanten Umstand hin: Sie zeigen, wie weit die Sowjetunion heute noch von einer befriedigenden Energieversorgung entfernt ist.

Dass das Elektrifizierungsprogramm ein grosses Bauprogramm mit sich bringt, braucht kaum gesagt zu werden. Der Wirtschaftsplan spricht hier nur allgemein von einer „Vergrösserung der Kapazitäten der Kraftwerke“. Der Bau von Atomkraftwerken ist nicht ausdrücklich in das Programm aufgenommen. Sie sollen „je nach Verringerung der Selbstkosten von Atomenergie“ gebaut werden, vornehmlich in Gebieten ohne andere Energiequellen.

Eine schnelle Zunahme der Metallerzeugung und Heizmittelgewinnung wird auch in Zukunft die wichtigste Aufgabe der Industrieentwicklung bleiben.

Die Stahlerzeugung soll 1980 rund 250 Millionen t erreichen, das sind 185 Millionen t mehr als 1960, als die Sowjetunion 65 Millionen t produzierte. In 20 Jahren soll die Stahlerzeugung also vervierfacht werden. Das würde bedeuten, dass die Stahlproduktion jedes Jahr um mehr als 9 Millionen t zunehmen müsste, gegenüber einer durchschnittlichen jährlichen Zunahme von bisher

4,5 Millionen t. Die Zunahme der Stahlproduktion müsste sich also verdoppeln. Im gleichen Ausmass soll auch die Roheisenerzeugung zunehmen, ebenso der Ausstoss anderer Produkte der Eisenmetallurgie. Entsprechend dem 1980 erreichten technischen Stand würde die Produktion dann, wie es im Wirtschaftsprogramm heisst, den Bedarf der Volkswirtschaft „vollständig befriedigen“.

Ein starker Aufschwung ist für die Leicht- und Buntmetallurgie sowie die Gewinnung seltener Metalle vorgesehen. Insbesondere soll die Anwendung von Aluminium in der Elektrizitätswirtschaft, im Maschinenbau, im Bauwesen und in der Bedarfsgüterproduktion bedeutend zunehmen. Ob das nach 20 Jahren noch „modern“ sein wird, mag dahingestellt bleiben.

Auf dem Heizmittelsektor werden Erdöl und Naturgas in den Vordergrund treten. Ihre Gewinnung soll, wie es heisst, in einem solchen Ausmass zunehmen, dass der gesamte Bedarf der Wirtschaft befriedigt wird. Die Forderung des Planes, die Erdölförderung bis zur „Deckung des gesamten Bedarfs“ zu steigern, ist unverständlich, da die Sowjetunion seit einigen Jahren einen Förderüberschuss erzielt. Im vergangenen Jahr betrug er annähernd 40 Millionen t und wird bei einer weiter ansteigenden Förderung in Zukunft erheblich zunehmen.

Grosse Bedeutung wird im Wirtschaftsprogramm dem Ausbau der chemischen Industrie und der Einführung moderner Erzeugnisse der Chemie in alle Zweige der Wirtschaft beigemessen. Die moderne Chemie und insbesondere die Kunststoffchemie, die bisher in der Sowjetunion nur schwach entwickelt ist, soll in den nächsten Jahren in alle Zweige der Wirtschaft eindringen. Metall, Holz und andere Baumaterialien sollen durch praktische, leichte und billige Kunststoffe ersetzt werden. Eine bedeutende Erweiterung ist auch für die Erzeugung von Kunstdünger und Pflanzenschutzmitteln geplant.

Die Hauptlast der geplanten technischen Um-

rüstung der Industrie wird der Maschinenbau tragen. Die Herstellung von automatischen Maschinenfließstrassen, Automaten, ferngesteuerten Fertigungsanlagen, Präzisionsmaschinen- und Elektronengeräten soll mit allen Kräften gefördert werden. Besonderen Wert wird man auf die Entwicklung von Maschinen und Produktionsanlagen mit hohen Wirkungsgraden und niedrigem Energie- und Materialverbrauch legen.

Die Termine für die Ausstattung der Industrie mit neuen Maschinen und mechanischen Anlagen sind im Wirtschaftsplan genau festgelegt. In 10 Jahren soll die vollständige Mechanisierung aller Haupt- und Nebenarbeiten in Industrie, Landwirtschaft, Transport sowie aller Lade- und Transportarbeiten durchgeführt und bis 1980 die komplette Automatisierung der Industrie abgeschlossen werden. In einem Satz zusammengefasst: im Laufe von 10 bis 20 Jahren müsste die Produktion der Maschinenbauindustrie nicht nur völlig umgestellt, sondern auch erheblich erweitert werden.

Die Mechanisierung und Automatisierung ist seit 1956 eines der Hauptanliegen der sowjetischen Wirtschaftsplanung. Die erzielten Ergebnisse allerdings stehen im Gegensatz zum Planung- und Verordnungsaufwand. Der Stand der Mechanisierung und insbesondere der Automatisierung ist nach wie vor niedrig.

Die Werkzeugmaschinenindustrie, die eine entscheidende Rolle bei der Automatisierung spielt, konnte in den letzten Jahren in ihrer stückmässigen Ausbringung zwar auf den dritten Platz in der Weltproduktion aufrücken; in qualitativer Hinsicht hält sie einem Vergleich mit den Erzeugnissen westlicher Industrieländer nicht stand. 90% der Produktion sind einfache Werkzeugmaschinen, bei denen die Werkstücke manuell von einem Bearbeitungsgang zum nächsten transportiert und von Hand eingespannt werden müssen. Der Anteil automatischer und halbautomatischer Werkzeugmaschinen beträgt bei Drehbänken, die ein Viertel der gesamten Werkzeugmaschinenpro-

duktion ausmachen, nur 1,5%. Zusammen mit automatischen und halbautomatischen Werkzeugmaschinen anderer Art, wie Schleif-, Fräs-, Bohr- und anderen Maschinen hoher Genauigkeit, beträgt der Anteil moderner Werkzeugmaschinen an der Gesamtfertigung nicht mehr als 10%.

Auch der Ausstoss von automatischen und halbautomatischen Maschinenfließstrassen, der 1960 rund 180 Einheiten betrug, ist, gemessen an den Zielen des neuen Wirtschaftsprogramms, nicht gross.

Bei dieser Lage ist es in keiner Weise überraschend, dass die Fragen des technischen Fortschritts das beherrschende Thema des neuen Wirtschaftsprogramms sind. Das Programm besagt, dass es nur durch die weitgehende Einführung der modernen Technik möglich sein werde, die Produktion im vorgesehenen Ausmass zu erweitern und zu beschleunigen, die Standardisierung der Erzeugnisse zu erreichen, die Fließbandfertigung einzuführen und eine gleichmässige Qualität der Produktion zu gewährleisten.

Ihre Verwirklichung erfordere, wie das Programm fortfährt, eine neue, höhere Stufe der Arbeitsmoral und Arbeitsorganisation. In jedem Betrieb und in allen Werkstätten müssen die Reserven zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität und Verringerung der Selbstkosten der Produktion mobilisiert werden. Die Arbeitsproduktivität müsse schneller zunehmen als die Löhne, die Arbeitsnormen müssten verbessert, das heisst vergrössert und die Ausfälle von Maschinen und Arbeitskraft verringert werden. Oberstes Gebot aller Betriebe müsse in Zukunft die Rentabilität sein.

In diesem Zusammenhang kommt das Programm auf die seit vielen Jahren angestrebte Spezialisierung und Kooperierung der Produktion zu sprechen. Erneut wird die sattsam bekannte Forderung nach Zusammenlegung der Produktion gleicher Erzeugnisse in grosse spezialisierte Betriebe gestellt, eine Forderung, die trotz erheblicher Anstrengungen bisher zu keinen positiven Ergebnissen geführt hat.

## PROBLEMATISCHE PLANUNG UND VERWALTUNG DER WIRTSCHAFT

Ein wichtiger Abschnitt des Wirtschaftsprogramms befasst sich mit der geographischen Verteilung der neuen Industriestandorte. Geplant ist eine komplexe Entwicklung aller Industriegebiete bei gleichzeitiger Spezialisierung ihrer Produktion. Auf diese Weise soll, wie es heisst, der Bevölkerungsüberschuss in den Städten „beseitigt“ und die Unterschiede zwischen Stadt und Land aufgehoben werden. Darüber hinaus soll

die Massnahme dazu beitragen, den unterschiedlichen Stand der Wirtschaftsentwicklung in den verschiedenen Regionen des Landes auszugleichen. Diese Anordnung bedeutet die Sanktionierung der seit Jahren anhaltenden Zwangsumsiedlung von Arbeitskräften und insbesondere von Jugendlichen aus dem europäischen Russland in die Entwicklungsgebiete Sibirien und Kasachstan. Die komplexe Entwicklung der Industrie betrifft

fast ausschliesslich die Gebiete östlich des Ural." Für die nächsten 20 Jahre ist für Sibirien und Kasachstan ein umfangreiches Entwicklungsprogramm aufgestellt. Im einzelnen ist die Bildung neuer Elektrizitätsknotenpunkte in Gebieten mit besonders abbauwürdigen Kohlevorkommen oder grossen Wasserkraftreserven vorgesehen. Wasserkraftwerke werden an der Angara bei Bratsk und am Jenissei bei Krasnojarsk errichtet. Beide Kraftwerke werden nach ihrer Fertigstellung eine Kapazität von je ca. 5 Millionen Leistungs-kW haben. Im Raum der neuen Kraftwerke werden Industrien mit sehr grossem Elektrizitätsbedarf gebaut werden. Dazu gehören die Elektrolyse von Aluminium und, obwohl nicht ausdrücklich erwähnt, die Trennung von Uran-Isotopen und die Herstellung von schwerem Wasser. Die geplanten Wärmekraftwerke werden voraussichtlich in den Kohlenrevieren Minnusinsk, Kanatschinsk, Tscherenchow, im Karaganda-Kohlebecken und im Gebiet Kemerowo errichtet werden.

Bis 1980 soll ferner der Ausbau der sogenannten dritten metallurgischen Basis in Sibirien und Kasachstan abgeschlossen sein. Die Standorte der neuen metallurgischen Werke sind Karaganda in Kasachstan, Stalinsk in Westsibirien, wo ein zweites grosses Hüttenwerk im Bau ist, und voraussichtlich Tajschet an der Transsibirischen Eisenbahn, wo der Bau des ersten grossen Hüttenwerkes in Ostsibirien geplant ist.

Neue Kohle- und Erzvorkommen in Sibirien und Kasachstan sollen erschlossen werden. Interessant ist der Hinweis, dass Vorkommen in zugänglichen Gegenden, die eine schnelle und leichte Erschliessung gestatten, abgebaut werden sollen. Damit wird die Zone der Erschliessung neuer Rohstoffvorkommen einigermaßen klar begrenzt. Die überaus reichen Vorkommen in Ostsibirien, die zum überwiegenden Teil in der Dauerfrostbodenzone liegen und deren Erschliessung mit grossen Schwierigkeiten verbunden ist, sollen in den nächsten 20 Jahren offenbar nicht erschlossen werden. Man wird sich vorläufig auf die Förderung der Vorkommen in Kasachstan, Westsibirien und den „milden“ Zonen Ostsibiriens beschränken.

Interessant ist die Anordnung des Planes, die „verwegenen“ Pläne zur Überleitung einiger nördlicher Flüsse in die Wolga und ins Kaspische Meer in Angriff zu nehmen.

Für die Gebiete Wolga, Ural, Nordkaukasus und Mittelasien sieht der Plan die weitere Entwicklung der Elektrizitätswirtschaft, der Erdöl-, Gas- und chemischen Industrie vor.

Für den europäischen Teil beschränkt sich das Wirtschaftsprogramm auf die kurze Anordnung, die

vorhandenen Möglichkeiten zur Produktionserweiterung voll auszuschöpfen.

Die geplante starke Zunahme der industriellen Produktion erfordert eine beschleunigte Entwicklung des gesamten Transportwesens. An erster Stelle wird auffallenderweise der Ausbau des Strassennetzes genannt. Gleichzeitig wird mitgeteilt, dass der Kraftfahrzeugbestand bis 1980 zur vollständigen Befriedigung des Bedarfes des Güter- und Personentransportes ausreichen soll. Beide Mitteilungen sind um so überraschender, als sowohl der Strassenbau wie auch die Kraftfahrzeugproduktion bisher zu den Stiefkindern der Planung gehörten. Die „Befriedigung des Bedarfs“ ist natürlich ein dehnbare Begriff. Der Bedarf wird ebenso wie die Planziele von der Führung bestimmt. Er kann gross oder klein sein – ganz wie es die Parteiführung für richtig hält. Es ist jedoch mehr als unwahrscheinlich, dass die Sowjetunion in den nächsten 20 Jahren ihren Rückstand auf dem Gebiet der Motorisierung und des Strassenbaus aufholen kann.

Die Länge des Strassennetzes mit fester Decke beträgt in der Sowjetunion 232000 km gegenüber 3,1 Millionen km in den Vereinigten Staaten. Während in der Sowjetunion 1 km Strasse 109 qkm Fläche bedient, kommen in den USA 2,5 qkm und in der Bundesrepublik 1,9 qkm auf 1 km Strassenlänge. Noch hoffungsloser sieht die Lage der Kraftfahrzeugproduktion aus. Der Bestand an Pkw's in der Sowjetunion erreicht noch nicht 1,5% des amerikanischen Bestandes. Allein das Volkswagen-Werk in Wolfsburg produziert 70% mehr Kraftwagen als alle sowjetischen Automobilwerke zusammen. Die Zahl der gebauten VW-Exportmodelle entspricht der gesamten sowjetischen Kraftfahrzeugproduktion einschliesslich Lastkraftwagen und Omnibussen. Es scheint also hoffnungslos für die UdSSR zu sein, den Westen auf dem Gebiet der Motorisierung einzuholen.

Im europäischen Teil des Landes soll bis 1980 der Ausbau eines einheitlichen Tiefgang-Wasserstrassennetzes, das alle wichtigen Wasserwege der Binnenschifffahrt vereint, beendet werden.

Der Lufttransport soll im Laufe von 20 Jahren zum Massentransportmittel für die Personenbeförderung werden. Besonderer Wert wird im Wirtschaftsprogramm auf die schnelle Entwicklung moderner Düsenantriebe für alle Arbeiten der Luftfahrt, auch der Raumfahrt, gelegt. Auch der Zugverkehr soll verstärkt und die Zugüberwachung modernisiert werden.

Ausführlich befasst sich das neue Wirtschaftsprogramm mit den Fragen der Planung und Verwaltung der Wirtschaft. Wie es im Programm heisst,

erfordere der Aufbau der kommunistischen Wirtschaft eine breite „demokratische“ Verwaltung mit einer starken zentralen staatlichen Führungsspitze. Im Rahmen eines einheitlichen staatlichen Volkswirtschaftsplanes sollen die Selbständigkeit und die Rechte der örtlichen Organe und der

Betriebe gestärkt werden. Die Industrie wird aufgefordert, sich aktiv an der Ausarbeitung von Plänen und Vorschlägen zu beteiligen. Das Programm spricht von einer „Planung von unten“, die in den kommenden Jahren zunehmende Bedeutung erlangen soll.

## „PLANUNG VON UNTEN“ – DAS NEUE SCHLAGWORT

Die Fragen der Organisation und Planung der Verwaltung der Wirtschaft haben seit der Auflösung der Fachministerien durch Chruschtschow im Mai 1957 die Partei- und Staatsführung immer wieder beschäftigt. An die Stelle der alten Ministerialverwaltung trat der Wirtschaftsverwaltungsbezirk, an dessen Spitze der Volkswirtschaftsrat stand. Sehr bald zeigte sich indessen, dass der Verwaltungsbürokratismus nicht abgenommen hatte, er hatte sich nur auf eine andere Ebene verlagert. Anstatt der Ministerien mit ihrem Streben nach Autarkie, Totalität und Macht herrschte jetzt der lokale Territorialpatriotismus mit teilweise nationalem Charakter.

Ein Unterschied bestand nicht im Inhalt, sondern nur in der äusseren Verwaltungsform. Ebenso wie die früheren Ministerien strebten die neuen Wirtschaftsbezirke nach Autarkie, Totalität und Macht. Die Befugnisse, die von den Ministerien an die Volkswirtschaftsräte übergegangen waren, wurden von beiden Instanzen in gleicher Weise zum eigenen Vorteil ausgenutzt.

Die durch die Dezentralisierung entstandenen Missstände führten im Sommer 1960 zum Zusammenschluss der lokalen Bezirks-Volkswirtschaftsräte der RSFSR, der Ukraine, Kasachstans und Usbekistans zu grossen republikanischen Volkswirtschaftsräten. Ein Jahr später, in der ersten Hälfte 1961, wurden schliesslich 19 Grosswirtschaftsräume gegründet, denen die Koordinierung der Wirtschaftsbezirke übertragen wurde. Von den Wirtschaftsräten der neuen, nach wirtschaftsgeographischen Gesichtspunkten gebildeten Grosswirtschaftsräume erwartet man eine objektivere Einstellung zu Wirtschaftsfragen, als das bei den früheren Organisationsformen der Fall war.

Die Reformen und Reorganisationen der Wirtschaftsverwaltung blieben jedoch nicht auf die unteren und mittleren Verwaltungsinstanzen beschränkt. Die wichtigste Massnahme neben der Aufteilung des Staatsgebietes in Grosswirtschaftsräume bildete die Übertragung der langfristigen Planung vom Gosplan auf den in der ersten Hälfte 1960 neugegründeten Staatlichen wissenschaftlich-wirtschaftlichen Rat (Gosekonomsojwet).

Ausser der strengen Trennung der Planungs-

arbeiten sind die Aufgaben beider Instanzen nicht klar abgegrenzt; in vielen Fällen überschneiden sie sich. Die Verwirrung wird noch grösser, weil nur auf Unionsebene die langfristige Planung auf den Gosekonomsojwet übergegangen ist, in den Unionsrepubliken jedoch nach wie vor die Plankommissionen für kurz- und langfristige Planungen zuständig sind.

Mit der Planung und Verwaltung der Wirtschaft beschäftigten sich insgesamt: 5 Ministerien; 9 Komitees des Ministerrates; der Gosplan der UdSSR; der Gosekonomsojwet der UdSSR; 19 Wirtschaftsräte der Grosswirtschaftsräume; 15 Volkswirtschaftsräte der Unionsrepubliken; 102 Volkswirtschaftsräte der Bezirke (von denen 11 gleichzeitig Volkswirtschaftsräte von Unionsrepubliken sind); 142 Wirtschafts- und Planungsstellen der Bezirke und entsprechende Verwaltungseinheiten.

Gleichzeitig gibt es fast ebenso viele Instanzen der Partei, angefangen beim Zentralkomitee und seinen ständigen Fachausschüssen bis zu den Bezirks- und Rayonkomitees der Partei.

Jeder Reformversuch der Wirtschaftsverwaltung nach 1957 hat die Planung und Verwaltung der Wirtschaft nur weiter kompliziert.

Die neue Forderung im Wirtschaftsprogramm der Partei nach einer „Planung von unten“ wird den Verwaltungsapparat noch schwerfälliger machen. Die Zahl der zuständigen Planungs- und Verwaltungsinstanzen wird ins unabsehbare anwachsen. Nur wenige Experten werden noch in der Lage sein, sich in dem Gewirr von Wirtschaftsräten, Republik-, Unions- und Bezirks-Volkswirtschaftsräten, Staatswirtschaftsräten, Kommissionen, Komitees und Organisationen zurechtzufinden.

Der „Zug nach unten“ findet auch darin seinen Ausdruck, dass Aufgabenbereich und Kompetenzen örtlicher Wirtschaftsverwaltungsinstanzen vergrössert werden sollen. Im Programm heisst es, dass verschiedene wichtige Funktionen der Wirtschaftsverwaltung auf Unions-, Republik- und Gebiets Ebene an die nächstunteren Verwaltungsbehörden übertragen werden sollen.

Als besonders lebensfähig und dem heutigen Entwicklungsstand der Industrie entsprechend bezeichnet das Programm die Volkswirtschafts-

räte. Ihre Tätigkeit soll in den nächsten Jahren eine besondere Förderung erfahren. Insbesondere hebt das Programm aber die Bedeutung der einzelnen Industriebetriebe hervor. Ihre operative Selbständigkeit und freie Initiative sollen – selbstverständlich im Rahmen des Planes – auf eine breite Grundlage gestellt werden.

Die Aufgaben der zentralen Planung durch die obersten Planungsinstanzen werden im Programm wie folgt umrissen:

Ausarbeitung von Richtlinien und Überwachung der Durchführung der „wichtigsten“ Planziele unter weitgehender Berücksichtigung der Vorschläge und Planentwürfe von den unteren und mittleren Verwaltungs- und FPlanungsinstanzen; Koordinierung und Abstimmung der Pläne und Vorschläge, die von den unteren Verwaltungs- und Planungsinstanzen unterbreitet werden;

Verbreitung neuer wissenschaftlich-technischer Erkenntnisse und moderner Produktionsverfahren;

Überwachung der Durchführung einer einheitlichen staatlichen Investitions-, Lohn-, Preis- und Finanzpolitik;

Gewährleistung einer gleichmässigen schnellen Entwicklung der Technik und der Verteilung der Standorte der Industrie;

Verwirklichung eines einheitlichen Systems der Rechnungsführung und statistischen Erfassung.

Mehr Beachtung als bisher soll der personellen Besetzung wichtiger Verwaltungsposten in der Wirtschaft zuteilwerden. Das gelte für die Leitung von Industrierwerken und Kolchosen ebenso wie für alle Organisationen, die Einfluss auf die Produktion und Verwaltung grösserer Betriebseinheiten nehmen. Die versteckte Kritik, die diese Anordnung enthält, ist ebenfalls nicht neu. Wie der *Kommunist*, das offizielle Organ des Zentralkomitees der Partei, in seiner Ausgabe vom Juni dieses Jahres schrieb, sind an einer Reihe von Orten „Karrieristen und Angeber in führende Stellungen gelangt, die nicht davor zurückscheuen, die Partei und den Staat zu betrügen“. Der *Kommunist* führt als Beispiel zahlreiche Einzelfälle betrügerischer Manipulationen an, die offensichtlich keine Ausnahmen, sondern die Regel bilden.

Das neue Programm befasst sich auch mit der wichtigen Frage der materiellen Stimulanz. Sie berührt damit das wichtigste Problem der Planwirtschaft: das fehlende Interesse der Arbeiter und Angestellten an einer Produktionssteigerung. Der einzelne ist nicht daran interessiert, die Produktion zu steigern, weil er persönlich davon keine Vorteile hat. Er ist aber daran interessiert, mit einem möglichst geringen Aufwand die Norm und den Plan zu erfüllen, weil eine Nichterfüllung Nachteile für ihn hat und mit Zwangsarbeit und Gefängnis bestraft werden kann.

## DAS UNVERÄNDERTE ZIEL: WELTHERRSCHAFT

Wären die sowjetischen Arbeiter, Ingenieure und Fabrikdirektoren an einer Steigerung der Produktion persönlich interessiert, so wie es die Arbeiter und Angestellten in jeder normalen Wirtschaft sind, wäre das Problem einfach zu lösen. Darüber hinaus müsste der Staat seinen Arbeitern auch die Möglichkeit zur realen Befriedigung ihrer persönlichen Wünsche und Bedürfnisse gewähren. Denn auch den Menschen hinter dem Eisernen Vorhang ist mehr an einer schönen Wohnung, ausreichender Nahrung, an Kleidung und den tausend Kleinigkeiten des täglichen Lebens gelegen als an der Erfüllung von abstrakten Plänen und der Steigerung der Arbeitsproduktivität.

Statt dessen empfiehlt das Programm „abgewogene moralische Anreize“ zur Arbeitssteigerung, die, wie es heisst, eine „starke schöpferische Kraft“ des kommunistischen Aufbaus darstellen. In jedem einzelnen müsse die Verantwortung für die Aufgaben des wirtschaftlichen Aufbaus geweckt werden. Sie müsse zum persönlichen

Anliegen des gesamten Volkes auf seinem Wege zum Kommunismus werden.

Die „abgewogenen Anreize“, von denen das Programm spricht, sind vor allem die Erhöhung der Planziele, „Verbesserung“, das heisst Vergrösserung der Arbeitsnormen, die öffentliche Anerkennung guter Leistungen, insbesondere von Erfolgen bei der Anwendung moderner technischer Verfahren zur quantitativen und qualitativen Produktionsverbesserung und schliesslich ein „System des kollektiven materiellen Anreizes“. Alle diese Massnahmen sind ungeeignet, das Interesse des einzelnen Arbeiters an einer Produktionssteigerung wirklich zu wecken. Es verlangt vom gesamten Volk den Verzicht auf persönliches Wohlergehen und fordert statt dessen von jedem einzelnen die völlige Hingabe an die Götzen des kommunistischen Aufbaus: Steigerung der Arbeitsproduktivität und Steigerung der Produktion.

Der Zwanzigjahrplan der Wirtschaft im neuen Parteiprogramm der KPdSU verkündet offen das Ziel, in 10 bis 20 Jahren das industrielle Überge-

wicht in der Welt zu erringen. Die Sicherstellung der Landesverteidigung, die technische Umrüstung der Industrie, die Mechanisierung und Automatisierung aller Zweige der Wirtschaft, die Elektrifizierung, der Ausbau des Transportwesens, die Modernisierung der chemischen Erzeugung sind die wichtigsten Aufgaben der nächsten 20 Jahre. Die quantitativen Ziele der Produktionssteigerung stehen diesem Programm nicht nach.

Mit Sicherheit kann indessen angenommen werden, dass die Sowjetunion trotz des neuen überdimensionalen Wirtschaftsprogramms nicht

in der Lage sein wird, den Westen industriell einzuholen. Diese Erkenntnis darf jedoch nicht zu einer Unterschätzung der Bemühungen der Sowjets führen. Die Macht eines Staates hängt nicht so sehr von der relativen Grösse seines Industriepotentials als vielmehr davon ab, wie gross dieses absolut ist und wie er seine wirtschaftlichen Kräfte einsetzt.

Das erklärte Ziel des Wirtschaftsprogramms ist die Weltherrschaft, sein Kern der Ausbau der Schwer- und Rüstungsindustrie mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln.

# Erzeugermarkt und Extrageld

VON JOSEPH NOVAK

Zur Einführung möchte ich wiedergeben, was mir der Inspektor einer grossen Handelsbehörde in Moskau über die Versorgung und Organisation des sowjetischen Warenmarktes sagte.

„Wie alles andere in der UdSSR unterscheidet sich der sowjetische Markt und seine Versorgung grundsätzlich von den Versorgungssystemen der modernen kapitalistischen Länder. Wir Volkswirtschaftler bezeichnen unsern Markttypus als Erzeugermarkt. Dies bedeutet, dass der alleinige Erzeuger, der Staat und seine Behörden, den Markt mit Gütern versorgt und die Preise diktiert. Auf diese Weise reguliert der Staat das Angebot, die Qualität und den Preis der Ware im Verhältnis zu Nachfrage, Produktionsmöglichkeit und Geldumlauf und kontrolliert Erzeugung und Verbrauch durch die Warenmenge, die er auf den Markt bringt, und durch die Preise. Dieser Mechanismus ist sehr einfach. Der Verbraucher kann nur kaufen, was der Staat auf den Markt bringt, und da wir nach dem Prinzip verfahren, das Angebot stets niedriger zu halten als die Nachfrage, besteht nie die Gefahr, dass eine Ware unverkauft bleibt.

Warum haben wir diesen Erzeugermarkt in der UdSSR? Welches sind die Vorteile? Zunächst fördert dieses Marktsystem die Industrie, indem es ideale Voraussetzungen für sie schafft. Das beste Beispiel, das mir einfällt, ist das Fernsehen. Zunächst baut der Staat Fernsehsender. Dies schafft die Nachfrage nach Fernsehempfängern. Unsere Fabriken beginnen etwa fünf Typen von Empfängern zu bauen, und von ihnen werden

Tausende auf den Markt gebracht. Doch die Anzahl der Käufer, die auf die Empfänger warten, übersteigt bei weitem die Anzahl der auf den Markt gebrachten Geräte. Unser Staat nutzt diese Situation aus und führt Bezugsscheine ein, die den Empfänger berechtigen, ein Gerät ausserhalb der Warteliste zu kaufen. Diese Bezugsscheine werden von der Partei und den Gewerkschaften ausgegeben, und zwar als Belohnung für gute Leistungen oder als Preise bei Wettbewerben. Der Erzeuger profitiert von diesem System, denn es sichert ihm einen ununterbrochenen Umsatz.

Ferner ermöglicht der Erzeugermarkt eine schnelle Ausdehnung der Produktionskapazität. Die Güter werden sofort verkauft, und die Gewinne dienen dazu, die Produktion durch das Herausbringen neuer Modelle und einen grösseren Ausstoss an Gütern zu erweitern. Von Zeit zu Zeit werden die Preise gesenkt oder die Löhne leicht angehoben. Dies beschleunigt den Warenumsatz zusätzlich durch die Erhöhung der Kaufkraft einer bestimmten Anzahl von Käufern, was wiederum zu einer Steigerung der Produktion führt.

In den letzten Jahren hat der Staat zum Beispiel riesige Mengen an Fernsehempfängern, Radiogeräten, Fotoapparaten, Kühlschränken, Spielzeug, Plattenspielern, Touristenausrüstungen und Haushaltartikeln produziert. Alle diese Artikel sind Nebenprodukte der Schwerindustrie. Die Nachfrage ist natürlich enorm. Die Preise sind niedrig, in manchen Fällen lächerlich niedrig. Warum? Nun – wenn diese Erzeugnisse ihren Weg zum Ver-

braucher finden, beschleunigen sie von neuem die Produktion und den Geldumlauf. Das als Löhne an die Bevölkerung bezahlte Geld kehrt zum Staat zurück. Neue Mittel werden in der Schwerindustrie investiert, die im Rahmen einer Nebenproduktion die gleichen Artikel produziert, und so geht es weiter in einem ewigen Kreislauf.

In kapitalistischen Ländern ist ein solcher Markt natürlich unmöglich. Dort existiert ein Verbrauchermarkt. Der Verbraucher, der Käufer, entscheidet, was er zu kaufen wünscht, und Tausende von Erzeugern der gleichen Artikel wetteifern miteinander. Das Schicksal eines Erzeugers hängt ab von den Kaufwünschen des Verbrauchers. Es ist anerkannte Tatsache, dass dieses System seinem Wesen nach zu Inflation und Wirtschaftskrisen führt, selbst wenn man gewisse Faktoren, wie die Millionen von Menschen, die in der Reklame und im Vertrieb unproduktiv beschäftigt sind, unberücksichtigt lässt. Mit der Zeit werden Sie den sozialen Wert unseres Systems für Staat und Bürger kennenlernen."

Und ich sollte in der Tat sehr bald Bekanntschaft machen mit dem Wert dieses Systems. Eines Tages bat mich das Ehepaar, bei dem ich wohnte, ihm einen grossen Gefallen zu tun. Ich sollte mein Privileg als Ausländer wahrnehmen und einen Rubin-102-Fernsehempfänger für die jungen Eheleute kaufen. Es war eines der teuersten Geräte mit einem grossen Schirm und zwölf Kanälen. Es bestand eine kolossale Nachfrage nach diesen Apparaten, doch sie wurden nur selten und in kleinen Mengen auf den Markt gebracht. Meine Bekannten hatten drei Monate lang versucht, einen zu kaufen, doch es war ihnen nicht gelungen. Sie hatten keine Aussichten, von der Fabrik, in der sie beide arbeiteten, einen Bezugsschein zu erhalten, mit dem sie den Apparat direkt vom Zentralauslieferungslager hätten beziehen können. Sie wiesen mich darauf hin, dass ich jemandem ein saftiges Extrageld in die Hand drücken müsste. Bei einem Rubin-103-Fernsehempfänger würde das ungefähr ein Fünftel des Preises, der damals 2 200 Rubel betrug, ausmachen.

Als sie mein bedenkliches Gesicht sahen, sagten sie: „Schauen Sie, hier ist das Geld. Wir haben ein Jahr lang dafür gespart, alle beide. Es ist wichtig, dass wir den Apparat vor dem Herbst bekommen, denn für den Winter kaufen die Leute mehr Apparate, und es wird schwerer sein, einen zu kriegen. Ausserdem bekommen zum Jahrestag der Oktoberrevolution viele Arbeiter Gutscheine und Bargeldpreise. Seien Sie aber sehr vorsichtig mit dem Extrageld. Übergeben Sie es nur, wenn niemand es sieht, sonst denkt der Lagerverwalter, Sie seien ein Lockvogel oder ein Geheiminspektor."

Bewaffnet mit diesen Instruktionen und 270 Rubel, begab ich mich zu dem von meinen Bekannten angegebenen Laden, in dem Fernsehempfänger und Radioapparate verkauft wurden. Der Laden war entsetzlich überfüllt, stickig und heiss. Während ich mir einen Weg durch die Menge bahnte, hielt ich die Hand auf dem Geld in meiner Tasche. Man hatte mir gesagt, es gäbe sehr viele Taschendiebe in überfüllten Läden. Schliesslich fand ich einen Verkäufer. Er erklärte mir klipp und klar, dass die Fernsehempfänger restlos ausverkauft seien und die neuen Lieferungen nicht vor Monatsende eintreffen würden. Doch, den Anweisungen meiner Bekannten folgend, forderte ich den Verkäufer auf, mich zu dem Direktor zu führen. Zunächst weigerte er sich. Erst nachdem ich ihm erklärt hatte, dass ich Ausländer sei und auf Einladung mir befreundeter hoher sowjetischer Funktionäre als Gast in der UdSSR weile, und ihm einige Briefe zeigte, war er genügend beeindruckt, um mich zu dem Direktor zu führen.

Der Direktor war ein sehr freundlicher Mann mittleren Alters. Er gab sich alle Mühe, mich davon zu überzeugen, dass er keinen einzigen Fernsehapparat mehr im Laden habe. Doch ich gab nicht auf. Ich benutzte die gleichen Argumente wie bei seinem Angestellten und erwähnte meine hochgestellten Freunde. Schliesslich kratzte er sich am Kopf, warf einen Blick in sein Notizbuch, telefonierte und sagte mir, ich solle um sieben Uhr abends wiederkommen, dann hätte er einen Apparat für mich.

Ich gab ihm zu verstehen, dass ich wohl wüsste, welche Mühe ihm das machte, und dass ich mich glücklich schätzen würde, ihn für diese Mühe zu entschädigen. Der Direktor ging nicht auf meine Anspielung ein, doch mit einem verlegenen, scheuen Lächeln versicherte er mich seiner Sympathie und der Sympathie für mein Land und dessen heroische Kommunistische Partei.

Punkt sieben Uhr war ich wieder in dem Laden. Sauber verpackt wartete der Fernsehempfänger auf mich im Büro des Direktors. Wir waren allein. Ich zählte 2 200 Rubel, den Kaufpreis für den Empfänger, auf den Tisch und legte noch einhundert Rubel dazu. Mir schien dies genug zu sein als Belohnung für den guten Willen und die Mühe des Direktors. Ich nahm die Quittung und die Gebrauchsanweisung an mich, verabschiedete mich und ging nach Hause, überglücklich im Gedanken an das Entzücken meiner Gastgeber über den Apparat und die Rubel, die ich an dem Extrageld für den Direktor eingespart hatte.

Meine Bekannten waren wirklich entzückt, doch als ich ihnen die vierhundert Rubel zurückgab, waren sie es nicht mehr. „Sie haben ihm wirklich nur einhundert Rubel gegeben"? fragte die Frau.

Ich bejahte, immer noch stolz auf meine Geschäftstüchtigkeit.

„Aber das war nicht recht! Er hat sich so grosse Mühe gegeben, um einen Rubin-102 für Sie zu bekommen. Wahrscheinlich hat er noch jemand anderem in dem Auslieferungslager etwas versprechen müssen, und Sie haben ihm nur hundert Rubel gegeben. Nein, das war nicht anständig. Begreifen Sie denn nicht, was für ein Risiko er auf sich genommen hat? Zuerst haben Sie ihn eingeschüchtert mit Ihrem Gerede von hohen Beziehungen. Er hatte Angst, Sie zu kränken, weil er fürchtete, Sie würden ihn melden und er könnte seine Stellung verlieren. Dann besorgte er Ihnen den Apparat, und Sie geben ihm nur hundert Rubel. Nein, das war sehr ungerecht! Tun Sie nie wieder so etwas. Man darf die Notlage eines Menschen nie ausnützen!“

Ich muss zugeben, ich war bestürzt über diese Worte. Meine Bekannten waren gebildete Menschen, und ich konnte sicher sein, dass sie mit ihren Anschauungen nicht alleine waren. Ich beschloss, den Geheimnissen des Erzeugermarktes noch besser auf die Spur zu kommen.

Meine Spaziergänge durch die Strassen erhielten einen neuen Zweck. Jetzt wurden die Geschäfte das für mich, was vorher die Fabriken und Parteikomitees gewesen waren – Ansatzpunkte zu meiner Erforschung der sowjetischen Wirklichkeit. Ich hielt Ausschau nach einer Gelegenheit, hinter die Theke zu gelangen, hinter die Kulissen des Spiels von Kauf und Verkauf zu schauen, vertraut zu werden mit dem Mechanismus des guten Willens und seiner Belohnung, den Strafen und Konsequenzen, die ihn bedrohten. Es war nicht leicht; lange Zeit fand ich keine Lücke in der Fassade des offiziellen Erzeugermarkts. Als ich schon im Begriff war, entmutigt aufzugeben, sah ich plötzlich eine Chance. Ich entdeckte, dass die Leiterin eines Geschäfts für elektrische Apparate, einschliesslich kleiner Rundfunkempfänger und Plattenspieler, ein hübsches Mädchen war, das gewöhnlich allein an einem Fenster im Hintergrund des Ladens sass. Der Rest war leicht. Ich stellte mich ihr vor und sagte ihr, ich ginge jeden Tag an ihrem Laden vorbei und bewunderte ihr hübsches Gesicht im Rahmen des Fensters im Hintergrund des Ladens. Ich zitierte einige Verse Puschkins über die Schönheit der Frauen, und meine Ladenromanze hatte begonnen.

Zuerst war Zoya, so hiess sie, sehr misstrauisch. „Hören Sie“, sagte sie mir am dritten Tag unserer Bekanntschaft „wenn Sie einen Plattenspieler kaufen wollen, dann sagen Sie es ehrlich, aber spielen Sie nicht mit mir.“

Entrüstet verwahrte ich mich gegen ihren Ver-

dacht, und um ihr zu beweisen, dass nichts mir ferner lag, erklärte ich ihr, dass ich Ausländer sei und alles kaufen könne, ohne Rücksicht auf die Warteliste. Ich erzählte ihr von dem Fernsehempfänger, den ich gekauft hatte, unterliess es jedoch, das Extrageld zu erwähnen. Zoya hörte mir interessiert zu, und als ich geendet hatte, fragte sie mich, wieviel ich für den Apparat bezahlt hatte. Ich nannte den offiziellen Preis, 2200 Rubel.

Zoya schwieg eine Weile und fragte dann beiläufig: „Haben Sie ihm etwas gegeben für seine Bemühungen?“

„Nein“, sagte ich, „ich wusste nicht, dass das üblich ist.“ Dann fügte ich hinzu: „Und wieviel hätte ich ihm Ihrer Ansicht nach geben sollen?“

Zoya dachte eine Weile nach, erkundigte sich nach der Marke, dem Herstellungsjahr und dem Modell des Apparates und sagte dann: „Etwa fünfhundert Rubel.“

„Fünfhundert Rubel! Du lieber Himmel!“ rief ich mit gespielter Überraschung aus. „Das ist eine Menge Geld. Wenn er von jedem Kunden soviel bekommt, muss er längst Millionär sein!“

Zoya erklärte mir, dass der Direktor bei solchen Transaktionen ein grosses Risiko auf sich nehme und das Geld mit andern, die ihm hülfe oder auch nur schwiegen, teilen müsse. Deshalb seien die Beträge so hoch.

Wir sprachen an diesem Tage nicht mehr über dieses Thema. Doch einige Tage später, als wir uns näher kannten und Zoya mir mehr Vertrauen schenkte, entschloss ich mich, das Thema wieder aufzugreifen, doch diesmal von einer andern Seite aus. Es näherten sich zwei aufeinanderfolgende Feiertage, und ich lud Zoya zu einem ziemlich kostspieligen Ausflug in einen nahegelegenen Sommerkurort ein. Zoya nahm an, und wir machten unsere Pläne.

Am nächsten Tag bat ich Zoya beiläufig um Hilfe in einer unbedeutenden Angelegenheit. Drei meiner Freunde wollten einen Plattenspieler kaufen und einer das letzte Modell einer Schreibmaschine. Diese Artikel waren zu jener Zeit auf dem normalen Markt nur schwer zu haben, und Zoya wusste es. Ich sagte ihr, meine Freunde wären der Ansicht, als Ausländer könnte ich diese Dinge leichter besorgen. Sie würden mir das notwendige Geld einschliesslich der Entschädigung für besondere Mühe geben. Ich fragte Zoya um Rat und deutete an, dass sie diese Transaktion vielleicht durch ihren Laden arrangieren könnte.

Zoya dachte eine Weile nach und erklärte mir dann in höchst sachlichem Ton das übliche Verfahren. Zu einer gegebenen Zeit, die sie mir noch

nennen würde, sollten meine Freunde einzeln in den Laden kommen und so tun, als ob sie sich nicht kennen. Sie sollten die Plattenspieler und die Schreibmaschine verlangen wie reguläre Kunden. Fünfzehn Minuten vor ihrer Ankunft würden die Artikel geliefert werden, und Zoya würde sie ihnen also als den zuerst gekommenen Kunden zu regulären Preisen verkaufen, als wäre es ein gewöhnlicher Verkauf. Das Extrageld sollte ich ihr später geben.

Zoya sagte, den Löwenanteil des Extrageldes müsse sie dem Leiter des Zentralauslieferungslagers geben, der seinen Lieferplan so abändern müsse, dass die drei Plattenspieler und die Schreibmaschine genau zur vereinbarten Zeit in dem Laden auftauchen. Ich gab meinen Bekannten die notwendigen Instruktionen.

Später erfuhr ich, dass alles wunderbar geklappt hatte. Meine Bekannten hatten nacheinander in Abständen von wenigen Minuten den Laden betreten, und Zoya hatte ihnen mit einem süßen Lächeln eröffnet, sie hätten ungewöhnliches Glück, denn soeben seien einige Plattenspieler und eine Schreibmaschine hereingekommen, und sie schätze sich glücklich, sie ihnen verkaufen zu können. Als ein vierter Kunde, herbeigelockt durch die von meinen Freunden aus dem Laden mitgenommenen Plattenspieler, auftauchte, hatte Zoya ausserordentlich bedauert, ihn enttäuschen zu müssen, da der letzte Apparat soeben verkauft worden sei.

So war jedermann glücklich, meine Freunde, weil es ihnen gelungen war, die gewünschten Gegenstände zu kaufen, Zoya, weil sie etwas Extrageld bekommen hatte, der Lagerdirektor aus dem gleichen Grunde und ich, weil ich meinen Bekannten helfen konnte und weil ich von nun an ein „Eingeweihter“, ein Komplize war, dem weitere interessante Informationen zu geben Zoya nun nicht mehr zögern würde.

Einige Tage später machten wir unseren geplanten Ausflug, und während der zwei Tage verriet mir Zoya eine Menge über die Lücken und Fallen des Erzeugermarkts.

„Du siehst, diese Extrazahlungen sind beschränkt auf das Netz der kleineren Geschäfte; in Kaufhäusern und in grösseren Läden wären sie zu gefährlich. Bestechung wird mit hohen Gefängnisstrafen bedroht. Sie gilt als ein Wirtschaftsverbrechen, eines der schlimmsten in der UdSSR. Natürlich nehmen manche Verkäufer und Direktoren das Risiko auf sich. Mit der Zeit gelingt es ihnen, eine 'Kette' zu organisieren, die vom Lager über den Laden zu bestimmten regulären Käufern reicht, die die Ware auf dem schwarzen Markt verkaufen. Natürlich spielen sie mit dem Feuer, oder richtiger

gesagt mit mehreren Jahren Zwangsarbeitslager, doch manche Menschen sind eben geborene Spieler. Sie decken sich natürlich auf jede mögliche Weise. Bei diesen Geschäften muss man jedes Wort auf die Goldwaage legen, muss seiner Partner und deren Partner vollkommen sicher sein. Und trotz aller Vorsichtsmassnahmen landen viele im Gefängnis, bevor es ihnen gelungen ist, ein Vermögen zu machen.

Die Methode, nach der diese Kette meistens arbeitet, ist folgende: Ein Laden erwartet eine Lieferung von Radioapparaten. Der erste Schritt ist nun, die eingeweihten Käufer so zu bestellen, dass sie erscheinen, kurz bevor der Lieferwagen vor dem Laden vorfährt. Ware zurückzuhalten ist strafbar. Deshalb muss der Kunde schon an der Theke stehen, wenn die Ware eintrifft. Oft wird das Extrageld im voraus gezahlt. Obwohl dies ohne Zeugen geschieht, hat der bestochene Verkäufer eine Erklärung für diese Vorauszahlung bereit; es handelt sich dann um eine Anzahlung oder irgendeine andere legale Transaktion.

Dies ist die einfachste Methode. Es gibt noch andere. Der Direktor des Geschäfts hält im Einverständnis mit dem Verkaufspersonal eine Reihe von Artikeln, wie zum Beispiel Radioapparate, zurück. Er fertigt fiktive Verkaufszettel aus, bezahlt die Ware aus seiner eigenen Tasche oder lässt seine Angestellten sich an dem Geschäft beteiligen. Er lässt die Zahlungen durch das Kassenbuch laufen. Bei einer Inspektion kann nichts beanstandet werden. Die Apparate sind verkauft, und das Geld liegt in der Kasse. Inzwischen hält der Direktor mit äusserster Vorsicht unter seinen Freunden und deren Freunden Ausschau nach Kunden, die bereit sind, einen Aufschlag zu bezahlen. Diese Methode wird notwendig, wenn eine Lieferung unerwartet eintrifft, bevor die Schlange der bestellten Käufer aufmarschiert ist. In einem solchen Falle wird natürlich eine Anzahl von Apparaten normal verkauft, und einige Glückliche kommen so zum regulären Preis zu der gewünschten Ware.

Es gibt noch ein drittes Verfahren. Der Leiter des Geschäfts steht in ständigem Kontakt mit dem Leiter des Lagers, der ein Netz von Geschäften mit Ware beliefert. Der Leiter des Geschäfts reguliert den Fluss der Ware so, dass er in der Lage ist, 'seine' Kunden zu befriedigen. Doch diese Methode erfordert eine lange 'Kette', um ihr Funktionieren und ihre Sicherheit zu gewährleisten. Glieder in dieser Kette sind oft die Beamten einer Inspektionskommission, die als Gegenleistung für 'nicht zurückzahlende Darlehen' den Geschäftsleiter vor einer drohenden Inspektion warnen."

Zoya lachte und fügte hinzu: „Schliesslich ist das Höchste, was ein Mitglied der Kontrollkommission

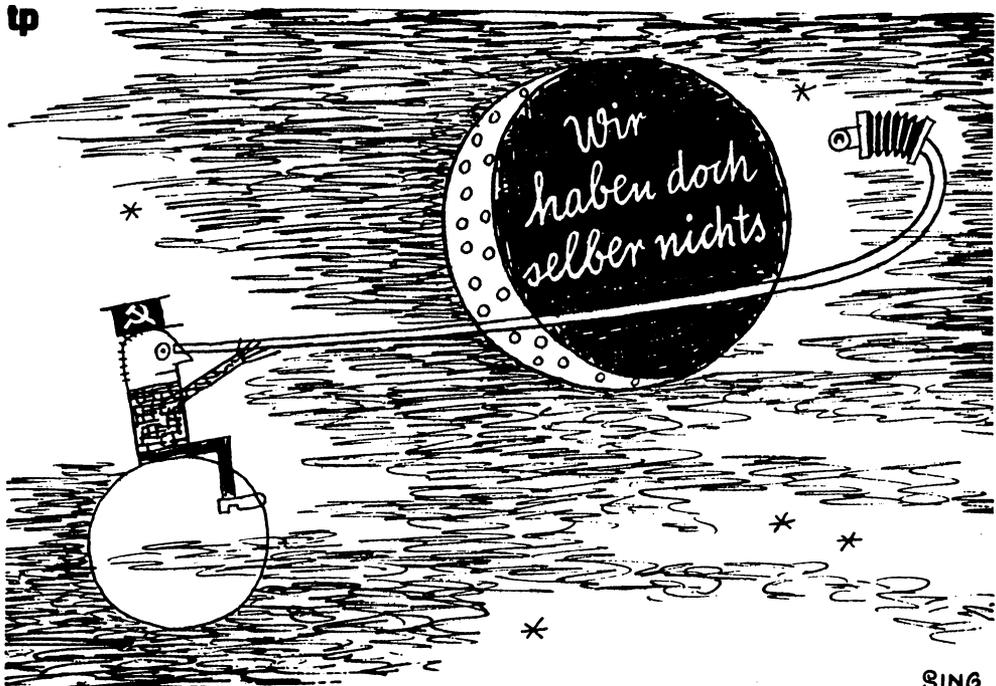
sion als Belohnung für die Anzeige gegen einen Geschäftsleiter erhalten kann, ein Lob, doch durch eine kleine Gefälligkeit gegenüber dem Geschäftsleiter kann er sein monatliches Einkommen verdreifachen. Zeig mir den Mann, der es unter diesen Umständen vorziehen würde, ein Held der sozialistischen Arbeit zu sein und seine beste Einkommensquelle zu verstopfen!"

Nach dieser Vorlesung über die Geheimnisse des Erzeugermarktes suchte ich Gelegenheiten, für meine Bekannten die schwierigsten Besorgungen zu machen. Wahrscheinlich hielten mich viele von ihnen für einen Schwarzmarkthändler grossen Stils. Meine Kenntnisse über Läden, Verkaufspersonal und Extragelder wuchsen von Tag zu Tag. Es war mir ein grosses Vergnügen, mein theoretisches Wissen zur Abwechslung einmal praktisch anzuwenden.

Das Warenhaus war die härteste Nuss. Die grosse Zahl von Verkäufern und Kunden auf einem kleinen Raum machte den „persönlichen Kontakt“ besonders schwierig. Doch der „persönliche Kontakt“ war unerlässlich bei dieser Art von Geschäften.

Zoya erzählte mir Fälle, in denen hohe Beamte der Versorgungsbehörden durch Leiter von Geschäften und Auslieferungslagern bestochen worden waren, ebenso Mitglieder von staatlichen Kontrollkommissionen. Diese Fälle, so erklärte sie mir, ereigneten sich allerdings häufiger in abgelegenen kleinen Städten, wo, wie man in der UdSSR sagt, „die Behörden gut miteinander auskommen“.

Als ich diese Dinge einmal mit einem Beamten des Versorgungsministeriums besprach, meinte er: „Wir sind keineswegs beunruhigt über das zweifellos vorhandene Bestechungswesen, denn es stört die Organisation unseres Handels in keiner Weise. Es führt höchstens dazu, dass ein geringer Prozentsatz der Ware zu höheren Preisen verkauft wird und dass einige Leute etwas Extrageld verdienen. Diejenigen, die Überpreise für die Artikel bezahlen, die sie unbedingt haben zu müssen glauben, erhöhen höchstens die Geschwindigkeit des Geldumlaufs. Letzten Endes kann uns das, wenn es im Rahmen bleibt, nur recht sein.“



SING

# Arme und reiche Proletarier

Zum chinesisch-sowjetischen Gegensatz

VON ALEXANDER KASHIN

Die sowjetisch-chinesischen Differenzen dauern an. Wie die Ereignisse zeigen, war die Moskauer Konferenz der 81 kommunistischen Parteien im November-Dezember letzten Jahres nichts anderes als ein Intermezzo. Aller grossartigen Erklärungen ungeachtet, hatte sie nichts ausrichten können; die Entwicklung steht auch weiterhin unter dem Zeichen der Auseinandersetzungen zwischen den Reichen und den Armen des heutigen Kommunismus. Die Auseinandersetzungen werden nicht zuletzt von dieser Differenz in der wirtschaftlichen Situation bestimmt. Je grösser die sowjetischen Erfolge und „Errungenschaften“, desto kümmerlicher erscheint die chinesische Wirklichkeit, desto schwieriger wird auch die internationale Lage Pekings.

Vor elf Jahren glaubte Mao Tse-tung, sein Land innerhalb weniger Jahre in eine moderne Grossmacht verwandeln zu können. Er begann den industriellen Aufbau mit Methoden, die sich während des Bürgerkrieges als erfolgreich erwiesen hatten und von deren weiterer Wirksamkeit er vollkommen überzeugt war. Der „Angriff in Ozeanform“ stand und steht weiterhin am Anfang der militärischen Lehre Maos, und mit Hilfe dieses „Angriffs in Ozeanform“ wollte er auch auf dem Gebiete des materiellen Wohlstandes Erfolge erzwingen.

Der Versuch misslang. Man erinnere sich in diesem Zusammenhang einer Äusserung des berühmten gewordenen Ma Ing-tschu, den man seiner Ansichten wegen seines Postens als Rektor der Peking University enthob und aus der Partei ausstieß:

„Wichtig ist nicht eine grössere Zahl von Menschen, sondern deren bessere Qualität. Wir sind in das Zeitalter der Atomenergie eingetreten, in dem technische Erfindungen sicher unbegrenzt sein werden. Um die neuen Erfindungen auswerten zu können, muss man sich ein gewisses Wissen und technologische Kenntnisse aneignen. Dass Zahl und Qualität unserer Bevölkerung miteinander nicht übereinstimmen, ist allgemein bekannt.“

Damit ist eigentlich die heutige Situation Rotchinas schon umrissen. Es wurden nicht nur keine ernsthaften Anstrengungen gemacht, eine solche Übereinstimmung zu erreichen, sondern man hat die Forderung selbst zur Ketzerei erklärt und verfolgte sie überall, wo sie erhoben wurde. Die Erklärung hierfür ist nicht weit zu suchen. Im alten China gab es ein Ideal, das alle anstrebten: die Existenz eines Gelehrten – westlich ausgedrückt: eines Intellektuellen. Ein Gelehrter zu werden, war der Traum jedes Bauernjungen.

Die Kommunisten haben das geändert. Für sie kam es darauf an, den Typ des Parteifunktionärs zu glorifizieren. Er allein war es, der Chinas ruhmreiche Zukunft aufbauen konnte, er, nicht der Ingenieur und nicht der Wissenschaftler. Gewiss bedarf man auch der letzteren, sie wurden jedoch nur als Menschen zweiter Klasse betrachtet: notwendig, aber nur in begrenztem Sinne. Es wurde sogar der Versuch gemacht, einzelne Wissenschaftler und einzelne Spezialisten durch die „Initiative der Massen“ zu ersetzen. Die „Massen“ sollten alle Gebiete der Wissenschaft erforschen, sie sollten Entdeckungen machen, den industriellen Aufbau voranzutreiben und die Pläne für die Zukunft aufstellen. In Wirklichkeit sah das so aus, dass man mehrere Dutzend Studenten oder gar Laien zur Ausarbeitung bestimmter Probleme heranzog, wobei man jedem von ihnen eine sehr begrenzte Aufgabe stellte. Das Ergebnis dieser gemeinsamen „Forschung“ erklärte man dann als absolut wahr.

Im Westen kann man immer wieder die Ansicht hören, die Kommunisten hätten den Schlüssel zu dem Geheimnis entdeckt, wie man ein „unterentwickeltes“ Land in kürzester Zeit in eine moderne Industriemacht verwandeln könne. Den Beweis dafür sah man hauptsächlich in den „Errungenschaften“ der Sowjetunion. Dabei wird dann ungefähr folgendermassen argumentiert: Russland war vor der Revolution ein ganz primitives Agrarland. Trotzdem ist es den Kommunisten gelungen, es

im Laufe weniger Jahrzehnte in eine führende Industriemacht zu verwandeln. Was den Russen gelungen, sollte wohl auch den Chinesen nicht unmöglich sein.

Es ist nicht unsere Aufgabe, die Unsinnigkeit derartiger Vorstellungen zu widerlegen. Gewiss war das Russland der Zeit vor der Revolution „rückständig“. Ebenso richtig ist aber, dass damals bereits alle Voraussetzungen für eine schnellere industrielle Entwicklung vorhanden waren. In China dagegen fehlten sie vollständig, und daran hat sich bis heute nichts geändert. In unserem Zusammenhang ist es jedoch noch wichtiger festzustellen, dass der Kommunismus die Entwicklung Chinas überhaupt nicht fördert, sondern hemmt, und das aus vielerlei Gründen.

Da ist zunächst das Problem der Übervölkerung anzuführen, über das heutzutage so viele heftige Diskussionen geführt werden. Worin besteht es dann nun eigentlich? Sicherlich nicht darin, dass in China zu viele Menschen auf dem Quadratkilometer leben; eine solche Behauptung wäre ganz einfach unrichtig: Die Bevölkerungsdichte beträgt in China 60 Menschen pro Quadratkilometer; in der Bundesrepublik Deutschland entfallen dagegen 160 Einwohner auf jeden Quadratkilometer. In Belgien sogar 260. Demnach müsste man eigentlich nicht China und nicht Asien im allgemeinen, sondern in erster Linie Westeuropa als überbevölkert ansehen.

Offensichtlich geht es hier um etwas ganz anderes; das Problem der Übervölkerung muss in einem anderen Sinne verstanden werden. 160 Deutsche, die im Schnitt einen Quadratkilometer miteinander teilen müssen, bringen es ohne weiteres fertig, sich nicht nur am Leben zu erhalten, sondern sich sogar Luxus leisten zu können. Die 60 Chinesen dagegen gewinnen aus dem ihnen zustehenden Quadratkilometer nicht einmal genug, um sich am Leben erhalten zu können. Damit wird das Problem der Übervölkerung zu dem, was es eigentlich immer war, nämlich zu dem Problem bei weitem zu niedriger Arbeitsproduktivität. Offensichtlich könnte China unter anderen Umständen, das heisst bei besserer Bewirtschaftung und Ausnutzung der vorhandenen Fläche, viel mehr Menschen ernähren, als das bis jetzt der Fall war. Geschieht das trotzdem nicht, so liegt die Schuld bei der „Rückständigkeit“ des Landes und der Bevölkerung, ein Umstand, der wiederum nur, wie Ma Ing-tschu es vorschlag, durch eine „kulturelle“, keineswegs aber durch eine politische oder wirtschaftliche Reform – im Sinne der Überführung der Produktionsmittel in andere Hände – zu beheben ist. Kurzum, China könnte seine Probleme nur dann lösen, wenn die Gewalt in die Hände der Intellektuellen überginge, die ihrerseits eine

Verbreitung der für die Industrialisierung notwendigen Kenntnisse sichern würden, und wenn der Auf- und Ausbau der vorhandenen Möglichkeiten nicht im Hinblick auf zu erzielende „Errungenschaften“, sondern geduldig und auf lange Sicht geplant erfolgen würde.

Die Kommunisten lassen das alles nicht zu. Für sie geht es nicht darum, grundlegende Probleme zu lösen, für sie geht es darum, solche Erfolge zu erzielen, die das internationale Prestige Pekings zu heben vermögen. So geht es aber in einem „rückständigen“ Land nicht. Die Vernachlässigung des Bedarfs der Bevölkerung ist nur dort möglich, wo ein gewisser Überschuss vorhanden ist, das heisst da, wo ein bestimmtes Minimum trotz allem produziert beziehungsweise verteilt werden kann. In China dagegen führt jedes Abschneiden des nicht vorhandenen „Überflusses“ zu einer Katastrophe. Notstandssituation bedeutet dort nicht „etwas weniger für jeden“, es bedeutet das absolute Nichtvorhandensein des Allernotwendigsten.

#### *DIE VERANTWORTUNG FÜR MAOS DEBAKEL*

Das „grosse chinesische Experiment“, das mit dem „Grossen Sprung nach vorn“ begann, um im Abgrund zu enden, bewies ein für allemal, dass der Kommunismus in Asien nur soweit funktionieren kann, als es sich um kleine Versuche handelt. Aber auch dann muss eine Rückendeckung vorhanden sein, wie es die Fälle Nord-Vietnam und Nord-Korea beweisen. In beiden Ländern wurde eine Katastrophe dadurch vermieden, dass die Sowjetunion und Rotchina die Lücken, die durch die kommunistische Misswirtschaft entstanden waren, auffüllten. Was jedoch China selbst betrifft, so musste es ein solches Experiment ohne jegliche Rückendeckung anfangen und zu Ende führen. Der „ältere Bruder“ schaute zu, gewährte Hilfe, für die er sich bezahlen liess, im übrigen lehnte er es aber entschieden ab, das risikoreiche Unternehmen vorbehaltlos zu unterstützen. Freilich wäre auch Moskau zufrieden gewesen, wäre es Mao gelungen, die Funktionsfähigkeit des kommunistischen Wirtschaftssystems in Asien zu beweisen. Dies jedoch ist keineswegs geglückt, und Chruschtschow ist nicht daran interessiert, die Lasten eines solchen Versagens zu tragen, besonders, da er dazu auch praktisch gar nicht in der Lage ist.

Eine offene Diskussion darüber, wessen Schuld das alles sei, hat es im kommunistischen Bereich vorläufig noch nicht gegeben. Die Möglichkeit einer solchen Diskussion braucht jedoch keineswegs von der Hand gewiesen zu werden. Peking trägt bereits die Konsequenzen – muss es dann

auch noch die Schuld allein tragen? Würde es je so weit kommen, so könnte man sich heute schon die Argumentation der beiden Parteien vorstellen. Im übrigen wurde eine solche Diskussion hinter den Kulissen sicherlich schon mehrere Male ausgetragen.

Für Mao Tse-tung besteht kein Zweifel darüber, dass der Hauptverantwortliche in Moskau sitzt und Chruschtschow heisst. Mit einer grösseren und vor allem ehrlicheren Hilfe würde sich Rotchina seiner Ansicht nach trotz allem über Wasser halten können – zumindest so lange, bis die Folgen der anfänglichen Misswirtschaft überwunden wären. (Bei dieser Feststellung handelt es sich nicht nur um Vermutungen, die wir hier aussprechen. Gewisse Anzeichen und bereits gemachte Äusserungen deuten darauf hin, dass der Streit sich tatsächlich in der angedeuteten Weise abspielt und dass solche Argumente Verwendung finden.)

#### VERLUST DES HIMMELSMANDATS

Chruschtschow seinerseits würde die Verantwortung sicherlich auf das System der Volkskommunen schieben. Die Abneigung, die die Sowjetunion diesen Kommunen gegenüber zeigt, könnte unter Umständen nicht nur politischen und ideologischen, sondern auch wirtschaftlichen Überlegungen entspringen. Die sowjetischen Fachleute könnten etwa ausgerechnet haben, zu welchen Ergebnissen dieses Experiment in kürzester Zeit führen müsse.

Die Tatsachen jedoch sind da und lassen sich nicht durch gegenseitige Beschuldigungen abtun. Die wirtschaftliche Lage Chinas kann man schwer beschreiben; sogar der Pekinger Führung fehlen dazu die Unterlagen. Nicht umsonst wendet sich die kommunistische Presse Rotchinas plötzlich an die Statistiker des Landes und beschwört sie, eine ehrliche Bestandsaufnahme der wirtschaftlichen Situation Chinas vorzunehmen. Dabei ist es noch keine zwei Jahre her, dass die höheren Parteifunktionäre in Peking behaupteten, Statistik sei eine Parteiwissenschaft, eine Waffe in der Hand des Proletariats, Objektivität sei daher unverzeihlich, denn die Statistik habe dem „sozialistischen Aufbau“ zu dienen. Man kann ohne weiteres vermuten, dass die Statistiker, die diesem Ruf Folge geleistet haben, nicht nur das westliche Ausland, sondern auch die höchsten Parteigremien über den Ernst der Lage bis zum letzten Moment im Dunkel gelassen haben. Als die Katastrophe dann da war, wusste man nicht nur nicht, wie ihr begegnet werden könne, sondern man übersah nicht einmal ihre wirklichen Ausmasse.

Dafür spricht die Tatsache, dass es Peking zum

ersten Mal seit der sogenannten „Befreiung“ nicht gelingt, den Untertanen die symbolische „tägliche Tasse Reis“ zu garantieren. Sollte die weitere Entwicklung nach klassischem chinesischem Muster verlaufen, so könnte die Parteiführung in eine wahrhaft unangenehme Situation geraten. In China darf sich nämlich ein Herrscher alles erlauben, er kann vom Volke höchste Anstrengungen erzwingen und es seiner Freiheit berauben – nur eines, das Volk regelmässig hungern lassen, das darf er nicht. Denn das ist das Zeichen, dass die herrschende Dynastie (in diesem Falle die Hupei-Dynastie, wie im Volksmund die Regierung Maos bezeichnet wird) das Mandat des Himmels verloren hat und von diesem Zeitpunkt ab sozusagen illegal regiert. Geschicht das, so ist es Pflicht jedes ehrlichen Bürgers, alles zu unternehmen, um diese Dynastie zu stürzen und sie durch eine neue zu ersetzen.

Tatsächlich vernahm man aus Rotchina noch nie so viele Meldungen über Volksaufstände wie gerade in den letzten Monaten. So berichtete kürzlich *Jenminjipao* über einen Aufstand in dem Bezirk Kwangning, Kwantung, in welchem ein ehemaliges Magistratsmitglied ungefähr 10 000 Freiwillige zu einem Angriff gegen die regierungstreuen Truppen zu führen vermochte und dann, nach einer verlorenen Schlacht, in den Bergen verschwand, um von dort aus einen regelrechten Partisanenkrieg gegen die örtliche Behörde zu führen.

Damit soll nicht etwa gesagt werden, dass der Thron Mao Tse-tungs wanke oder gar jeden Moment zu stürzen drohe. Das heutige kommunistische Regime vermag sich auf straffe Organisationsformen zu stützen, wie sie keiner Herrscherdynastie der Vergangenheit zur Verfügung standen. Man rechnet in Peking aber mit einer Reihe von Schwierigkeiten, deren Überwindung nicht leicht sein wird und die auf alle Fälle die schnellere Industrialisierung des Landes noch zusätzlich belasten wenn nicht sogar teilweise ganz unmöglich machen werden.

Gesetzt aber, es gelänge, diese Schwierigkeiten zu überwinden – was dann? Sollen dann die Volkskommunen wieder eingeführt und dieselben alten Fehler wiederholt werden? Oder soll man auf die Vorschläge Ma Ing-tschus eingehen und das Ruder aus der Hand geben? Die Zukunft ist voller Rätsel und niemand kann den Weg voraussagen, den China gehen wird. Zum ersten Mal in seinem Leben versagt auch Mao Tse-tung, der bis jetzt noch auf jede Frage eine patente Antwort hatte und stets die Situation beherrschte. Heute vermag auch er die künftige Entwicklung nicht abzusehen. Eine totalitäre Regierung kann sich aber unrätiges Zusehen unter keinen Umständen leisten. Deshalb

kann man ohne weiteres erwarten, dass Peking in den nächsten Monaten, wenn nicht gar Wochen, wichtige Entscheidungen treffen und die Radikalisierung seiner Politik weiter verschärfen wird. Das sind aber keine Bedingungen, die eine Schlichtung des sowjetisch-chinesischen Streites begünstigen würden. Im Gegenteil, je schlechter die Lage Rotchinas, desto radikaler die politischen Mittel, deren es sich bedienen wird; in dem gleichen Ausmasse aber vertieft sich der Abgrund, der beide Partner trennt.

Entscheidend ist eins: China ist und wird noch für sehr viele Jahrzehnte ein armer Verwandter der Sowjetunion bleiben. Die armen Verwandten sind jedoch selten beliebt. In diesem Falle trifft das ganz besonders zu, weil das untätige Zusehen seitens der Sowjetunion grundlegende Fragen in Bezug auf den Kommunismus aufwirft. Der Kommunismus führt doch angeblich zum Absterben des Staates sowie zur Abschwächung und zum späteren Verschwinden der nationalen Gegensätze. Mehr noch, der Kommunismus sollte ja einen Bund aller Werktätigen der Erde darstellen. Dementsprechend müssten eigentlich die besser gestellten kommunistischen Parteien den schwächeren zu Hilfe eilen. In Moskau denkt man jedoch nicht daran; dort lehnt man es entschieden ab, sich zugunsten des „jüngeren Bruders“ zu schwächen. Damit entlarvt man sich aber als „Imperialist“, für den der Aufbau des eigenen Imperiums vor allem anderen kommt.

Und noch ein Gesichtspunkt: Nicht nur im Sowjetblock, sondern auch im Lager des Westens gibt es arme und reiche Länder. Der Westen jedoch strengt sich an, trotz allen anderslautenden kommunistischen Voraussagen, den Entwicklungsländern

eine möglichst fühlbare Unterstützung zu gewähren. Viele asiatische Länder bekommen von den Vereinigten Staaten weitaus höhere Hilfeleistungen als die Sowjetunion Rotchina je gegeben hat. Wie soll man diesen Widerspruch vom kommunistischen Standpunkt erklären?

Eine Erklärung wird nicht gegeben. Mehr noch, der Eindruck entsteht, dass Chruschtschow versucht, Rotchina einfach abzuwimmeln, wie man es eben mit armen Verwandten auch im Alltagsleben zu tun pflegt. Seinen Gedankengang kann man ungefähr folgendermassen formulieren: Verschwindet aus der Weltpolitik und macht erst mal Ordnung im eigenen Haus; dann erst wird man über weiteres reden können.

Die chinesischen Kommunisten lassen sich jedoch nicht abwimmeln. Im Gegenteil, sie sehen den einzigen Ausweg darin, sich möglichst viel und möglichst radikal auf dem Gebiet der Aussenpolitik zu betätigen und den „grossen Bruder“ zu erpressen. Die Situation ist also voll Spannungen und Möglichkeiten. Welchen Abschluss die heutige Entwicklung finden wird, kann man im Augenblick noch nicht sagen. Dass beide – Chruschtschow und Mao – einen harten Brocken zu schlucken haben, scheint jedoch erwiesen zu sein. Das Paradoxe besteht aber darin, dass Chruschtschow mit jedem neuen „Erfolg“ und mit jeder neuen „Errungenschaft“, sei es auf dem Gebiet der Raketentechnik, der Sputniks oder einfach der Hebung des Lebensstandards, neue Voraussetzungen für eine weitere Spaltung des Ostblocks schafft. Denn jede „Errungenschaft“ etabliert ihn aufs neue als reiches Mitglied der kommunistischen Familie, das den anderen „Brüdern“ die Unterstützung schuldig bleibt.

# Brennpunkt Südvietsnam

VON TRAN TAM

Die ersten Sonnenstrahlen erschienen am Himmel, als die südvietnamesischen Rangers zuschlugen. Die ganze Nacht verharren sie im Busch, und am Morgen war es soweit. Über 500 Viet-Kongs – so nennen sich die kommunistischen Partisanen aus Nordvietnam – waren in der Falle. Stundenlang dauerte der Kampf. Am Ende zählte dann die kommunistische Seite 167 Tote und einige Dutzend Verwundete. Der Rest floh gen Süden, zum Mekong-Fluss.

Das alles ereignete sich Ende Juni 1961 auf der Plaine de Joncs und markierte den Beginn einer neuen Aera in der Geschichte Südvietsnams. Ungefähr um dieselbe Zeit sah sich der südvietnamesische Präsident, Ngo Din Diem, zu einer Erklärung veranlasst, in der er verkündete, der Kampf der nordvietnamesischen Partisanen gegen die Regierung in Saigon sei längst über das Ausmass eines Partisanenkrieges hinausgewachsen und bedrohe die südvietnamesische Republik.

Das Berlin-Problem liegt den Europäern und besonders den Deutschen verständlicherweise viel mehr am Herzen, als die Ereignisse in Asien; und doch muss betont werden, dass Saigon am Ende keine geringere Rolle spielen könnte, als Berlin in Europa. Sollte es den Kommunisten gelingen, die antikommunistische Regierung in diesem Lande zu beseitigen, würden sie sich den Weg nach ganz Asien freikämpfen. Und die Entwicklung in Laos zeigt, dass dieser Plan keineswegs nur einen Wunschtraum der Kommunisten darstellt. Ihr Angriff in Asien ist mit dem in Europa vielmehr koordiniert und offenbart noch einmal das globale Ausmass ihrer Politik gegenüber der Freien Welt.

Die Vereinbarung, die zwischen den Vertretern der verschiedenen Richtungen in Laos getroffen worden sind, verurteilte das Land der Tausend Elefanten zu einem „Neutralismus“ der fragwürdigsten Sorte. Suphanna Phuma und die mit ihm verbündeten Kräfte der Pathet-Lao-Bewegung haben das Ruder in der Hand und die antikommunistischen Kräfte bleiben in der Regierung eine Art Anhängsel, das jeden Moment abgesägt werden kann. Das bedeutet aber, dass innerhalb von wenigen Jahren Laos ohne weiteres zu einer Volksrepublik erklärt und entsprechend in die kommunistische Strategie und Taktik eingebaut werden kann. Damit wäre auch das Schicksal von Südvietnam und vielleicht sogar der ganzen indochinesischen Halbinsel besiegelt. Ein Erderschütterung in Asien könnte dann nur durch radikales Eingreifen der Westmächte, vor allem der Vereinigten Staaten von Amerika, verhindert werden. Darüber scheint man sich nicht nur in Saigon, sondern auch in Washington im klaren zu sein – zumindest nach den Worten des Vizepräsidenten der USA, Lyndon Johnson, zu urteilen, der während seines Asienbesuches in Saigon gesagt hatte:

„Die Vereinigten Staaten sind stolz auf die Rolle, die sie bei der Unterstützung Vietnams spielen konnten. Der Zweck meiner Reise ist es, mit seinen führenden Staatsmännern darüber zu beraten, was erforderlich ist, um die Integrität Vietnams zu schützen und das Versprechen der Schaffung einer tragfähigen Basis zur Errichtung einer freien Gesellschaft zu erfüllen.“

Saigon und Berlin! Nur wenige Deutsche werden zugeben wollen, dass man zwischen diesen beiden Städten eine Parallele ziehen kann und darf. Doch wir wollen hier nicht nur auf die Schlüsselstellung Saigons verweisen, sondern auch das Anwachsen der kommunistischen Forderungen in Bezug auf Vietnam verfolgen. Die Beschwichtigungspolitik, die von einigen Europäern und Amerikanern sowie Asiaten und Afrikanern in Bezug auf das Deutschland-Problem angestrebt und empfohlen wird, wurde in diesem Land bereits 1954 angewandt.

Sie führte aber keineswegs zu einer Linderung der Spannungen in diesem Erdteil, sondern löste im Gegenteil eine Reihe von Ereignissen aus, die sonst sicherlich zu vermeiden gewesen wären. Vor allem aber konnte die erste Niederlage nicht die letzte bleiben, und der Westen muss heute das auslöffeln, was er sich 1954 eingebracht hat.

Im Juni 1954 teilte das Genfer Abkommen Vietnam in zwei Teile, von denen der nördliche dem kommunistischen Vietnam und der südliche der antikommunistischen Regierung von Ngo Din Diem zugesprochen wurde. Die kommunistischen Vietminh erlangten damit die Kontrolle über das Gebiet nördlich des 17. Breitengrades, das 22 Provinzen mit rund 158 000 Quadratkilometern und etwa 16 Millionen Menschen umfasst. Hanoi wurde Hauptstadt und Ho Schi Minh Präsident. Südvietnam besteht aus den 30 südlichen Provinzen mit rund 160 000 Quadratkilometern und einer Bevölkerung von 12 Millionen.

Unmittelbar nach der Teilung des Landes sammelten sich in verschiedenen Lagern Nordvietnams zahlreiche Flüchtlinge, um auf Grund der Bestimmungen des Genfer Abkommens nach dem Süden transportiert zu werden. Obwohl das Regime in Hanoi durch Gewaltanwendung, Verhaftungen und durch Überredung die Ausreise zu verhindern sucht, zogen während des Jahres 1954 etwa eine Million Flüchtlinge nach dem Süden. Zur gleichen Zeit unterstützte die Regierung in Saigon etwa 140 000 Kommunisten und ihre Familien bei der Umsiedlung nach Nordvietnam, und das, obwohl die Regierung Ngo Din Diem es entschieden abgelehnt hatte, das Genfer Abkommen zu unterschreiben und die Teilung des Landes zu legitimieren.

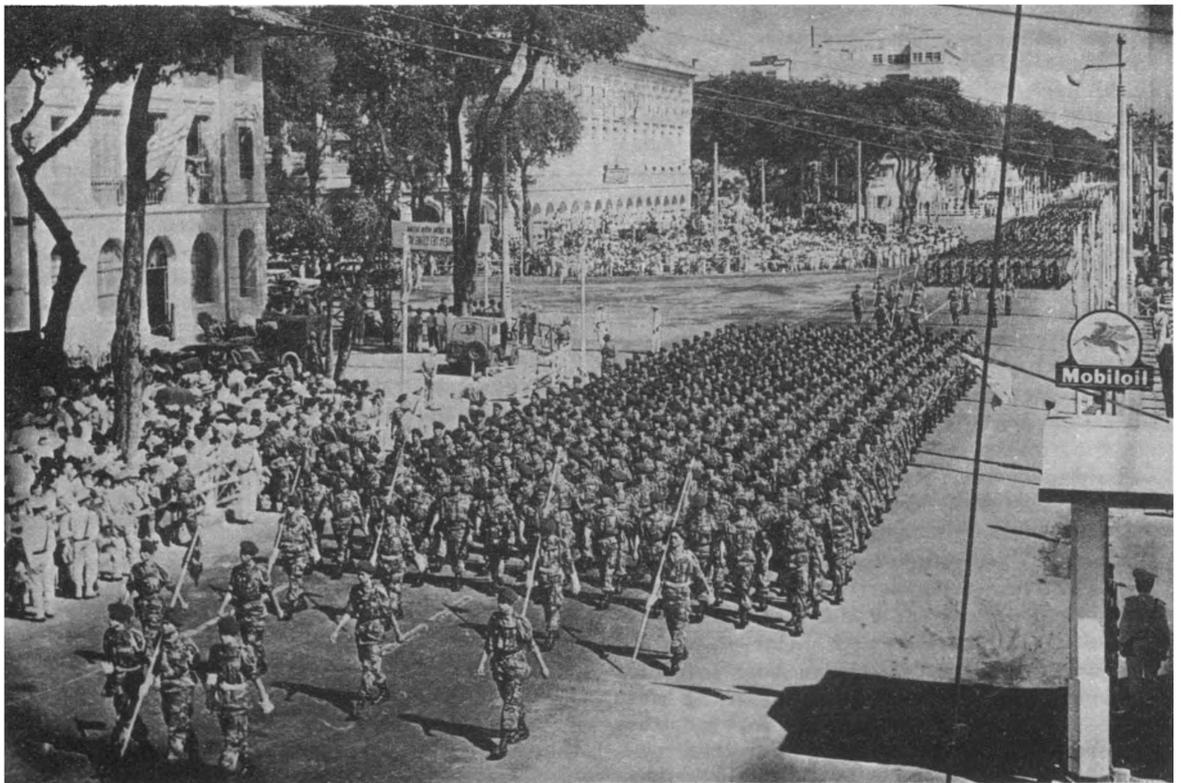
Am 23. Oktober 1955 sprachen sich über 80 Prozent der Wahlberechtigten in Südvietnam dafür aus, dass ihr Teil des Landes zu einer Republik erklärt und Ngo Din Diem Staatspräsident werde und so als Staatsoberhaupt an die Stelle von Kaiser Bao Dai trete.

Damit war der Bürgerkrieg in Vietnam zu Ende. Noch heute beschuldigt die Regierung Ngo Din Diems Frankreich, in die Teilung Vietnams nur aus der Hoffnung eingewilligt zu haben, dass Südvietnam sich mit eigenen Kräften nicht würde behaupten können und deshalb wieder eine koloniale Verwaltung sich als notwendig erweisen würde. In der Tat sah die Zukunft für diesen Teil des Landes damals düster aus. Die Optimisten prophezeiten einen Zusammenbruch in fünf Jahren, die Pessimisten sogar in einem Jahr. Die Beschuldigung Frankreichs ist nicht ohne jede Grundlage. Die Hartnäckigkeit, mit der Frankreich dem vietnamesischen Volke die Unabhängigkeit verweigerte, hatte tatsächlich eine Zunahme des



Schwer sind die Kampfbedingungen im unwegsamen Gelände Südvietnams. Es gilt, sich dem Kriegsstil des Gegners anzupassen, dem mit herkömmlichen militärischen Methoden keineswegs immer beizukommen ist.

Anpassungsfähig im Dschungelkrieg, diszipliniert und modern ausgerüstet, bat die junge südvietnamesische Armee die Verteidigung ihres Staates gegen die politisch-militärischen Subversionsversuche aus dem kommunistischen nördlichen Landesteil übernommen.



kommunistischen Einflusses im Lande zur Folge gehabt. Das Genfer Abkommen wurde damit in Saigon als ein letzter Akt des Verrats empfunden, und das um so mehr, als die französische Kolonialverwaltung und die französische Regierung bis zuletzt den Marionettenkaiser Bao Dai unterstützten, einen Mann, der die Wirtschaft seines Landes vernachlässigt und nur an seinen eigenen Profit gedacht hatte.

Doch Ngo Din Diem ist zuverlässig. Anlässlich der Ausrufung der Republik Vietnam sagte er in einer öffentlichen Ansprache:

„Bei dem gegenwärtigen Kampf geht es nicht nur um die nationale Unabhängigkeit. Es ist eine soziale Revolution mit dem Ziel, die Unabhängigkeit des vietnamesischen Bauern und Arbeiters zu sichern, deren Leiden ein Ende finden müssen.“

#### STICHWORT „VOLKSREVOLUTION“

Welche Wege die künftige Entwicklung in Vietnam auch einschlagen wird, man muss Ngo Din Diem als den Vater der Nation betrachten. Er war es, der das Erbe der kolonialen Zeit liquidierte und, allen Prophezeiungen zum Trotz, die süd-vietnamesische Unabhängigkeit sichern konnte.

In Europa ist es natürlich leicht, alle möglichen asiatischen „Diktaturen“ – mit der Ausnahme der kommunistischen – zu verurteilen. Alles, was nicht die Prägung europäischer und amerikanischer Demokratie trägt, ist hier für viele schwer annehmbar. Die wirklichen Asienkenner betonen jedoch einmütig, dass es in Asien gar nicht darum gehe, ob irgendeine Regierung „diktatorisch“ ist, sondern darum, ob sie die sozialen Nöte des Landes erkannt hat und sie durch Reformen zu beseitigen sucht.

Diese Meinung vertritt zum Beispiel auch der dpa-Korrespondent im Fernen Osten, Eckhard Budewig, in seinem Buch „Wird Asien rot?“ In dem Kapitel über Thailand beschreibt er die Revolution, die von Marschall Sarit Thanarat ausgelöst und gegen Marschall Pibulsonggram gerichtet war. Pibulsonggram kann, seiner Meinung nach, als Idealist bezeichnet werden, der den Weg der demokratischen Entwicklung gehen wollte. Doch dieser Weg führte ihn nach Peking.

„Marschall Sarit denkt genau entgegengesetzt. Er ist politisch stockkonservativ. Er ist, was die Rechte der Parteien, des Parlaments, der Gewerkschaften angeht, mittelalterlich. Aber er hat das ökonomische Problem verstanden oder jedenfalls anerkannt, vor dem ganz Asien steht: Es muss breiter Wohlstand geschaffen werden, und zwar zuallererst, so dass jedermann gehindert wird, aus Gründen wirtschaftlicher Misere in politischen

Radikalismus zu verfallen. Dann kann man später auch über politische Rechte reden. Hydepark erst nach dem Wirtschaftswunder! Das ist seine Formel.“

Das scheint aber auch die Formel Ngo Din Diems zu sein. Niemand – nicht einmal seine persönlichen Feinde – würden es wagen, ihm Unfähigkeit vorzuwerfen. Härte – ja, eine gewisse patriarchalische Einstellung zur Staatsführung – ja, doch nie und niemals Unfähigkeit oder gar Streben nach persönlicher Bereicherung. Die Tatsachen sprechen für sich. Seit dem Jahre 1954 hat sich der Reixexport vervielfacht. Eine riesige Leichtindustrie wurde aufgebaut. Die Landreform verschaffte den Bauern Boden. Im Vergleich mit Nordvietnam ist Südvietnam heute schon das reine Paradies der Werktätigen. Und gerade das lässt den Kommunisten im Norden keine Ruhe, abgesehen von der Tatsache natürlich, dass das Territorium von Südvietnam eine strategische Strasse darstellt, die ins Herz Asiens führt.

Ho Schi Minh und seine Genossen befanden sich im Jahre 1954 unter den Pessimisten. Sie gaben Südvietnam höchstens ein Jahr, ehe es seine Unabhängigkeit verlieren würde. Die Tatsachen haben sie schwer enttäuscht. Nach fünf Jahren war Südvietnam immer noch da und keine Spur von Auflösungserscheinungen war festzustellen. Die Kommunisten indes sind nicht die Leute, die sich mit Tatsachen einfach abfinden: Will sich das Volk Südvietnams dem kommunistischen System nicht freiwillig unterwerfen, so wird man es eben dazu zwingen müssen.

Das Stichwort „Volksrevolution“ fällt zum ersten Mal im Jahre 1958. Im April dieses Jahres beschuldigt die Republik Südvietnam die verantwortlichen Stellen von Nordvietnam des Verstosses gegen die Bestimmungen des Genfer Abkommens, in dem die Freizügigkeit des Verkehrs zwischen Nord- und Südvietnam garantiert worden war. Zu dieser Zeit wird die Grenze zwischen den zwei Teilen des Landes nach allgemein bekanntem kommunistischem Muster ausgebaut: Stacheldraht, Wachtürme, Minenfelder! Auch der intensive Aufbau der nordvietnamesischen Armee und die Gewaltmethoden Hanois zur Ausbreitung der Revolution im Süden verstießen gegen die Genfer Abmachung. Dieser Erklärung war eine Beschwerde des französischen Aussenministeriums vorangegangen, dass Hanoi die Genfer Abmachung durch Erhöhung seiner militärischen Streitkräfte auf 350 000 Mann und der Miliz auf 200 000 Mann verletzt habe.

Am 2. August 1958 überfallen die kommunistischen Guerillakämpfer eine Gummipflanzung in Südvietnam und vernichten ihre technischen An-

lagen. Das zerstörte Werk hatte rund zehn Prozent des von der Republik exportierten Gummis geliefert.

Am 7. April 1959 wird im Mittelmeer der tschechoslowakische Frachter „Lidice“ von französischen Kriegsschiffen aufgebracht. Das Schiff ist mit Waffen und anderen militärischen Ausrüstungsgegenständen für Hanoi beladen, was einen klaren Verstoss gegen das Genfer Abkommen darstellt. In einem Kommentar zu dem Zwischenfall schreibt eine Saigoner Zeitung, dass die „Lidice“ im Jahre vorher wenigstens viemal Waffenlieferungen nach Hanoi gebracht habe.

Ähnliche Meldungen könnten unendlich zitiert werden. Ein Verstoss gegen das Genfer Abkommen nach dem anderen. Die Beteiligung Hanois an der aufrührerischen Tätigkeit in Südvietnam ist längst nachgewiesen worden. Doch was nützt das alles! Die Überwachungskommission, die vom Genfer Abkommen statuiert wurde und die die Einhaltung der Bestimmungen dieser Abmachung überwachen soll, besteht aus einem Inder, einem Polen und einem Kanadier. Jeder von ihnen besitzt Vetorecht, kann also die Arbeit der Kommission nach Belieben sabotieren. Abgesehen davon, hat die Kommission nur das Recht, bei dem betroffenen Partner anzufragen, ob die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen stimmen. Im Falle er das verneint, ist die Angelegenheit endgültig erledigt.

Mag sein, dass die Franzosen im Jahre 1954 der Auffassung waren, dass sie mit dem Genfer Abkommen die Vietnam-Frage aus der Welt geschafft hätten. Die ganze vorherige Erfahrung hätte ihnen freilich gezeigt haben sollen, dass sie mit der Hinnahme der Bildung Nordvietnams nur ein weiteres Revolutionszentrum im Fernen Osten schaffen mussten. Selbstverständlich dachten die Kommunisten nie daran, sich immer an die Genfer Bestimmungen zu halten. Für sie war dieses Abkommen nichts als ein Sprungbrett, das ihnen weitere Vorstösse im asiatischen Raume ermöglichen sollte.

Welches Ausmass die kommunistische Untergrundtätigkeit in Südvietnam in den Jahren 1959 und 1960 angenommen hat, wird aus einem Bericht des Amerika-Dienstes ersichtlich, der vom 10. Mai 1961 datiert ist. In diesem Bericht heisst es unter anderem:

„Das Ausmass der jetzt einsetzenden Aktionen war gewaltig. Während des Jahres 1960 wurden mehr als 3000 Personen – örtliche Beamte wie Soldaten – von den kommunistischen Partisanen ermordet oder entführt. Kleine Militärposten wurden angegriffen, Brücken, öffentliche Anlagen und Nachrichtenverbindungen zerstört. Die Terroristen erzwangen die Schliessung von 200 Volksschulen

Im Zuge dieser Aktion gelang es den Kommu-

nisten, ein grösseres Gebiet vor allem südlich und südwestlich von Saigon unter ihre direkte Kontrolle zu bekommen. In diesen „Enklaven“, die von Hanoi als „befreite Gebiete“ bezeichnet werden, legten die Kommunisten den Einwohnern schwere Steuern auf und pressten Tausende von jungen Männern zum Militärdienst.

Ein wichtiger Teil der Guerilla-Kriegführung ist die Sabotage, mit der man kommunistischerseits den wirtschaftlichen Erfolg der Regierung Diem zu unterbinden sucht. Züge werden überfallen, die Schienenstränge aufgerissen und die Reisenden terrorisiert. Sabotagetrupps zerstören die Emte, zerschlagen die landwirtschaftlichen Geräte und stecken die Lastkähne in Brand, mit denen Reis und andere Nahrungsmittel in die Hauptstadt befördert werden sollten.“

Freilich gelingen den Regierungstruppen auch Erfolge, so zum Beispiel auf der Plaine de Jongs, mit dem wir unseren Beitrag einleiteten. Doch der Kampf ist sehr schwer und die Kräfte Südvietnams allein reichen nicht aus. Zunächst eignet sich die Natur Südvietnams sehr gut für Partisanenkriegführung: die Grenze ist sehr lang und kann nicht über ihre ganze Ausdehnung hin kontrolliert werden. Zum zweiten operieren die kommunistischen Partisanen jetzt nicht nur von dem Territorium Nordvietnam aus, sondern neuerdings auch von Laos und teilweise sogar von dem unabhängigen Kambodscha her. Und schliesslich hat Saigon es in diesem Falle nicht nur mit den Agenten Hanois zu tun, sondern, wie die Episode mit der „Lidice“ zeigt, auch noch mit dem gesamten kommunistischen Block, der die Untergrundtätigkeit der nordvietnamesischen Kommunisten mit Rat und Tat unterstützt.

#### GEFÄHRLICHE KAPITULATION

Südvietnam braucht Hilfe, und es braucht sie dringend. Die amerikanische Regierung tut in dieser Richtung bereits einiges. Sogenannte Rangers werden als Spezialisten im Partisanenkrieg ausgebildet, die Armee wird verstärkt und modernisiert. Doch es kann trotzdem leicht die Situation eintreten, dass der kommunistische Druck ein direktes Eingreifen der amerikanischen Streitkräfte oder der Streitkräfte der Staaten des SEATO-Paktes verlangen wird. Und dieser Augenblick kann viel früher da sein, als manchem vermuten. Dann wird das Schicksal Südostasiens entschieden. Sollte man vor den bevorstehenden Schwierigkeiten zurückschrecken, so ist die Gefahr gross, dass der rote Stern über ganz Asien leuchten wird. Das wiederum wäre eine entscheidende Niederlage im Kalten Krieg, die für den Westen unabsehbare Folgen haben könnte.

# Die Katholiken in der ČSSR

VON KAREL ČERNÝ

Papst Johannes XXIII. liess am 5. Juli in der Vatikanzeitung *L'Osservatore Romano* einen offenen Brief an den seit dem 28. Juni 1949 von der tschechoslowakischen Regierung an der Ausübung seines Amtes gehinderten Erzbischof von Prag, Erzbischof Josef Beran, veröffentlichen, in dem er dem Gefangenen Trost zuspricht und ihn zum Ausharren ermutigt.

Das 50. Priesterjubiläum des jetzt 72jährigen Erzbischofs ist ein Anlass, die Situation der katholischen Kirche in der ČSSR zu untersuchen und den Leidensweg Berans zu verfolgen, der nicht erst unter dem kommunistischen Regime begann. Die Nationalsozialisten hassten ihn bereits genauso wie jetzt die Prager Funktionärsclique um Novotny und Široký.

Beran, der Professor der Theologie an der Universität Prag war, wurde 1942 von der Gestapo verhaftet und war bis 1945 Häftling des Konzentrationslagers Dachau. Als Josef Beran am 4. April 1946 zum Erzbischof von Prag berufen und damit zum obersten Repräsentanten der tschechoslowakischen Katholiken wurde, befanden sich die tschechischen Stalinisten Klement Gottwald und Antonín Zápotocký unter den ersten Gratulanten.

In seiner Loyalität gegenüber dem Staat ist Beran zeitweise sehr weit gegangen; er übermittelte Gottwald nach dem kommunistischen Putsch im Februar 1948 seine Glückwünsche, als

der Kommunist Präsident der Republik wurde. Der scheinheilige Gottwald tat nach seiner „Wahl“ zum Staatspräsidenten etwas, was bisher kein anderer tschechoslowakischer Staatspräsident je getan hatte: Er, der als Gottloser seit über 30 Jahren keine Kirche mehr betreten hatte, begab sich in den Prager St.-Veits-Dom, wo ein Te-Deum gesungen und ihm von Beran der feierliche Segen erteilt wurde.

Wenige Wochen danach begannen die Kommunisten ihre Versuche, die katholische Kirche zu spalten. „Pater“ Dr. Josef Plojhar, seit nunmehr 13 Jahren Gesundheitsminister und Vorsitzender der „Tschechoslowakischen Volkspartei“, gründete eine „Katholische Aktion“, die sich gegen den Vatikan und den Erzbischof von Prag wandte. Anfang Juni 1949 wurde nach vielen mutigen Predigten des Erzbischofs sein Palais von der Polizei besetzt. Doch er gab nicht auf. In der Abtei von Strahow hielt er eine Predigt, die teilweise in der Freien Welt bekannt wurde. Damals erklärte Beran:

„Ohne Zweifel werdet ihr bald alle möglichen Dinge über mich im Radio hören. Ihr werdet vernehmen, dass ich angeblich ein Geständnis abgelegt hätte. Und wenn ihr eines Tages von der Unterzeichnung eines Abkommens zwischen Kirche und Staat hören werdet, so erfahrt heute, dass ich nie und nimmer ein Abkommen unter-

Um es nocheinmal zu wiederholen: die Entwicklung in Asien, besonders aber in Vietnam, kann als Beispiel dafür dienen, welche Auswirkungen eine Kapitulation in Berlin und überhaupt in der Deutschlandfrage haben müsste. Nicht der lang ersehnte Friede und nicht eine Einstellung der kommunistischen Forderungen, sondern erst recht verschärfte Attacken auf das verbliebene Westeuropa, vielleicht sogar mit den Mitteln der „Volksrevolution“, würden die Folge sein. Das grösste Geheimnis des Kommunismus besteht darin, dass er, wann immer er von der Eroberung der ganzen Welt spricht, dies sehr ernst meint.

Immer noch glauben viele Leute den kommunistischen Führern in dieser Hinsicht zu wenig, trotz deren Offenheit oder vielleicht gerade deswegen, ebenso wie man auch Hitler seinerzeit nicht zutraute, dass ihm alle seine Pläne ernst seien: So anmassend kann doch kein Mensch und keine Regierung sein, sagen sich manche Kreise im Westen. Die breit angelegte Operation in Asien und in Europa aber erweist sich als Teil eines globalen Angriffes auf die Freie Welt, und sie bezeugt: Es kann sein, es kann nicht nur sein, es ist so, und wehe dem, der sich irreführen lässt!

schreiben werde, das die Rechte der Kirche einschränkt."

Als der Erzbischof kurz darauf, am 14. Juni 1949, am Fronleichnamstag, im St.-Veits-Dom das feierliche Hochamt zelebrieren wollte, geschah etwas Ungeheuerliches: Ein Pfeifkonzert unterbrach den Erzbischof in seiner Predigt, das zahlreich erschienene Geheimpolizisten und Angehörige der Arbeitermilizen veranstalteten. Vergänglich versuchten die Anhänger Berans, durch den Gesang des Sankt-Wenzels-Chorals den kommunistischen Mob zu übertönen. Als am 20. Juni ein Hirtenbrief des Erzbischofs in den Kirchen des Landes verlesen wurde, setzten erneut Demonstrationen ein. Diese dienten Gottwald zum Vorwand, vom 28. Juni 1949 an den Erzbischof „zur Gewährleistung seiner persönlichen Sicherheit“ durch den SSD bewachen zu lassen.

Dabei ist es bis zum heutigen Tage geblieben. Beran wurde des Hochverrats schuldig erklärt, aus dem Bund der Freiheitskämpfer ausgeschlossen und von einem Zwangsaufenthaltort zum anderen geschleift: Schloss Rožmitál, Kloster Nová Risa, ein Landhaus bei Krusek in Mähren, das Dorf Kolín und ein der Weltöffentlichkeit namentlich nicht bekanntgewordener Ort waren die Stationen seiner Gefangenschaft, die ihn jedoch nicht zerbrechen konnte. Die katholischen Gläubigen, so ihres obersten Hirten beraubt, waren in den letzten Jahren weit mehr als in den anderen Ostblockländern der kommunistischen Willkür ausgesetzt.

Im Dezember 1960 erregte ein Prozess vor dem Brüner „Volksgericht“ gegen vier Augustinerpatres grosses Aufsehen, die wegen „staatsfeindlicher Tätigkeit“ zu insgesamt fünfzehneinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt worden sind. In der Tschechoslowakei waren 1950 auf Anordnung der Regierung alle religiösen Orden aufgelöst worden. Das betraf auch den Augustinerorden von Alt-Brünn. Die vier Patres trafen sich jedoch auch nach 1950 regelmässig; zuletzt hatten sie sich ausführlich mit den Berichten über den Eucharistischen Weltkongress in München befasst sowie alle aus dem Vatikan kommenden Nachrichten verfolgt. Weil die Geistlichen zudem ihre Ansichten auch Jugendlichen mitgeteilt hatten, wurden sie wegen „Unterminierung der Republik“ verurteilt.

So wie sich diese vier Geistlichen nicht damit abfinden konnten, dass ihr Orden nicht mehr tätig sein durfte, ist es vielen Christen in der Tschechoslowakei ergangen. Im März 1960 wurden in Prag zwei Angehörige des „Verbandes für Zusammenarbeit mit der Armee“ zu fünf und viereinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt, weil sie versucht hatten, den verbotenen christlichen Pfadfinder-

verband neu zu gründen. Es ist überhaupt ausserordentlich lehrreich, dass gerade auf die Jugend – nicht nur auf ältere Leute, wie im westlichen Ausland oft angenommen wird – die Religion einen grossen Einfluss ausübt.

Selbst *Obrana Lidu*, die Tageszeitung des Prager Verteidigungsministeriums, musste vielfach auf die „schädlichen religiösen Einflüsse in der Armee“ hinweisen. Diese Zeitung gab unlängst zu, dass der grösste Teil der tschechoslowakischen Soldaten wenn auch nicht ständig praktiziere, so „doch an den religiösen Ansichten festhalte“. Die Kommunisten sind natürlich der Meinung, dass „die religiöse Moral zur Passivität führt und ein Hindernis bei der Erziehung zum Hass gegen den Feind darstellt“, und dass die „religiösen Überbleibsel“ den Aufbau der Armee bremsen und der Aktivität und Initiative der Soldaten nicht dienlich seien. Es ist trotzdem recht beachtlich, dass es Pfarrer gibt, die den Mut haben, für Armeeinghörige Interessentenkreise für marxistische Philosophie zu leiten, in denen sie das Denken der Soldaten christlich beeinflussen und den marxistischen Thesen die christliche Lehre gegenüberstellen.

Als unlängst in Prag elf junge Mädchen zu Kerkerstrafen bis zu fünf Jahren wegen „Staatsfeindlicher Tätigkeit“ verurteilt wurden, weil sie früher Mitglieder des „Apostolats des Dritten Ordens des heiligen Franziskus“ und des „Vereins der Schwestern Marias“ waren und ihre Zusammenkünfte unter der Bezeichnung „Vereinigung sozialer Sektionen“ fortgesetzt hatten, war die Empörung gross. Es wäre gar nicht möglich, auch noch alle die vielen anderen Fälle der letzten Monate aufzuführen, in denen Geistliche und Laienchristen wegen ihres Glaubens verurteilt worden sind.

Ein weiteres Problem beschäftigt die kommunistische Presse nach wie vor sehr stark, dass nämlich in der Tschechoslowakei angeblich kommunistische Lehrer nach dem Unterricht in der Kirche anzutreffen sind, obwohl sie sich im Lehrplan an die Prinzipien des „wissenschaftlichen Marxismus“ halten: „Sie reden anders als sie handeln. Die atheistische Erziehung der Kinder und der Eltern ist eben eine schwierige und langwierige Aufgabe“, hiess es kürzlich in der Kreiszeitung von Böhmischem-Budweis...

Aus allen diesen Nachrichten lässt sich schliessen, dass die Gläubigen in der ČSSR, aller atheistischen Propaganda und auch den oft ganz handfesten Repressalien der Partei und des Staates zum Trotz, an ihrer religiösen Überzeugung festhalten und sie aller Schwierigkeiten und Gefahren ungeachtet auch an die junge Generation weiterzugeben wissen.

# Antisemitismus im Ostblock

VON PETER SCHWARZ

Zur Zeit des Eichmann-Prozesses steht im gesamten Ostblock weniger die Anteilnahme am schweren Schicksal der Juden im „Dritten Reich“ im Vordergrund als die Intensivierung einer Propagandakampagne gegen die Bundesrepublik. Radio Moskau stellte fest, dass Eichmann doch jetzt sehr schweigsam geworden sei, was wohl nur auf die fieberhaften Bemühungen seines Rechtsbeistandes zurückgeführt werden könne, der natürlich bestrebt sei, „die Komplizen, die noch in der Regierung der Bundesrepublik sitzen“, zu verheimlichen.

Das gesamte „sozialistische Lager“ orientiert sich an dieser Leitschnur und bläst in dasselbe Horn, die Ulbricht-Presse natürlich am lautesten. Dabei sollte niemand, der im Glashaus sitzt, mit Steinen werfen. Seit 1960 mehren sich die Pressemeldungen, die von einer offenen Diskriminierung der Juden in der Sowjetunion berichten. Im Januar 1960 gab die russischsprachige Tageszeitung *Nowoje russkoje slovo*, die von russischen Emigranten in New York herausgegeben wird und die Meinungen der russischen Intelligenz repräsentiert, folgende Sendung von Radio Kirowograd wieder:

„Wie allgemein bekannt, verhalten sich die Rabbiner und alle anderen Geistlichen der jüdischen Religion dem kommunistischen Regime gegenüber feindlich und versuchen auf jede mögliche Weise, den Aufbau des Sozialismus zu stören. Sie sind ständig für die internationalen Konterrevolutionäre und Imperialisten tätig... Die jüdischen Rabbiner sind ein gefährliches Werkzeug in den Händen der nationalistischen, pro-jüdischen, kosmopolitischen amerikanischen Bourgeoisie. Wir weisen unsere Hörer darauf hin, dass in Haus Nr. 56 der Kirowstrasse in unserer eigenen Stadt Kirowograd ein Gebäude ist, das sich Synagoge nennt. Dort ereignen sich eigenartige und äusserst verdächtige Dinge.“

Die Bezeichnung der Zugehörigkeit zur „nationalistischen, pro-jüdischen, kosmopolitischen amerikanischen Bourgeoisie“ ist in der UdSSR bekanntermassen als Staatsverbrechen verfolgungswürdig. In den letzten Jahren ist die Existenz des Staates Israel immer mehr zum Antrieb des sowjetischen Antisemitismus geworden. Die Sowjets

waren schon immer Gegner des Zionismus, jedoch festigte sich die Feindschaft gegen Israel, als der neue jüdische Staat eine grosse Anziehungskraft auf die russischen Juden auszuüben begann. Die Auswanderung nach Israel wird selbstverständlich unterbunden, da es für das kommunistische System völlig undenkbar ist, selbst nur theoretisch die Möglichkeit zuzulassen, ein Mensch wolle freiwillig die Sowjetunion verlassen. Auch verbindet sich damit ein unmittelbarer politischer Grund: die Auswanderung nach Israel würde „einen Affront gegen die befreundeten arabischen Staaten“ darstellen.

Wie sieht nun die Behandlung der Juden in der UdSSR aus? Die „schwarzen Jahre“ von Stalins offenen Judenverfolgungen sind zwar vorbei, aber an ihre Stelle ist ein nicht weniger unmenschlicher Terror getreten, mit dem man heute das „jüdische Problem“ aus der Welt zu schaffen versucht. Die Angabe der Nationalität in dem Personalausweis, die für alle Einwohner der Sowjetunion Pflicht ist, wird im Falle der Juden in der Praxis zu einem Mittel, das jeder Diskriminierung Vorschub leistet. Die Juden sind von bestimmten Amtsstellungen in der höheren Staats- und Parteiführung stillschweigend ausgeschlossen. Chruschtschow selbst gab diese Diskriminierung offen zu und begründete sie mit der Schaffung einer neuen Sowjetintelligenz sowie der Gefahr, dass Juden in hohen Amtsstellungen „sich mit jüdischen Mitarbeitern zu umgeben pflegen“. Die jüdischen Mitglieder des Obersten Sowjets gingen von 4,1 Prozent im Jahre 1957 auf 0,25 Prozent im Jahre 1959 zurück, und die Regierung wird nicht eher ruhen, bis auch der letzte Jude aller Parteiämter enthoben ist. Auf den Universitäten gibt es einen inoffiziellen numerus clausus für Juden, der tief unter dem Prozentsatz des jüdischen Bevölkerungsanteils liegt. Die gleiche Entwicklung, das heisst die Ausmerzung der Juden aus der Führungsschicht, ist besonders seit 1955 auch in den osteuropäischen „Volksdemokratien“ in vollem Gange.

Die Provinzpresse der Sowjetunion spricht von Pogromen gegen die Juden, bei denen Synagogen angezündet und Juden schmähsch behandelt wurden. Sie berichtet von einer starken Diskrimi-

nierung der Juden in der Sowjetarmee, im diplomatischen Korps, sogar in den Lehranstalten, von einer Diskriminierung, die „offiziell anerkannt ist“. 1960 gibt das Mitglied der sowjetischen Kommission für religiöse Angelegenheiten, Woschtschikow, diese antisemitischen Tendenzen zu, spricht aber davon, dass diese Tendenzen etwa den antiprotestantischen Gefühlen in Italien vergleichbar wären.

Erst im März dieses Jahres trafen wieder Meldungen bei jüdischen Kreisen in Paris ein, die von der Einschränkung des kulturellen Lebens in der Sowjetunion berichten. So wird gemeldet, dass die Herstellung der Matzen für die jüdischen Passah-Feiern verboten wurde. Dies betraf hauptsächlich den Raum Kiew, wo etwa 200 000 Juden leben. In der ukrainischen Hauptstadt wurde ein jüdischer Friedhof geschändet. In Stalino wurde die einzige Synagoge für 40 000 Juden geschlossen. Die Juden hatten sich daraufhin an anderen Orten zu Gottesdiensten zusammengefunden, doch wurde dies von den örtlichen Behörden dann unterbunden.

Diese Berichte, die wegen der vollständigen Abriegelung des Nachrichtensystems durch die Zensur nur spärlich durchsickern, lassen doch erkennen, dass ein starker offiziell gelenkter Antisemitismus vorhanden sein muss. Die jüdische Religionsausübung wird weiter unterdrückt, wobei man sich immer wieder durchsichtiger Vorwände bedient. So nennt man die Gottesdienste „illegale Versammlungen“ oder legt das jüdische Ritual als Vergehen gegen das Lebensmittelgesetz aus. Der Antisemitismus ist „offiziell“ von den Kommunisten und den Parteiführern in den Satellitenstaaten untersagt. Dieses Verbot ist aber auch nur ein Aushängeschild für das westliche Ausland, denn die Nachrichten beweisen, dass das Schicksal der drei Millionen Juden in der Sowjetunion nicht beneidenswert ist. Oder hätte der Präsident des Rabbinerrats von New York, Rabbiner Edward T. Sandrow, es sonst wohl nötig gehabt, an die Sowjetregierung zu appellieren, sie möge dem amerikanischen Rat der Juden die Genehmigung zur Herstellung regelmässiger Beziehungen mit den Juden in der Sowjetunion erteilen? Rabbiner Sandrow erklärte dazu im April 1961:

„Wir erwarten nicht von der Sowjetunion, dass sie ein Wiedererstehen der jüdischen Religion fördere und nicht einmal, dass sie den Juden gestattet, nach Israel auszuwandern. Wir können aber nicht stillschweigend hinnehmen, dass Millionen unserer Brüder zum Schweigen verurteilt und des Kontakts mit der übrigen Welt, besonders dem Westen, beraubt sind.“

Die Sowjets können diese Genehmigung niemals erteilen, würden ihre Vorwände für die Verfolgung

der Juden doch dann jeder Grundlage beraubt und ein bedeutendes Loch in das engmaschige Netz ihrer Lügenmeldungen gerissen.

Zum diesjährigen Empfang zum amerikanischen Unabhängigkeitstag, den die amerikanische Botschaft in Moskau gab, war auch der israelische Gesandte erschienen. Als dieser auf den in einer Gruppe stehenden sich sehr jovial zeigenden Chruschtschow zutrat, um eine Frage an ihn zu richten, wandte der sowjetische Regierungschef sich abrupt ab; wie die Meldungen berichten, „verfinsterte sich sein Gesicht“.

Das Kernproblem selbst, der Antisemitismus, wird bei der jetzt durchgeführten Propagandakampagne gegen das vermeintliche Vorhandensein solcher Tendenzen im westlichen Lager wohlweislich nur am Rande erwähnt, denn dieses Problem gehört in der Sowjetunion wie auch im gesamten übrigen „sozialistischen Lager“ zu den „heissesten Eisen“. Und die Feststellung antisemitischer Umtriebe bei ihnen löst eine sehr nervöse Reaktion in den Regierungskreisen dieser Länder aus, was nur wiederum ein Zeichen für das sehr doppelgleisige Spiel auf diesem Sektor ist.

Walter Ulbricht, der sich heute als ein glühender Kämpfer gegen die „antisemitischen Umtriebe in der Bundesrepublik“ gebärdet, hat sich 1930 nicht gescheut, eine Kampfgruppe mit den Nazis gegen die „jüdischen Ausbeuter“ zu fordern. Diese Tatsache ist nachzulesen in der 1958 erschienenen Ulbricht-Biographie des verstorbenen Kulturministers der Sowjetzone, Johannes R. Becher. In seinem Buch, das er noch in der Ära des „Personenkults“ schrieb, heisst es:

„Walter Ulbricht ruft aus: 'Die Kommunisten sind der Meinung, dass die Arbeiter das Finanzkapital, die jüdischen Ausbeuter, enteignen müssen, damit Millionen Werktätiger menschenwürdig leben können... Gemeinsamer Kampf der Kommunisten... und der nationalsozialistischen Arbeiter gegen das deutsche und internationale Finanzkapital, für den Sozialismus!'“

So deutlich äussert er sich heute natürlich nicht mehr, jedoch sind einige Dinge in der Sowjetzone geschehen, die vordergründig genug sind, um doch darin eine Diskriminierung zu sehen. Abgesehen von der Tatsache, dass die Sowjetzone keine Wiedergutmachung leisten will, um nicht die „Waffengeschäfte Israels finanzieren“ zu müssen, versucht die Regierung so demonstrativ wie nur möglich zu zeigen, dass sie die Juden „schätzt“.

Am 14. Mai dieses Jahres beging der Rabbiner der jüdischen Gemeinde in Ost-Berlin, Martin Riesenburger, seinen 65. Geburtstag. Aus diesem Grunde gab die Gemeinde in Ost-Berlin einen

Empfang, auf dem Riesenburger der Titel eines „Landesrabbiners“ verliehen wurde. Dabei erklärte der stellvertretende Staatsratsvorsitzende und CDU-Generalsekretär, Gerald Götting, dass Walter Ulbricht nach seiner Rückkehr von der Kur dem Jubilar persönlich den „Vaterländischen Verdienstorden in Gold“ überreichen werde. Ulbricht kehrte von seiner Kur aus Karlsbad zurück, hat aber den Landesrabbiner Riesenburger bis zum heutigen Tage nicht empfangen. Es blieb dem Volkskammerpräsidenten Dieckmann vorbehalten, den Orden zu übergeben. Offenbar hatte Ulbricht doch Bedenken, es persönlich zu tun, nachdem die *Prawda* gerade wieder einmal Israel angegriffen hatte.

Noch eine Tatsache ist in diesem Zusammenhang bemerkenswert. Die Parteifunktionäre gruppieren sich bekanntlich bei offiziellen Anlässen jeweils nach der Rangordnung. Von der am 15. Juni 1961 in Ost-Berlin von Ulbricht veranstalteten „internationalen Pressekonferenz“ wurde ein Bild des Präsidiums dieser Konferenz im SED-Zentralorgan *Neues Deutschland* veröffentlicht, das ausserordentlich aufschlussreich ist. Obwohl nämlich das Politbüromitglied Albert Norden und der stellvertretende Vorsitzende des Staatlichen Rundfunkkomitees, Gerhart Eisler, rangmässig rechts und links neben Ulbricht hätten sitzen müssen, sassen Norden und Eisler, die, wie bekannt, jüdischer Herkunft sind, nebeneinander am

äussersten Ende des Präsidiumstisches. Dafür sassen bezeichnenderweise links und rechts von Ulbricht zwei ehemalige Nationalsozialisten, nämlich der „Gesandte“ Gerhard Kegel und Presseamtsleiter Kurt Blecha.

Man wird in den Bildarchiven sehr lange suchen müssen, um ein Bild zu finden, das Ulbricht während eines offiziellen Anlasses neben einem Juden sitzend zeigt. Das ist auch nicht weiter verwunderlich, denn nicht wenige Juden hat Ulbricht politisch bekämpft und sogar liquidieren lassen. 1937 verschwand das ehemalige KPD-ZK-Mitglied Heinz Neumann spurlos in Moskau, nachdem Ulbricht ihn denunziert hatte. 1952 lieferte er den Schriftsteller und früheren *Rudé-Právo*-Chefredakteur Andrej Simon dem tschechischen Geheimdienst ans Messer. Simon wurde mit Slánský angeklagt und hingerichtet. Zur gleichen Zeit liess er in Ost-Berlin die Altkommunisten Paul Merker und Bruno Goldhammer verhaften, weil sie beschuldigt wurden, „zionistische Agenten“ gewesen zu sein. Mehrere Jahre befanden sich diese beiden Männer unschuldig in den Klauen der Geheimpolizei Ulbrichts.

Auch in ihrer antisemitischen Propaganda hält sich die Sowjetzone nicht zurück. Im April dieses Jahres gab der SED-eigene Dietz-Verlag eine Übersetzung des sowjetischen Standardwerkes über die Judenfrage von Konstantin Ivanov und Z. Geheinis heraus. Unter dem Titel *Der Staat*

## Ein Gast und 29 Betreuer

VON KÁLMÁN KONKOLY

*Chruschtschows Enthüllungen über das Versagen und die Miszstände in der sowjetischen Landwirtschaft waren für die Sowjetbürger eine Sensation und haben, ihrer selbstkritischen Offenheit wegen, auch ausserhalb des Ostblocks einiges Aufsehen verursacht. Der sowjetische Parteisekretär beschuldigte der Reihe nach alle zuständigen Stellen, fahrlässig, unfähig, korrupt oder gewissenlos gehandelt zu haben. Er schickte die verantwortlichen Parteibürokraten auf Bewährungsposten, hütete sich aber sehr wohl, allzu viele Einzelheiten über die Misswirtschaft in der sowjetischen Landwirtschaft zu schildern.*

*Wie die Praxis der volksdemokratischen Herrlichkeit auf dem Lande aussieht, erfährt man aus einem Prozess, der jetzt in Ungarn stattgefunden hat. In anderthalb Jahrzehnten ist es den roten Machthabern gelungen, den bäuerlichen Besitz in Ungarn zu enteignen und zu verstaatlichen. Was vor einem Jahrzehnt noch unvorstellbar schien, ist*

*dadurch erschütternde Wirklichkeit geworden: Die einstige „Speisekammer Europas“ ist auf Getreideimporte aus dem Ausland angewiesen. Wie es nun auf den ungarischen Gütern, die zu Sowchosen wurden, vorgeht, illustriert der Tatbestand des Budapester Prozesses.*

*In Anerkennung „seiner Verdienste um die Bekämpfung des staatsfeindlichen Putsches vom Jahre 1956“ war der linientreue Kommunist Pál Várszegi zum Direktor des staatlichen Landgutes Beremend ernannt worden. Auf Grund derselben zweifelhaften Verdienste hatte man ihm einen gewissen Sándor Horvát als Prokuristen, einen Ferenc Szabó als Zahlmeister zur Seite gestellt. In kurzer Frist gelang es dem Triumvirat, mit Hilfe gefälschter Produktionsdaten und unwahrer Angaben die vorgesetzten Dienststellen im Budapester Landwirtschaftsministerium davon zu überzeugen, dass Beremend ein sozialistischer Mustersowchos wäre.*

*Israel – Situation und Politik* wird das Leben in Israel als „ein Paradies für eine kleine Gruppe von Schiebern“ dargestellt, das „unermessliche Entbehren für die Volksmassen“ mit sich bringt. „Einwanderer aus den sozialistischen Staaten versuchen auf dem schnellsten Wege wieder herauszukommen“, da Israel „eine Brutstätte der nationalen Unterdrückung und der Rassendiskriminierung“ sei. Diese unglaubliche Verhöhnung gipfelt in dem pseudo-philosophischen Satz:

„Der Zionismus war deshalb so ausserordentlich schädlich, weil er die Masse des jüdischen Volkes vom Klassenkampf gegen den Kapitalismus abhalten wollte und die Werktätigen im Geiste eines beschränkten Nationalismus beeinflusst.“

Während jedoch in Polen dieses Buch, das im Verlag der Polnischen Armees erschienen war, nach wenigen Tagen aus dem Handel gezogen wurde, fand es kurz nach Beginn des Eichmann-Prozesses in der Sowjetzone starke Verbreitung.

Chruschtschow erlaubte sich im Jahre 1955 in Warschau in einer Rede an die Mitglieder des Zentralaussschusses der polnischen KP folgende Bemerkungen:

„Wie mir scheint, leidet ihr Polen unter der anomalen Zusammensetzung eurer führenden Körperschaften, wie wir darunter gelitten hatten.

Aber wir sind gut damit fertig geworden. In meinem Land beläuft sich der Anteil hoher jüdischer Beamter auf zwei bis drei pro Mille. Wie ist es bei euch? Sagen wir 40 000 oder 50 000. Und in welchem Verhältnis steht dazu ihre Mitgliedschaft in Ausschüssen wie der Zentrale der Partei?“

Chruschtschow unterbricht sich hier und mustert den Vorsitzenden Roman Zambrowski, der ursprünglich Zuckermann hiess, scharf, um dann fortzufahren:

„Ja, viele eurer Führer haben zwar polnische Namen, die mit -ski enden, aber ein Abramowitsch bleibt immer ein Abramowitsch. Unter euren massgebenden Leuten habt ihr zu viele Abramowitschs.“\*)

Das bedeutete also die unmissverständliche Aufforderung, es der UdSSR nachzutun und die Juden aus den öffentlichen Ämtern zu entfernen. In Polen ist der Antisemitismus allerdings nicht in dem Masse ausgeprägt wie in der Sowjetunion. Auf dem Lande tritt er zwar auf, doch wird er von der Partei und der Regierung scharf bekämpft. In Warschau arbeitet ein jüdisches Institut, das ausgezeichnete Studien über die Verfolgung der Juden unter dem Nationalsozialismus veröffentlicht hat. Ausserdem ist geplant, an der Posener Universität einen Lehrstuhl für jiddische Sprache und Literatur einzurichten, eine Massnahme, die im Ostblock einzig dasteht.

---

*Es blieb nicht aus, dass immer mehr ausländische Gäste des Kádár-Regimes nach Beremend dirigiert und dort mit dem „Fortschritt auf dem Lande“ vertraut gemacht wurden. In der Hauptsache handelte es sich bei den Besuchern um linkssozialistische Agrarsachverständige aus Westeuropa. Diese Visiten erfreuten sich aber auch bei den ungarischen Genossen einer gewissen Beliebtheit. Anders lässt es sich wohl kaum erklären, dass zum Beispiel ein englischer Prokommunist, der Beremend besichtigte, von einem Gefolge von insgesamt 29 (!) Personen begleitet wurde. Was dieser Gästeschar zuteil wurde, stellt die sprichwörtliche ungarische Gastfreundschaft aus „reaktionären Zeiten“ weit in den Schatten. Gast und Begleiter wurden zu Dinners und Soupers mit unzähligen Gängen eingeladen. Die Tafelfreuden eines solchen Mahls wurden dann mit einem reichlich alkoholfeuchten „Mulatsag“, einem fröhlichen Umtrunk, abgeschlossen. Die Gäste, ob nun aus London oder bloss aus Budapest, verliessen das Gut mit üppigen Freundschaftsgaben: mit Mastenten, mit Riesenportionen Gänseleberpastete und mit Literflaschen Barack, des feurigen ungarischen Apricot Brandy.*

*Solch eine Gastfreundschaft kostete natürlich allerhand Geld. Der bescheidene Repräsentationsfonds reichte dafür längst nicht. Aber das machte dem Leiter des Mustergutes keine Kopfschmerzen. Denn nicht umsonst waren unter den ungarischen Begleitern seiner Gäste mit Vorliebe diejenigen Genossen aus dem Landwirtschaftsministerium, die die Mehrausgaben des Sowchos Beremend gegenzeichneten. Das taten sie natürlich nicht umsonst. Mit der nächsten fünfköpfigen Delegation aus Afrika fanden sich gleich 52 „Begleiter“ in Beremend ein, um den Fortschritt des Sozialismus auf dem Lande mit eigener Zunge zu erproben.*

*Es gehört zum kommunistischen Antreibersystem, dass es besondere Arbeitsleistungen mit ungewöhnlich hohen Geldprämien belohnt. Nach diesem Schema liess der Genosse Direktor zunächst seinen Prokuristen Horvát als „Bestarbeiter“ mit 10 000 Forint, etwa 3 600 DM, prämiieren. Nachdem das einige Male gelungen war, wollte sich Horvát seinem Chef dankbar erweisen. Er tat das, indem er nun seinerseits den Genossen Várszegi „für seine vorzügliche sozialistische Arbeit“ zu einer ebensolchen Prämie vorschlug, natürlich in einer seiner Dienststellung entsprechenden Höhe.*

✓ Nachdem die kommunistische Partei in der CSSR endgültig an die Macht gekommen war, spielten sich hier wohl die in unserem Zusammenhang aufregendsten Ereignisse ab. 1950 war nur noch eine der Prager Synagogen geöffnet, für den Rabbinerstand wurde kein Nachwuchs mehr ausgebildet, und der Oberrabbiner berichtete, dass keine Nachfrage nach einem jüdisch-religiösen Unterricht bestand. Dann erregten Vorgänge die Öffentlichkeit, die einer antisemitischen Psychose glichen. So wurde William C. Catis, der Prager Korrespondent von Associated Press, vor Gericht gestellt und wegen Spionage verurteilt. Der Führer der extremen Linken der israelischen Paman-Partei, Mordechai Oren, der nach der Teilnahme an einer Tagung der stalinistisch geleiteten Gewerkschaften in Ost-Berlin nach Prag gereist war und sich dort noch bei der israelischen Gesandtschaft gemeldet hatte, war plötzlich verschwunden. Erst auf eine offizielle Anfrage hin wurde erklärt, dass er wegen Verbrechen gegen den Staat verhaftet worden sei. Es folgte der Prozess gegen Slánský und andere. Im Oktober 1958 wurden 10 Juden wegen „prozionistischer Aktivität“ festgenommen. Man legte ihnen zur Last, sie hätten versucht, die Beziehungen zwischen Prag und Kairo zu „stören“. Ebenfalls 1958 wurden Mitarbeiter der jüdischen Gemeinde in Karlsbad ihrer Ämter enthoben und in entlegene Orte versetzt. Damals kursierte unter der jüdischen Bevölkerung in Prag die Vermutung,

dass eine geheime tschechoslowakisch-ägyptische Kommission die Aufgabe hätte, die Zionisten zu verfolgen. Die Denunzierungen von Juden sollten aus Kreisen dieser Ägypter kommen. So eng gestalteten sich die tschechoslowakisch-ägyptischen Beziehungen.

Wie gross die Abhängigkeit der Satelliten von den Schwankungen der antisemitischen Aktion in Moskau ist, beweist der Fall der „Volksrepublik“ Ungarn. Am 13. Januar 1953 wurde in Moskau das Kommuniqué über die Ärzteaffäre veröffentlicht, und schon am 17. Januar begannen die antisemitischen Massnahmen in Ungarn mit der Verlautbarung, dass das Staatssicherheitsamt den Präsidenten der jüdischen Gemeinde in Budapest, Louis Stoeckler, verhaftet habe. Man warf ihm Devisenvergehen vor. Zwei Tage zuvor hatte Szabad Nep den Zionismus verurteilt und von der „feindseligen Wühlarbeit des American Joint Distribution Committee (JDC)“ in Ungarn gesprochen. Eine grosse Anzahl jüdischer Beamter, Funktionäre und Ärzte wurde im März 1953 vor Gericht gestellt. Die Verschlechterung der ungarischen Wirtschaft und die Erstarrung des kulturellen Lebens führten auch im Volke zu bitteren Gefühlsausbrüchen gegen die Juden, in deren Verlauf der Leiter der jüdischen Gemeinde in Tokaj und seine Frau zu Tode geprügelt wurden.

Nach der Unterdrückung der Volkserhebung 1956 nutzte die ungarische Regierung den Antisemitismus in den Anklagen gegen die „Konter-

---

*Diese Zulagen wurden vom Zahlmeister Szabó „genehmigt“. Es blieb also nicht aus, dass der Genosse Direktor dem Zahlmeister seine „sozialistische Arbeit“ ebenfalls mit einer fünfstelligen Forintsumme honorierte.*

*Dass die ganze Sache schliesslich doch bis nach Budapest stank, lag an der – Senkgrube der Musterkolchase. Der Verantwortliche für die sozialistischen Abwässer von Beremend war ein gewisser Sebő Pörgö. Ihm fiel die Aufgabe zu, alle die Senkgrubenanlagen von Beremend betreffenden Quittungen abzuzeichnen. Er tat das mit einer persönlichen Note: mit drei Kreuzen – denn Genosse Pörgö ist Analphabet. Diese Quittungen kamen nun ins Ministerium an die dafür zuständigen Referenten, die aus unerfindlichen Gründen niemals nach Beremend eingeladen worden waren, vielleicht ihres anrühigen Spezialgebietes wegen. Sie waren darüber verärgert und beleidigt, legten die mit drei Kreuzen abgezeichneten Quittungen aneinander und addierten. Es ergab sich, dass die Senkgrubereinigung auf dem Mustergut binnen weniger Wochen mehr als 100 000 Forint gekostet haben musste – was dem Monats-*

*lohn von 100 ungarischen Facharbeitern entspricht. Während der Verhandlung verteidigten sich die Angeklagten mit dem Argument, dies alles hätten sie doch im Dienste der sozialistischen Landwirtschaft getan. Die Vorgesetzten im Ministerium hätten doch auch niemals ihre Aufrechnungen beanstandet, was die Gutsberren von Beremend in ihrem fortschrittlichen Tun nur als Bestätigung für die Richtigkeit ihrer Handlungsweise ansehen mussten. Ja, die einzige Reklamation stamme von einer Abteilung, der für Senkgruben, die eigentlich nicht als zuständig für die sozialistische Landwirtschaft angesehen werden könne. Aber das half den sozialistischen Musterlandwirten nichts. Pál Várszegi ging für 12, Sándor Horvát für 15, Ferenc Szabó für 10 Jahre ins Zuchthaus.*

*Nur der Genosse Sebő Pörgö konnte sich glücklich schätzen, Analphabet gewesen zu sein. Er ging nicht nur straffrei aus, sondern ihm wurde noch bescheinigt, dass er – 15 Jahre nach dem Start des Kommunismus in Ungarn – ein „Opfer der kapitalistischen Reaktion“ sei, die den Bedauernswerten bewusst in analphabetischer Unwissenheit belassen hätte.*

revolutionäre'' aus, jedoch konnten wenigstens während dieses Aufstandes viele Tausende Juden ins Ausland fliehen. 1959 veröffentlichte der Universitätsdozent Elmer Balogh in der Budapest Ausgabe der Zeitschrift *Belpolitikai Szemle* die aufschlussreiche Feststellung:

„Nach der Niederlage legte sich der Antisemitismus, ... aber sein Nachlassen bedeutet nicht, dass er nicht mehr existiert, und wenn wir ihn nicht bekämpfen, kann er in dem Augenblick wieder aufleben, wenn sich in unserem Lande Schwierigkeiten zeigen; ... wenn jedoch die Juden ohne ersichtlichen Grund einander helfen, bloss auf der Basis religiöser Solidarität, dann müssen wir energische Massnahmen treffen, um dies zu bekämpfen.“

Diese Erklärung bedeutete also eine zeitweilige Einstellung der antisemitischen Kampagnen mit der Ankündigung, sie bei „etwaigem Eintreten religiöser Solidarität“ ohne weiteres wieder aufleben lassen.

Jüdische Gruppen in diesen Ländern scheinen es trotz unglaublicher Schwierigkeiten fertiggebracht zu haben, einen gewissen Zusammenhalt zu bewahren. Vielleicht sind sie durch die verhältnismässig geringe Entfernung zu Israel dazu ermuntert worden, denn dadurch mag die Auswanderung irgendwie erleichtert worden sein.

In Bukarest gibt es ein jiddisches – vom Staat unterstütztes – Theater, in dem die Vorstellungen in Jiddisch stattfinden und mit Hilfe einer Simultan-Anlage übersetzt werden. Im Sommer gastiert das Theater in der Provinz. An den Buchständen und in den Buchläden kann man ohne weiteres Bücher und Zeitungen in jiddischer Sprache kaufen. Das macht alles einen günstigen Eindruck.

Dazu kommen jedoch andere Informationen, die dieses Bild abschwächen. Viele jüdische Berufstätige in höheren Berufen verloren ihre Stellungen, nachdem sie um Auswanderungsgenehmigung nach Israel ersucht hatten; seitdem werden sie mit Misstrauen behandelt. Sie vermeiden jeden Kontakt mit Ausländern, aus Angst, dass sie bespitzelt werden könnten.

Rumänische Funktionäre erklären zur Frage des Antisemitismus in ihrem Lande: „Wir sind nicht antisemitisch, die Juden arbeiten mit uns in jeder nur möglichen Art zusammen. Aber wenn sie gegen uns arbeiten, müssen wir natürlich unsere Massnahmen treffen.“

Die Tatsache, dass sie in der Religionsausübung nicht gehindert werden, geben die Juden

selbst zu, jedoch zahlen sie ihren Preis dafür: Die Ausnutzung ihrer Rabbiner für die Propagandamaschine des Regimes. Oberrabbiner Moses Rosen ist zum Beispiel ein ständiger Delegierter bei jedem kommunistischen Friedenskongress, auch passen sich die Sabbatpredigten eng den kommunistischen Propagandathemen an. (Diese Tatsache wurde übrigens von den aus der Sowjetzone geflüchteten Juden immer wieder betont.)

Trotz des Kalten Krieges mit Israel besteht eine Handelsverbindung, die jährliche Umsätze in Höhe von 5 Millionen Dollar erreicht. Rumänien liefert Bauholz und andere Rohstoffe und erhält dafür Zitrusfrüchte, Kakao, Rasierklingen und Phosphate.

Es existieren offiziell anerkannte jüdische Schulen und Anstalten für talmudische Bildung, auch werden die religiösen Funktionäre von der Regierung bezahlt. Nur auf einem Gebiet greifen die Polizeibehörden gegen die Juden stark durch. Da bei der Liquidierung des Privathandels einst sehr milde vorgegangen wurde, sich dann aber herausstellte, dass insbesondere die Juden den Privathandel illegal weiterbetrieben, schreitet die Polizei dagegen ein. Hierbei kommt dann auch der sich hinter den Kulissen abspielende Kampf zwischen dem Polizeiapparat und der politischen Autorität zum Ausdruck. Die Juden sind bei dieser internen Auseinandersetzung die bequemsten Opfer, da man leicht „Indizien“ gegen sie vorbringen kann, sei es, sie hätten Briefe aus Israel empfangen oder um eine Auswanderung nach Israel nachgesucht. So werden auf diese Weise oft höhere Beamte aus dem Weg geräumt, indem man sie fristlos entlässt oder gar verhaftet.

Durch die enge Verbindung dieses offiziellen Judentums mit den Kommunisten sprechen die Schriftsteller und Intellektuellen – es gibt 15 jiddische Autoren unter den 430 Mitgliedern des rumänischen Schriftstellerverbandes – von dem Zerfall der jüdischen Kultur in ihrem Lande, und trotz der finanziellen Unterstützung macht sich unter ihnen eine tiefe Hoffnungslosigkeit breit.

Die kleine noch vorhandene jüdische Minderheit in Bulgarien ist vollständig entrechtet worden. Man berichtet von dem sich einst um die Bibliotheken abspielenden kulturellen Leben, dass es abgestorben sei, da die Gesamtzahl der Bücher zwar erhalten blieb, jedoch alle Bücher mit „nationalistischer jüdischer Tendenz“ nicht ausgeliehen werden dürfen und nach und nach durch „fortschrittliche“ ersetzt werden.

\*) Zitiert nach der parteilosen israelischen Zeitung *Jedioth Chadaschotb*, Tel Aviv, vom 31. 5. 1960

# Die Schlacht um die jungen Staaten

VON HERMAN ACHMINOW

Eines der Schlagworte unserer Tage ist der Terminus 'Entwicklungshilfe'. Das Thema ist der Betrachtung wert, denn die Zahl der neuen Staaten übertrifft die der industrialisierten um das Vielfache. Praktisch gehören ja alle Länder der Erde ausser den USA, Westeuropa, Kanada, Japan und dem Sowjetblock zu ihnen. Zudem sind sie auf entscheidende Weise in jene Auseinandersetzung zwischen Demokratie und Kommunismus einbezogen, von deren Ausgang auch das Schicksal unseres Kontinents abhängt.

Dieses Thema wird meist zu einem guten Teil unter propagandistischen Gesichtspunkten behandelt. Den Grundton geben alarmierende Berichte an, die eine sprunghafte Ausweitung der sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen zu den Entwicklungsländern nachweisen. Da mag sich die Frage aufdrängen, ob es denn überhaupt noch einen Sinn habe, wenn wir uns auch noch an der Wirtschaftshilfe beteiligen. Wird nicht am Ende alles, was wir jetzt investieren, eines Tages doch nur den Kommunisten zugute kommen, wie es zum Beispiel mit den Riesensummen geschah, die Tschiang Kai-schek in China oder Batista in Kuba eingesteckt haben? Wäre es da nicht besser, alle unsere Kräfte auf den Fortschritt in unserem eigenen Lande und auf die Stärkung Europas zu konzentrieren?

Tatsächlich haben die bisherigen geschichtlichen Erfahrungen gelehrt, dass gerade die rückständigen Länder eine besondere Anfälligkeit für den Kommunismus zeigen. Es gab bis jetzt fünf regelrechte kommunistische Machtergreifungen; fünf Mal kamen die Kommunisten an die Macht, ohne dass die betreffenden Länder vorher von Truppen eines anderen kommunistischen Staates besetzt gewesen wären. In keinem Falle handelte es sich – entgegen den Prophezeiungen von Marx, ja im krassen Widerspruch zu seiner Lehre – um Länder, in denen der Kapitalismus in ein Ermüdungsstadium getreten wäre; es waren vielmehr immer ausgesprochene Entwicklungsländer: Das

gilt für das Russland von 1917 genauso wie für Jugoslawien, Albanien, China und Nord-Vietnam, und das gilt auch für zwei weitere Staaten, die möglicherweise bald kommunistisch werden könnten: Laos und Kuba.

Es ist auch nicht zu leugnen, dass die neuen Staaten, die nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden sind, dazu neigen, mit dem Kommunismus beziehungsweise mit der Sowjetunion zumindest zeitweilig zu liebäugeln – ob es sich um so riesige Staatsgebilde handelt wie Indien oder Indonesien oder um mittlere und kleine wie Ägypten, der Irak, Afghanistan, Guinea oder Ghana.

Einer der Gründe dafür ist, dass das Experiment der Industrialisierung, wie es die Sowjetunion in den dreissiger Jahren durchführte, als geglückt angesehen werden kann. Es ist allerdings die bisher teuerste Methode der Industrialisierung. Obwohl die Periode des Frühkapitalismus in keinem Land eine Blütezeit des Humanismus war, kannten weder das England des frühen 19. Jahrhunderts, noch das Deutschland der Gründerjahre, noch Japan beim Aufbau ihrer Industrien ein solches System von Sklavenarbeit, von totaler Plünderung der Bauernschaft, von allumfassendem Terror, wie es die Sowjetunion unter Stalin darstellte. Aber Russland wurde, um welchen Preis auch immer, nach Stalins Parole aus einem Agrar in ein mehr oder weniger entwickeltes Industrieland verwandelt, und die Kommunisten sind schnell dabei, aus jedem einigermassen nennenswerten Erfolg politisches Kapital zu schlagen.

Das neue Programm der KPdSU nennt denn auch den in der Sowjetunion vorexerzierten Weg der Industrialisierung die Chance, ein Land, wie es wörtlich heisst, „nicht im Laufe von Jahrhunderten, sondern noch zu Lebzeiten einer Generation aus einem rückständigen in ein Industrieland zu verwandeln“. Dieses Argument zieht. Es sind Bemerkungen asiatischer und afrikanischer Studenten bekanntgeworden, die sagten, es lohne sich

ihrer Ansicht nach, 25 Prozent der Bevölkerung zu opfern, um das Land so zu verwandeln, wie es in Russland geschehen ist.

Was schliesslich die Statistiken über den Welt-handel betrifft, so zeigen sie unverkennbar das Bild einer dynamischen Expansion des sowjetisch-chinesischen Blocks. Die Handelsbeziehungen der Sowjetunion mit den Entwicklungsländern sind fast durchweg neueren Datums. Zu Stalins Zeiten gab es solche mit der Türkei seit 1937, mit dem Iran seit 1940 und mit Afghanistan seit 1950. Allerdings hat bereits Stalin, was wenig bekannt ist, in seiner letzten, 1952 veröffentlichten Arbeit *Die ökonomischen Probleme des Sozialismus in der UdSSR* die Absicht der Sowjetführung verkündet, „ihre überschüssigen Waren auf den Weltmarkt zu werfen“.

Ab 1953 begann dann auch eine ziemlich stürmische Entwicklung in dieser Richtung. 1953 schloss die Sowjetregierung Handelsabkommen mit Indien und Argentinien, 1954 mit Uruguay, Ägypten und dem Libanon, 1955 mit Burma, Syrien und Malaya, 1956 mit dem Jemen, Pakistan, Indonesien und Algerien ab; es folgten 1957 Kambodscha, Tunis, Marokko und Thailand, 1958 der Iran, Nepal und Ceylon, 1959 Guinea, der Sudan, Abessinien und Brasilien, 1960 Tunis, Ghana, Kuba, Nigeria, Rhodesien, Uganda und schliesslich 1961 Somaliland.

Die Handelsumsätze stiegen sprunghaft an. Wenn man den Stand von 1955 gleich 100 setzt, so erreichte der sowjetische Handel mit dem Nahen Osten 1959 den Index 344, der Handel mit Südostasien stieg auf 439, mit Afrika - ohne Ägypten - sogar auf 737. Der Handel der europäischen Satelliten mit den wichtigsten Handelspartnern des Sowjetblocks im Mittleren Osten - das sind der Irak, Libanon, der Sudan, Ägypten und Syrien - vergrösserte sich von 1948 bis 1958 um das Siebenfache; mit den wichtigsten afrikanischen Partnern Algerien, Ghana, Marokko, Nigerien und Tunesien stieg er sogar um das Elffache. In Asien allerdings waren die Erfolge nicht ganz so eindrucksvoll.

#### DIE KEHRSEITE DER MEDAILLE

Schliesslich ist noch auf die politischen Erfolge des Weltkommunismus in den Entwicklungsländern hinzuweisen, die nicht zu unterschätzen sind. Naturgemäss denkt man in diesem Zusammenhang zuerst an ein so sensationelles Ereignis wie die Errichtung eines sowjetischen Satellitenstaates in der westlichen Hemisphäre, nämlich in Kuba. Man sollte jedoch auch die weniger auffälligen, aber um so gefährlicheren Entwicklungstendenzen nicht übersehen, so etwa die langsame Unterwer-

fung von Laos, die Unterwanderung von Afghanistan, die Herstellung sehr enger politischer Kontakte mit den afrikanischen Staaten Guinea und Ghana und ähnliches.

Das gleiche gilt für die zielbewusste Schaffung von kommunistischen Parteien in fast allen neuen Staaten und in den Entwicklungsländern überhaupt. Diese Parteien sind zwar meistens winzig klein, aber es lohnt, sich ab und zu daran zu erinnern, dass die Kommunistische Partei der Sowjetunion im Augenblick der bolschewistischen Revolution zahlenmässig nicht gross war; es gab 1917 in Russland 270 000 bis 280 000 Mitglieder der Bolschewistischen Partei - bei einer Bevölkerungszahl von 150 Millionen! Und in Argentinien, das nur 20 Millionen Einwohner zählt, gibt es heute schon 100 000 eingeschriebene Kommunisten, eine Anzahl, die vollkommen genügen würde, um im Fall von Wirren, die ja in Südamerika nicht eben selten sind, die Macht an sich zu reissen.

Die Anhängerschaft des Kommunismus in den rückständigen Ländern scheint noch zu wachsen. So vergrösserte sich die Zahl der eingeschriebenen Mitglieder der KP von Uruguay, dem kleinsten unter den südamerikanischen Staaten und der ältesten Demokratie der Halbinsel, seit 1955 fast um das Vierfache.

Diese Tatsachen können ernste Besorgnisse erregen, denn sie zeugen eindeutig von der Absicht und den Bemühungen des sowjetisch-chinesischen Blocks, den Einfluss des Kommunismus maximal zu steigern, und von ihren dabei erzielten nennenswerten Erfolgen. Allzusehr aber sollte man sich davon doch auch wieder nicht beeindrucken lassen, denn es gibt auch eine Kehrseite der Medaille.

Vor allem ist festzustellen, dass der Handel mit dem Sowjetblock nur einen sehr geringen Teil des gesamten Handels der Entwicklungsländer ausmacht. Wenn wir den Ostblock, ausgenommen China, Nordkorea und Nordvietnam, als Ganzes nehmen, so treibt er Handel vor allem mit dem Iran, dem Irak, dem Libanon, dem Sudan, mit Ägypten, Syrien, Algerien, Ghana, Marokko, Nigeria und Tunesien, mit Burma, Ceylon, Indien, Indonesien, Malaya und Pakistan, mit Argentinien, Brasilien und Uruguay. Das sind zwanzig Staaten, denen es freisteht, nach Gutdünken Handelsbeziehungen mit beliebigen Ländern oder Gruppen von Ländern zu unterhalten. Wenn wir den gesamten Handel dieser 20 Staaten betrachten, so entfielen im Jahre 1957 nur 1,8% auf die Sowjetunion und 2% auf die europäischen Satelliten, dagegen allein 8% auf die Bundesrepublik Deutschland, 15% auf Grossbritannien und 16% auf die USA und Kanada.

Wenn wir die Entwicklungsländer als einen Block nehmen, so unterhält also der Westen, das heisst Westeuropa, die USA und Kanada, zu ihm viel bedeutendere Handelsbeziehungen als der Sowjetblock, und es ist nicht anzunehmen, dass sich daran bald etwas Entscheidendes ändern wird. Ausnahmen bilden Afghanistan, dessen Handel zu 30 bis 40% auf den Sowjetblock bezogen ist, Ägypten, das 1958 etwa 37% seines Aussenhandels mit der Sowjetunion tätigte, der Iran mit 9% und neuerdings Kuba, das sich jedoch derzeit in einem Revolutionsfieber befindet, von dem man noch nicht sagen kann, wie es enden wird.

Hier wäre noch ein wesentlicher Gesichtspunkt anzuführen. Es ist einfach falsch, anzunehmen, ein Land werde zum Sowjetsatelliten, weil es Beziehungen und speziell Wirtschaftsbeziehungen zum Sowjetblock unterhält. Wie bereits erwähnt, ist der Anteil der Sowjetunion am Aussenhandel Afghanistans am grössten. Das Land hat auch freundschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion, was man durchaus verstehen kann, wenn man sich vergegenwärtigt, dass beide Staaten eine gemeinsame Grenze von 1200 km Länge haben und dass Afghanistan von seinen allfälligen nichtkommunistischen Bundesgenossen recht weit entfernt ist. Aber seine Beziehungen zu Amerika und zur Freien Welt überhaupt sind nicht weniger eng, und es sieht nicht so aus, als würde hier die Gefahrenzone überschritten.

#### VIELE CHANCEN FÜR DEN WESTEN

Ein noch interessanteres Beispiel ist Ägypten. Der sowjetisch-chinesische Block beteiligte sich 1958 mit 37% am gesamten Aussenhandel des Landes, was eine gewaltige Steigerung im Vergleich zu 1954 war, wo der Anteil nur 8% ausgemacht hatte. Doch hat Ägypten nach 1956 nicht nur seinen Handel mit dem Sowjetblock vervielfacht, sondern auch seine Beziehungen zu England normalisiert. Im Inland aber schlug Nasser einen konsequent antikommunistischen Kurs ein und vernichtete praktisch die kommunistischen Parteien sowohl in Ägypten als auch in Syrien.

Die Enttäuschung über Nassers Verhalten spiegelt sich sogar in der sowjetischen Ideologie wider. Zweifellos in der Hoffnung auf weitere Zusammenarbeit mit den Führern der nationalistischen Bewegungen in den verschiedenen Ländern der Welt wurde 1957 eine neue These aufgestellt von der Möglichkeit eines Bündnisses zwischen den Kommunisten „und allen übrigen Schichten der kapitalistischen Gesellschaft, des Bauerntums, der Intelligenz, der kleinen und mittleren Bourgeoisie in den Städten“. Drei Jahre später,

im November 1960, mussten die versammelten kommunistischen Führer diese optimistische Beurteilung gründlich revidieren und warnten ihre Anhänger:

„Nach der Eroberung der politischen Unabhängigkeit ... zeigt die nationale Bourgeoisie in einem immer grösseren Ausmass die Neigung, sich mit der inneren Reaktion und dem Imperialismus zu versöhnen.“ Das geschah zweifellos auf Grund der Erfahrungen mit Nasser und Kassem.

Denn nach dem Staatsstreich Kassems im Jahre 1958 hatte sich der Osten im Irak sofort um das neue Regime bemüht. In dem halben Jahr von August 1958 bis Februar 1959 nahmen die Sowjetunion, China, Polen, die ČSR, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und die „DDR“ Handelsbeziehungen mit dem Irak auf. Die Sowjetunion gab einen Rüstungskredit von 120 Millionen Dollar und einen Wirtschaftskredit von 137 Millionen Dollar. Damals wurde in der Presse viel davon gesprochen, dass der Irak kurz davor stehe, ein neuer sowjetischer Satellit zu werden, zumal die Feindschaft zwischen Nasser und Kassem diesen direkt in die Arme Chruschtschows treiben müsse. Nichts dergleichen geschah. Kaum hatte Kassem seine Positionen im Inland einigermaßen gefestigt, da wanderten auch schon die Kommunistenführer in seine nicht gerade humanen Gefängnisse, und die prokommunistischen Organisationen wurden eine nach der anderen verboten.

Es sei schliesslich noch ein Aspekt der Beziehungen zu den Entwicklungsländern erwähnt: der Kampf um die Seelen oder vielleicht besser um die Gehirne der Menschen, von dem in unserer Presse in der letzten Zeit ziemlich viel gesprochen wird. Auch hier dürfte der Westen einen wesentlichen Vorsprung vor dem Sowjetblock haben. Gewiss, es gibt in der Sowjetunion eine „Universität der Freundschaft der Völker“, die den Namen Patrice Lumumbas trägt. Doch wir verfügen inzwischen über Berichte von Absolventen dieser Universität, und sie sind für uns durchaus nicht entmutigend.

Die Universität ist eigentlich nicht zur Ausbildung von aktiven Kommunisten gedacht – man will durch sie nur Mitläufer gewinnen. Aber gerade dabei sind die Erfolge der Sowjetausbilder nicht übermässig gross.

Rassenvorurteile gibt es jenseits des Eisernen Vorhangs genauso wie hier – weder Russen noch Tschechen noch Polen sehen ihre Mädchen gerne mit Negern zusammen. Dazu macht die geistige Bevormundung in der Sowjetunion auf Leute, die auch andere Verhältnisse kennen, durchwegs einen sehr schlechten Eindruck. Die fachliche Ausbildung hingegen ist im Westen einfach besser, und



*Ein neuer Regierungsbau in Delhi entsteht. Neben modernen Betonmischmaschinen die uralten Praktiken der Beförderung – Frauen, deren Kopftuch mit einem korbähnlichen Aufsatz versehen ist, schleppen die Säcke auf dem Kopf, ihre Kinder krabbeln dazwischen herum. Was von Hand gemacht werden kann, wird auch in den modernsten Betrieben meist noch von Hand gemacht. – Arbeitskräfte sind billiger als moderne Maschinen, sie brauchen weniger Wartung und keine Ersatzteile aus Übersee. Mancher deutsche Ingenieur hat schon fassungslos davor gestanden, wenn ihm abverlangt wurde, modernste Fertigungsmethoden mit denen aus der Mogulzeit zu vermischen – aber es geht, besser als man annehmen möchte.*

Fotos: Achminow

das wissen auch die Studenten aus den Entwicklungsländern. Zur Zeit studieren zum Beispiel in der Ulbricht-Republik ganze 60 Inder, während es in der Bundesrepublik mehr als 1000 sind. 1957 studierten im gesamten Ostblock etwa 1200 junge Leute aus den Entwicklungsländern, eine Zahl, die im Vergleich zu den im Westen Studierenden ganz geringfügig ist.

Es kann also keine Rede davon sein, dass der Kampf um die Entwicklungsländer für den Westen verloren sei. Im Gegenteil, wir haben die besten Chancen, ihn eindeutig zu gewinnen, vorausgesetzt, dass wir die Sache richtig einschätzen und anpacken. Es gilt dabei einerseits, unter keinen Umständen zu beschönigen oder gar die bestehenden Schwierigkeiten zu ignorieren. Man soll aber

ebensowenig die Stärke des Gegners überschätzen. Dabei sind zwei Aspekte besonders hervorzuheben.

Seit die Sputniks die Erde umkreisen und die Sowjetunion die USA in diesem Punkt eindeutig überrundet hat, steht sie in der Vorstellung vieler Leute im Westen als ein hochentwickeltes und industrialisiertes Land da. In Wirklichkeit ist die Entwicklung der Raketentechnik eine Einzelleistung, die durch die gesamte Wirtschaftsentwicklung überhaupt nicht untermauert ist. Die Sowjetregierung ist immer noch nicht imstande, ihre Bevölkerung satt zu machen. Versorgungsschwierigkeiten werden offen zugegeben, und in das neue Parteiprogramm musste die Versprechung ausdrücklich aufgenommen werden, dass „die Be-

*Englische Ware, amerikanische, sowjetische – man findet sie friedlich vereint in den Angeboten des Auto- und Maschinenhändlers in Delhi. Die Sowjets bieten hauptsächlich Landwirtschaftsmaschinen an; Personenwagen aus dem Ostblock sind selten im Strassenbild der indischen Städte. Aber die sowjetischen Maschinen haben einen grossen Nachteil – es ist meist nicht möglich, Ersatzteile zu bekommen, da es im Lande des grossen Planens ja keinen freien Handel gibt. Was nützt der schönste Traktor, wenn er beim ersten Defekt ausrangiert werden muss? So kommt es, dass die Inder, wenn sie die Wahl haben, ihre technische Ausrüstung immer lieber im Westen kaufen.*



völkerung der Sowjetunion die Möglichkeit bekommen wird, ihre Bedürfnisse an hochwertiger, abwechslungsreicher Nahrung ausreichend zu befriedigen”.

Viele Dinge, die bei uns eine Selbstverständlichkeit sind – zum Beispiel elektrischer Strom in jedem Haus, eine Eisenbahnstation in jeder einigermaßen nennenswerten Siedlung, Autos in jedem Dorf –, sind in der Sowjetunion noch reine Zukunftshoffnungen. Die meisten russischen Strassen sind im Frühjahr und im Herbst nur mit Amphibienfahrzeugen passierbar, und eine ausreichende Versorgung mit Konsumgütern, ganz gleich, ob es sich um Kleider oder Bügeleisen, um Möbel oder Geschirr handelt, ist in absehbarer Zeit ausgeschlossen.

#### DIE SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die Sowjetunion ist im Vergleich zu uns einfach arm. Ihr politisches System, die Diktatur, die die Wünsche der Bevölkerung unterdrückt, erlaubt zwar, einen grossen Teil des Volkseinkommens für politische Zwecke abzuzweigen. Aber es bleibt eine Tatsache, dass das Volkseinkommen der EWG-Länder im vorigen Jahr 178 Milliarden Dollar betrug und das der Sowjetunion 77 bis 82 Milliarden, also weniger als die Hälfte – vorausgesetzt, dass der offizielle sowjetische Umrechnungskurs Rubel – Dollar überhaupt stimmt.

Wenn wir vorher aus den statistischen Angaben ersahen, dass der Anteil des Sowjetblocks am Handel der Entwicklungsländer sehr gering ist, so drückt das einen Mangel an wirtschaftlicher Kraft, nicht etwa an Ambitionen aus. Dementsprechend wendet der Sowjetblock bei der Entfaltung seiner Aussenhandelspolitik eine ganz bestimmte Taktik an. Sie ist auf politische Effekte abgestellt und verfolgt offensichtlich nicht das Ziel, stabile Wirtschaftsbeziehungen einzuleiten, sondern eher, die Wirtschaftsbeziehungen der betreffenden Länder zur übrigen Welt zu stören. Typisch für diese Taktik sind die Ankäufe beinahe der gesamten Reisernte Burmas oder riesiger Mengen von Baumwolle aus Ägypten und von Zucker aus Kuba mit der offensichtlichen Berechnung, diese Länder so aus der sogenannten kapitalistischen Welt herauszureissen. In den beiden ersten Fällen ging die Rechnung nicht auf. Die Sowjetunion wusste schliesslich nicht, was sie mit all dem Reis anfangen sollte, und warf den Rest, den sie auch bei den Satelliten nicht mehr unterbringen konnte, zu Dumpingpreisen auf den Weltmarkt, was gerade in Burma Entsetzen hervorrief. Ägypten wiederum ging trotz der Ausnützung seiner Wirtschaftsbeziehungen zu der Sowjetunion politisch seine eigenen Wege.

In Kuba allerdings haben die Einkäufe von Zucker, den die Sowjetunion später grösstenteils an China weiterverkaufte, wesentlich zur Verschärfung der Lage in der westlichen Hemisphäre beigetragen. Deswegen sollte man die Taktik der „unberechenbaren Eingriffe“ jedoch nicht überschätzen. Sie wirkt nur dann, wenn die Lage in dem betreffenden Land unsicher und explosiv ist. Die Revolution auf Kuba haben die Sowjets nicht ausgelöst – sie haben sie nur ausgenutzt.

Hier kommen wir zum zweiten Punkt, der ebenfalls ein Gefahrenmoment darstellt. Das ist die unselige Neigung, leitende Männer der Entwicklungsländer leichtfertig zu Kommunisten oder kommunistischen Mitläufern abzustempeln. Das beste Beispiel dafür ist Nehru.

Bekanntlich hat er sich wiederholt für einen Ausgleich mit dem kommunistischen Osten eingesetzt und dabei Konzessionen an den Kommunismus befürwortet, die wir nicht akzeptieren können. Erst kürzlich machte er Äusserungen, die auf die Anerkennung des sowjetischen Anspruchs auf Berlin hinauslaufen. Doch diese Äusserungen zeugen schliesslich nur davon, dass Nehru kein guter Deutscher ist – das ist er sicher nicht. Er ist Ministerpräsident von Indien, und er wird jederzeit die Interessen Deutschlands für die Interessen seines Landes opfern. Aber kann man daraus schliessen, dass Nehru kommunistischer Mitläufer ist?

Ich hatte Gelegenheit, ausführlich mit Nehrus Stellvertretern für Parteiangelegenheiten, für Äusseres, für Wirtschaftsplanung und anderes zu sprechen. Ich hatte zahlreiche Diskussionen mit verschiedenen Angehörigen der höheren Intelligenzschicht. Der Eindruck war durchweg der, dass alle meine Partner sich der kommunistischen Gefahr sehr wohl bewusst waren. Ehrlich gesagt müsste man froh sein, wenn man in Deutschland in vergleichbaren Bevölkerungsschichten eine ähnlich detaillierte Kenntnis über den Kommunismus antreffen könnte wie in Indien. Man wird, nebenbei bemerkt, alle jene Äusserungen Nehrus, die man als Konzessionen an die Sowjets ablehnen muss, immer auf Fragen Europas oder Amerikas bezogen finden; was Asien, also seinen näheren Interessenskreis, angeht, so ist Nehru dort sehr hellhörig und alles andere als kommunistenfreundlich.

Das gelegentliche Liebäugeln indischer Politiker mit dem sowjetischen Kommunismus – ähnliches kann man von Männern wie Nasser, Kassem und einigen anderen sagen – ist von ihnen aus gesehen ein kalkuliertes Risiko, das sie eingehen müssen, um eben dem gleichen Kommunismus im eigenen Land einen Riegel vorzuschieben. Ob die

Kalkulation in jedem einzelnen Fall aufgeht, ist freilich eine andere Frage.

Zusammenfassend lässt sich zum Thema Entwicklungshilfe folgendes sagen:

1. Das Eindringen des Kommunismus in die Entwicklungsländer ist eine Tatsache, und es ist damit zu rechnen, dass der kommunistische Block seine Bemühungen in dieser Richtung noch verstärken wird. Da die Immunität der hochentwickelten Länder gegenüber dem Kommunismus offensichtlich ist, haben die Sowjets nur noch in den rückständigen Ländern eine Chance, und sie brauchen aus innenpolitischen Gründen dringend aussenpolitische Erfolge.

2. Obwohl es begrüßenswert ist, dass die Hilfe an die unterentwickelten Länder von der öffentlichen Meinung unterstützt wird, darf man sie nicht zum Fetisch machen. Das Problem ist so kompliziert, dass man die Behandlung in erster Linie Fachleuten überlassen sollte, denn es gibt in jedem Fall sehr viele und oft einander widersprechende Tatsachen gegeneinander abzuwägen.

3. Die Unterstützungswürdigkeit sollte in erster Linie nach einem Kriterium bemessen werden: nach der Fähigkeit der Regierung des betreffenden Landes, die Verhältnisse innerhalb des Landes zu ordnen und zu stabilisieren. Ihre aussenpolitische Haltung muss zwar ebenfalls in Rechnung gestellt werden, und selbstverständlich kann man von Geschäftspartnern auch Unterstützung bei aussenpolitischen Schwierigkeiten erwarten. Aber man soll sich davor hüten, Antikommunismus mit Unterstützungswürdigkeit zu verwechseln: der Antikommunismus eines Tschiang Kai-schek oder

eines Batista brachte dem Westen mehr Schaden als Nutzen, und die Sowjets fürchten viel mehr die Stabilität eines neutralen Staates als die antikommunistische Dynamik eines Landes, das innerlich für eine Explosion reif ist.

4. Man muss sich darüber im klaren sein, dass die Entwicklungshilfe – abgesehen von direkten Spenden – durchaus keine Wohltätigkeitssache ist und sein darf. Es ist vielmehr eine Hilfe an potentielle Geschäftspartner, die nicht nur menschlich und politisch, sondern auch kaufmännisch durchaus zu rechtfertigen ist.

Die wichtigste Schlussfolgerung endlich aus den bisherigen Erfahrungen dürfte die sein, dass es nicht die Stärke der Sowjets ist, die das Problem so akut macht, sondern die Schwäche des Westens. Wie wir bewiesen zu haben glauben, zeigen die Statistiken, dass der Westen dem Sowjetblock überlegen ist und es in absehbarer Zeit auch bleiben wird. Aber wir können unsere Positionen nur dann halten, wenn wir einig sind, wenn es nicht möglich ist, einzelne europäische Länder gegeneinander auszuspielen. Die Sowjets hätten sich nie in Ägypten so breit machen können, wenn nicht der irrsinnige Suezkrieg gewesen wäre; das ist zwar das klarste, aber durchaus nicht das einzige Beispiel dieser Art.

Wir müssen aus alledem eine Lehre ziehen, die vielleicht zunächst paradox anmutet, aber trotzdem richtig ist: Die Entwicklungshilfe beginnt mit der Hilfe für Europa, und der Kampf um die Entwicklungsländer beginnt mit dem Kampf um die Einheit Europas.



# Das unbekannt Land

## Über zwei neue Werke zur russischen Geschichte

VON THEODOR ARNOLD

Wie erstaunlich es auch klingen mag, aber bis in die jüngste Zeit gab es im deutschen Sprachraum keine allgemeine, für ein breites Publikum bestimmte Geschichte Russlands. Das berühmte einbändige Werk des russischen Historikers Platonow, deutsch 1927 erschienen, gehört schon längst zu den Seltenheiten des Buchantiquariats. Die in den letzten Jahren als eine Art Ersatz herausgebrachten kurzen Abrisse der russischen Geschichte und der Geschichte der Sowjetunion, von denen vor allem die saubere Arbeit von Irene Neander eine besondere Erwähnung verdient, kamen zwar dem allgemeinen Interesse, nicht aber dem allgemeinen Verständnis entgegen, da man die Geschichte eines grossen Landes kaum auf knappen 150 Seiten verständlich darstellen kann – die Geschichte eines Landes zumal, von dem man im Westen weithin bis in die gebildeten Kreise hinein nur vage Vorstellungen hat.

Um so mehr ist es zu begrüßen, dass fast gleichzeitig zwei deutsche Verlage zwei Bücher herausbrachten, die, jedes auf seine Art, diesem offensichtlichen „Notstand“ entgegenzuwirken versuchen: In Wiesbaden erschien als 8. Band der Sammlung „Wissen und Leben“ eine „Geschichte Russlands“ des in Erlangen wirkenden Osthistorikers Hans von Rimscha (Wiesbaden: Rheinische Verlags-Anstalt 1960. 604 S., Ln. DM 16,80), im Verlag Karl Alber die Übersetzung eines bereits 1957 in den USA erschienenen Buches von Hans Kohn: „Das moderne Russland. Grundzüge seiner Geschichte“ (Freiburg/München 1961. 232 S., Ln. DM 14,80).

Wenn auch das Buch von Kohn nur die Zeitspanne vom Beginn des XIX. Jahrhunderts bis zu Lenins „Revolution“ umfasst, wogegen Rimscha die Gesamtheit der russischen Geschichte bis zum Tode Stalins zu umreissen versucht (wobei im Schlusswort sogar eine Deutung der letzten Jahre angefügt ist), fordern sie doch zur vergleichenden Betrachtung förmlich heraus.

Dabei erweist sich freilich bald, dass die Essenz der Geschichte Russlands bis zum heutigen Tage – trotz der wirklich bedeutenden Vorarbeiten der letzten fünfzig Jahre – im „Dunkel“ der östlichen Welten verborgen zu bleiben scheint und den Autoren mehr das Material zu manchmal kühnen Deutungen als zu exakter Beschreibung liefert. Selbstverständlich ist es Sache jedes Historikers, die Geschehnisse zu deuten und ihren Bezug zu früheren und späteren Vorgängen aufzuspüren zu versuchen, und ebenso selbstverständlich ist es auch, dass verschiedene Historiker dabei oft zu unterschiedlichen Schlussfolgerungen gelangen werden. Aber es ist doch kaum vorstellbar, dass dieselben historischen Fakten von zwei Historikern (und nicht Feuilletonisten!) völlig gegensätzlich interpretiert werden. Was soll zum Beispiel der in der russischen Geschichte nicht besonders bewanderte Leser denken, wenn folgende zwei Stellen über die Politik Russlands auf dem Wiener Kongress von 1814 bis 1815 vergleicht:

„In Wien erreichte Alexander gegen starke Widerstände die Wiederherstellung Polens in Personalunion mit Russland (Kongresspolen). Allerdings war das, wie viele territoriale Entscheidungen in Wien, eine Kompromisslösung, insofern, als die Vereinigung der drei Teile damit nicht verbunden war und Preussen und Österreich ihre „Portionen“ behielten. Alexander legte Wert darauf, in Polen wie in Finnland, ein konstitutioneller Monarch zu sein und hat seinem neuen Königreich die liberalste Verfassung gegeben, die es damals auf dem europäischen Kontinent gab, ein Umstand, der entsprechende Rückwirkungen auf die innerpolitischen Verhältnisse in Russland selbst haben sollte.“ (Rimscha, Seite 398 f.)

„Die Sieger trafen sich 1814 in Wien, um Europa neu zu ordnen. Alexander versuchte, Russlands Grenze tief ins Herz Europas vorzuschieben und ganz Polen zu annektieren; aber die west-

lichen Mächte widerstanden seinen Wünschen. Alexander musste sich mit dem grösseren Teil einschliesslich Warschau zufriedengeben. Polens Schicksal hatte seit den drei fatalen Teilungen dieses unglücklichen und desorganisierten Landes am Ende des 18. Jahrhunderts schwer auf dem europäischen Gewissen gelastet. Dieser von Europa ehrlich empfundenen Verpflichtung Rechnung tragend, garantierte Alexander den Polen ein reiches Mass an Autonomie sowie eine Konstitution – die einzige liberale Massnahme, die er jemals tatsächlich durchgeführt hat.“ (Kohn, Seite 19)

Was wollte nun Alexander wirklich? Die Wiederherstellung des geteilten Polens oder das weitestmögliche Vordringen Russlands nach dem Westen? Wollten die „westlichen Mächte“ sein Vordringen verhindern oder waren sie bestrebt, die bereits annektierten Teile Polens zu behalten? War die Verfassung Kongresspolens eine Herzensangelegenheit Alexanders oder die Folge eines Drucks des „europäischen Gewissens“ gewesen?–

Oder eine andere Frage, die Frage nach den Ursachen des russisch-japanischen Krieges von 1904/1905:

„Inzwischen hatten die imperialistischen Kräfte gegen den Widerstand Wittes auch in der Aussenpolitik Oberhand gewonnen. Im Wettlauf mit den anderen imperialistischen Mächten, im Bestreben nach staatlicher Machtausweitung und auf der Suche nach konkurrenzarmen Märkten wurde die russische Ostasienpolitik aktiviert und in Überschätzung der eigenen militärischen Möglichkeiten Russland in den Krieg mit Japan getrieben. In Vorwegnahme moderner Kriegsmethoden haben die Japaner ihn ohne Kriegserklärung durch einen Überfall auf den russischen Kriegshafen Port Arthur ausgelöst (Februar 1904).“ (Rimscha, Seite 488)

„Als Kronprinz hatte Nikolaj II. den Fernen Osten bereist (1891). Von da an richtete sich die russische Aufmerksamkeit auf gigantische und ambitionöse Ziele in China und Japan. Der Traum, mit der Kontrolle über Konstantinopel und den Nahen Osten die imperiale Nachfolge von Byzanz antreten zu können, war verblasst seit der diplomatischen Niederlage von 1878. Ein anderer imperialistischer Traum, die Nachfolge der mongolischen Herrschaft anzutreten, belebte sich statt dessen ... Der realistische Witte glaubte auch an die asiatische Expansion...“ (Kohn, Seite 78 f.)

Was waren nun die Gründe für den russisch-japanischen Krieg: handfeste imperialistische Interessen, die allen Mächten damals eigen waren, oder der mystische Traum, wenn schon nicht nach

der Krone von Byzanz, so doch nach der Pelzmütze Dschingis-Khans zu greifen? Und: war Witte für oder gegen diesen Krieg?

Beispiele ähnlicher nicht nur unterschiedlicher Deutungen, sondern so gut wie gegenteiliger Darstellungen liessen sich wenn schon nicht beliebig, so doch lange genug fortsetzen. Es erhebt sich also die Frage nach dem Grund solch gegensätzlicher Auffassungen und Interpretationsweisen.

Diese Frage ist nicht gar so schwer zu beantworten. Bei aller Kürze seiner Darstellung (elfhundert Jahre russischer Geschichte auf 587 Seiten) versucht Hans von Rimscha, die russische Geschichte möglichst vollständig zu beschreiben und – was notwendig dazugehört – zu deuten. Aber diese seine Deutung verrät den versierten Osthistoriker, der seinen Gegenstand nicht nur kennt, sondern auch eine innere Neigung für ihn hat. Er ist bemüht, der russischen Geschichte Gerechtigkeit widerfahren zu lassen und die über sie verbreiteten Mythen und Märchen auszuräumen. Das ist ihm weitgehend gelungen. Mit vollem Recht schreibt er in seinem Vorwort:

„Das Buch soll nicht ein Rückblick in die Vergangenheit sein, der in perspektivisch verzerrter Sicht das Näherliegende vergrössert. Es sollte vielmehr aus historischer Sicht der gleichmässige Fluss der Entwicklung erkennbar gemacht werden.“

Anders Hans Kohn: Für ihn gibt es – nach seinem vorliegenden Buch zu urteilen – eine Entwicklung, die entweder als „fortschrittlich“ oder als „rückwärtlich“ bezeichnet werden muss, einen Fortschritt aber, der an absoluten Normen der Gegenwart gemessen wird. Daher hat Alexander der I. den „Drang“ nach dem Westen und ist (im Vergleich zum Ideengut der Französischen Revolution) ein Erzkonservativer; daher der Mythos von der russischen Ostasienpolitik; daher die vielen Stellen, die weniger der russischen Realität des XIX. Jahrhunderts, als den geistigen Strömungen der russischen Intelligenz gewidmet sind; daher die harten Urteile über die russischen Zaren.

Es soll hier keineswegs bestritten werden, dass der Kommunismus in seiner Lenin-Stalinschen Prägung viele Elemente der russischen revolutionären Tradition und der russischen Wirklichkeit angenommen hat; es dürfte aber ebensowenig zu bestreiten sein, dass der kommunistische Totalitarismus nicht aus der russischen Geschichte abgeleitet und zu ihrem Erbe erklärt werden kann – ebensowenig, wie man die Nationalitätenpolitik des Zaren mit derjenigen der Kommunisten je verwechseln kann, was Kohn – eigentlich doch einer der bedeutendsten Kenner des Nationalitätenproblems – leider tut. Es entgeht ihm, dass die

Kommunisten – im Gegensatz zu den Regierungen der letzten beiden Zaren – nicht auf eine „Russifizierung“, sondern auf eine Vermischung aller Völker hinsteuern, die jede nationale Eigenart – auch die russische – aufzuheben bestrebt ist.

Weniger kann Kohn der Vorwurf gemacht werden, er habe versucht, Marx zu retten und die Schuld für die „russische Entartung“ des Marxismus Lenin und Stalin zuzuschieben (wie das in manchen westlichen Kreisen seit der Machtergreifung Lenins und besonders seit der Alleinherrschaft Stalins vielfach Mode geworden ist). Kohn glaubt an die demokratische Wiedergeburt Russlands und ist bedacht, die liberalen Elemente im russischen Geistesleben hervorzuheben. Aber zuweilen glaubt man doch auch bei ihm zwischen den Zeilen den Vorwurf herauszuhören, die Kommunisten seien mehr die Erben von Bakunin und Netschaew als von Marx und Engels.

Trotz dieser Vorbehalte stellt das Buch Kohns eine Bereicherung der einschlägigen Literatur dar, nicht zuletzt wegen des interessanten, wenn auch etwas einseitigen Dokumentenanhanges. Jedenfalls wäre jeder Vergleich mit solchen unqualifizierten Versuchen über die russische Geschichte

unstatthaft, wie sie etwa *Ost minus West gleich Null* von Keller oder *Das russische Perpetuum Mobile* von Dieter Friede darstellen. Diese letzteren Arbeiten (von denen das Buch D. Friedes in Heft 3/1959 der *freien Rundschau* besprochen wurde) sind nicht nur neue Belege für eine wöllige Verkennung der russischen Geschichte, sondern sind als Ausdruck einer Haltung zu werten, die in der ernsthaften historischen Literatur nichts zu suchen hat. Mit Hans Kohn kann man diskutieren und auch anderer Meinung sein, mit Keller und Friede ist jegliche Diskussion unmöglich oder besser: überflüssig.

Ausdrücklichen Beifall jedoch verdient das Buch von Hans von Rimscha. Jedem, der sich über die russische Geschichte unterrichten möchte, ohne gleich ein fachwissenschaftliches Studium anfangen zu wollen, sei es wärmstens empfohlen. Endlich eine Geschichte Russland für den interessierten Leser, die unterrichtet und die Zusammenhänge erhellt, ohne zu verzerren und alteingewurzelte Vorurteile zu übernehmen.

\*) Über ein drittes Standardwerk zur russischen Geschichte referieren wir in diesem Heft auf Seite 48. D. Red.



**W. O. Kljutschewskij:** „Russische Geschichte“. Zürich: Artemis 1961. 810 Seiten. DM 19,80

Immer wieder wird im Westen der Versuch unternommen, die Entstehung des Kommunismus in Russland aus dem ganzen Ablauf der russischen Geschichte abzulesen. Dabei werden stets dieselben Namen zitiert: Netschajew, Dostojewskij, Danilewskij. Paradoxerweise wird Dostojewskij dann zum Mitläufer Netschajews gestempelt, eines Mannes also, den er immer für einen skrupellosen Abenteurer und einen Nihilisten gehalten und den er in seinem Roman „Die Besessenen“ in schwärzesten Farben geschildert hat.

Die Veröffentlichung der „Russischen Geschichte“ von Klju-

tschewskij durch den Züricher Artemis-Verlag darf in diesem Zusammenhang als ein sehr positives Zeichen angesehen werden. Kljutschewskij nämlich ist ein Historiker, kein Politiker, der die Wissenschaft in den Dienst irgendwelcher persönlicher Überzeugungen stellt. Freilich fehlen auch ihm Sympathien und Antipathien nicht, doch beziehen sich diese bei ihm nicht auf die Politik sondern eben auf die Geschichte.

Kljutschewskij war ein Schüler des Historikers Sergej Ssolowjow, des Vaters des Religionsphilosophen Wladimir Ssolowjow. Dementsprechend interessierte er sich – im Gegensatz etwa zu Karamzin – weniger für die Aktionen der Zaren und Fürsten als für die Entstehung und Ausbreitung des russischen Staatsgedankens. Das wird besonders deutlich bei seiner Analyse der Herrschaftsepoche und der Reformen Peters des Grossen. Wie er wiederholt betont, sind diese Reformen in erster Linie aus militärischen Notwendigkeiten vorgenommen worden und waren

deshalb auch ganz auf diese Notwendigkeiten abgestimmt. Gerade das erklärt ihre Unvollständigkeit und – in mancher Hinsicht – auch Unzulänglichkeit.

Kljutschewskij ist auch ein „Zapadnik“, das heisst ein „Westler“, jedoch nicht in dem Sinne, dass er alles Europäische bejahte, sondern eher in dem Sinne, dass er ein langsames, organisches Zusammenwachsen der russischen und der westeuropäischen Kultur und Tradition erwartet und erhofft.

Freilich ist er auch ein russischer Patriot gewesen, was ihm im Westen gelegentlich angekreidet wurde. Indes muss ja der Patriotismus nicht notwendig auf Kosten anderer Völker gehen und gewiss auch nicht immer zum militanten Chauvinismus führen. Bei Kljutschewskij ist das auch keineswegs der Fall gewesen. Seine Sympathien liegen auf der Linie des Puschkinschen positiven „Imperialismus“ im Sinne der Errichtung eines Reiches, in dem alle sich

glücklich und zufrieden fühlen. Denn es ist das Volk, das ihm — wie gesagt — am Herzen liegt, weniger seine Herrscher.

Sicherlich kann man in Ključtšewskijs Russlandbild einige Ansätze für die anarchistische Entwicklung der russischen Geschichte finden, wie sie sich im Jahre 1917 offenbarte. Dazu wäre allerdings zu bemerken, dass solche Motive erstens in der Geschichte eines jeden Volkes nachweisbar wären und dass es sich zweitens hauptsächlich um Nebenerscheinungen handelt, aus denen man keineswegs eine fatale Unvermeidbarkeit des kommunistischen Umsturzes herauslesen darf.

Wie dem auch sei — die Lektüre dieses keineswegs überholten klassischen Werkes vermag ein weitaus besseres Bild von der Entwicklung Russlands in der Zeit von Peter dem Grossen bis Nikolaus I. zu vermitteln, als das bei den meisten modernen Werken auf diesem Gebiete der Fall ist. Dem Artemis-Verlag gebührt unser Dank für dieses verlegerische Unternehmen.

A. K.

(Vgl. hierzu unseren Beitrag „Das unbekannt Land“ auf S. 44 der vorliegenden Ausgabe der „freien Rundschau“. Anm. d. Red.)

**Französische Kultur.** Dokumente 1961. Verlag der Dokumente, Köln 1961. 108 Seiten, DM 4,80

Dieses erste Heft einer Reihe, die alljährlich über den Stand der französischen Kultur in ihren hauptsächlichlichen Lebensbereichen Aufschluss geben will, versucht eine Bilanz der letzten fünfzehn Jahre zu ziehen. Von den informativen Beiträgen über die einzelnen einschlägigen Gebiete — Literatur, Musik, Malerei, Theater und Film, Wissenschaft und Erziehung, Massenmedien — wird unsere Leser der Aufsatz von Francois Wahl: „Von Sartre zu Teilhard de Chardin“ wohl am

meisten interessieren, weil in ihm unter anderem die Befassung der zeitgenössischen französischen Philosophie mit dem Marxismus — freilich nur auf knappstem Raum — behandelt wird.

f.r.

**Frank Gibney:** „The Khrushchev Pattern“. Verlag Duell, Sloan an Pearce, New York 1960. 280 Seiten

Als Mitarbeiter der grossen amerikanischen Zeitungen „Time“, „Life“ und „Newsweek“ war der Autor in den letzten Jahren an vielen Orten des Kalten Krieges anzutreffen. Er erlebte die Berliner Blockade, den Korea-Krieg und unternahm im Auftrag seiner Zeitungen ausgedehnte Reisen durch den europäischen Ostblock. Daraus resultiert seine Kenntnis der sowjetischen Politik, die er in knapper, verständlicher Sprache zu skizzieren versteht.

In dem vorliegenden Buch untersucht er den wohl erstaunlichsten Umschwung, der jemals in der Geschichte der grossen internationalen Politik vorgegangen ist. Der Führer der Sowjetunion, Chruschtschow, nutzte seine Macht aus, die gesamte internationale kommunistische Bewegung den Pfad einer „competitive coexistence“ zu weisen. Diese neue Taktik schien nicht nur das ganze stalinistische System umzukehren, sondern es sprach der Prämisse der kommunistischen Ideologie, dem Weltkommunismus, offensichtlich Hohn. Doch wie sich bald herausstellen sollte, streute er dem westlichen Lager nur Sand in die Augen, um Grösseres vorzubereiten. Denn der ungarische Aufstand, die U-2-Affaire und das abrupte Verlassen der Gipfelkonferenz im Frühjahr 1960 bewiesen, dass diese neue Strategie Chruschtschows nichts anderes war als ein Mäntelchen für eine viel gefährlichere Politik. Es begann die Ausdehnung des Kommunismus auf die Entwick-

lungsländer. Dadurch wurde nach Ansicht des Autors diese Politik noch bedrohlicher als die der offenen Aggression Stalins. Es begann die schleichende Unterwanderung der jungen Staaten. Gibney zeigt, wie der Kommunismus von der Plattform des „Weltgewerkschaftsbundes“ aus und mit Hilfe der von dieser prokommunistischen Vereinigung gebildeten „Jugendverbände“ in den Staaten des Vorderen und Mittleren Orients, in Afrika sowie in Lateinamerika einen Stützpunkt nach dem anderen gewann. Durch grosszügige langfristige Kredite, die die unterentwickelten Länder dringender benötigten als die Beteuerungen des Westens, kettete Moskau sie an sich mit allen daraus entstehenden Konsequenzen. Chruschtschow schätzte in seiner Politik die mehr rezeptive Atmosphäre in Afrika und Asien richtig ein, wo man sich wenig darum kümmerte, was in Ungarn geschah. Er erklärte ihnen die Nachteile des „sterbenden“ Kapitalismus und Kolonialismus auf der Grundlage einer „neuen brüderlichen Verbundenheit“. Die unmündigen Staaten tauschten also den westlichen gegen den sowjetischen Imperialismus ein, was sie heute zum Teil bemerken und bedauern. So erweiterte Chruschtschow sein Netz ständig und schuf gleichzeitig dauernd Zündstoff für die Weltpolitik. Obgleich, das zeigt der Autor ebenfalls, die kommunistische Disziplin bei den europäischen kommunistischen Parteien nach dem Ungarnaufstand ein wenig durcheinander kam, sahen auch diese die „Tauwetterpolitik“ gern, hatten sie doch freiere Hand in ihrer Arbeit.

Gerade für die gegenwärtige politische Situation ist dieses Buch eine Auskunftsquelle ohnegleichen, beweisen doch die Untersuchungen Gibneys die folgerichtige Entwicklung der heutigen Lage.

Abschliessend sei noch auf den vorzüglichen Anhang verwiesen, in dem in alphabetischer Reihenfolge die Länder verzeichnet sind, wo die kommu-

nistische Bewegung Eingang gefunden, Stützpunkte gewonnen und politische Köpfe ausgebildet hat. P. K.

**Günther Weisenborn:** „Am Jangtse steht ein Riese auf.“ Notizbuch aus China. München: List 1961. 257 Seiten. DM 13,80

„Ich schrieb dieses Buch weder den Herren in Bonn zuliebe, noch den Herren in Pankow zuleide – sondern einzig um der Wahrheit willen“, erklärt der Autor. Indes sieht diese seine Wahrheit wahrhaftig verführerisch aus. Auf Einladung des rotchinesischen Schriftstellerverbandes weilte er einige Wochen in Rotchina, wo er vorwiegend mit den offiziellen Vertretern der kommunistischen Regierung zusammenkam. Die Entwicklung in diesem Lande sieht er dementsprechend durch die rosarote Brille, die ihm diese Funktionäre aufgesetzt haben. Selbst Erscheinungen, die inzwischen sogar von Mao für schädlich erklärt wurden, weiss er nur zu preisen.

Weisenborns Bemühungen gehen dahin, sich als Freund des chinesischen Volkes hinzustellen. Ein Freund dieses Volkes zu sein, heisst für ihn jedoch auch ein Anhänger seines heutigen Regimes zu werden. Denn dieses Regime proklamiert er zum Vertreter der chinesischen nationalen Interessen, und das der Tatsache zum Trotz, dass der grösste Teil der chinesischen Intelligenz sich wiederholt und öffentlich von dieser Regierung distanziert hat.

Es ist wirklich traurig, dass es in der Bundesrepublik Deutschland vielfach zur Sitte geworden ist, die Rechtmässigkeit des kommunistischen Regimes der Ostzone zu bestreiten, mit den kommunistischen Regierungen vieler anderer Länder jedoch zu sympathisieren. In der Phantasie der Vertreter solcher Ansichten wird der Kommunismus damit zu einer Subsumtion verschiedenster

Kräfte und verschiedenster Richtungen; für sie sind die Kommunisten einzuteilen in gute und böse. In völliger Verkennung der Gefahr, die der Welt heute seitens des internationalen Kommunismus droht, spielen diese Menschen mit dem Schicksal ihres eigenen Volkes und dem der anderen Völker der Welt.

Ob sich die „Herren in Bonn“ über das Buch von Günther Weisenborn ärgern werden, bleibt einstweilen offen. Fest steht jedenfalls, dass ihm die „Herren in Pankow“ dafür herzlichst dankbar sein werden. --in

**Statistisches Taschenbuch** für die Bundesrepublik Deutschland 1961. Herausgegeben vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden. Stuttgart: Kohlhammer 1961. 204 Seiten

Selbst trockene statistische Daten können zu einer anregenden Lektüre werden, wenn sie übersichtlich und verständlich

die wichtigsten Aspekte unseres täglichen Lebens wiedergeben. In einem demokratischen Staat ist darüber hinaus ein statistischer Wegweiser durch die verschiedensten Gebiete des öffentlichen und des wirtschaftlichen Lebens eine der für die politische Meinungsbildung unerlässlichen Voraussetzungen.

Mit der Herausgabe des Statistischen Taschenbuches ist es dem Wiesbadener Statistischen Bundesamt gelungen, sowohl jedem politisch interessierten, in statistischen Berechnungsmethoden jedoch nicht versierten Bürger ein Hilfsmittel zur Orientierung über die Lebensbedingungen seines Landes zu geben, als auch ein durch seine geschickte Zusammenstellung von Daten aus verschiedenen Sachgebieten und übersichtlichen Schemata sehr anregendes Büchlein zu schaffen. Besonders derjenige, der die statistischen Manipulationen und endlosen Angaben von nichtssagenden Prozentzahlen in den totalitären Staaten kennt, wird das Erscheinen des leicht zugänglichen, an breiteste Kreise sich wendenden und dazu noch bequem zu handhabenden Taschenbuches begrüssen. -d

## HINWEISE

Der Beitrag „Erzeugermarkt und Extrageld“ von Joseph Novak ist – mit freundlicher Genehmigung des Verlags – dem soeben erschienenen Erlebnisbericht „Uns gehört die Zukunft, Genossen! – Gespräche mit russischen Menschen“ entnommen. Dieses von der Kritik als „einer der dramatischsten Weckrufe an die eingeschlafene Wachsamkeit“ der satten Menschen im Westen bezeichnete, sehr lebendig und wirklichkeitsnah geschriebene Buch ist im Scherz Verlag, Stuttgart, herausgekommen (303 Seiten, Lwd. DM 16,80).

\*

Die Untersuchung über „Das neue Wirtschaftsprogramm der

Sowjetunion“ ist erstmals in dem Informationsdienst „Der aktuelle Osten“, Bonn, veröffentlicht worden, der uns den Abdruck freundlicherweise gestattete.

\*

Aus gegebener Veranlassung bitten wir unsere Leser dringend, uns Adressenänderungen rechtzeitig bekanntzugeben, damit in der Belieferung mit der „freien rundschau“ keine Unterbrechung eintritt.

\*

Das Sach- und Personenregister zum Jahrgang 1961 der „freien rundschau“ erscheint in Heft 1/1962 unserer Zeitschrift.

# МОСТЫ

BRÜCKEN

*Hefte für  
Literatur, Kunst und Politik*

*Es liegen vor:*

Heft 1 / 1958, 430 Seiten  
Heft 2 / 1959, 462 Seiten  
Heft 3 / 1959, 438 Seiten  
Heft 4 / 1960, 430 Seiten  
Heft 5 / 1960, 345 Seiten  
Heft 6 / 1961, 382 Seiten  
Heft 7 / 1961, 398 Seiten  
Preis je Heft DM 5,- / \$ 3,-

## MITARBEITER DER BISHER ERSCHIENENEN HEFTE:

### Erzählungen und Prosafragmente

G. Andreev; N. Berberova; J. Bol'schuchin; I. Bunin;  
G. Gazdanov; Vl. Jurasov; V. Korvin-Piotrovskij;  
A. Kulakovskij; N. Narokov; L. Rshvskij; V. Sers;h;  
I. B. Singer; P. Tschavtschavadse; N. Tschencov; B. Zajcev

### Lyrik

L. Alekseeva; O. Anstej; I. Burkin; A. Ertel'; O. Il'inskij;  
J. Ivask; I. Jelagin; Vl. Jurasov; D. Klenovskij; G. Lachman;  
I. Legkaja; S. Makovskij; B. Pasternak; S. Pregel'; M. Stark;  
J. Tauber; J. Trubecko; J. Tschinnov

### Politik, Literatur, Wissenschaft

G. Adamovitsch; V. Alexandrova; G. Andreev; Th. Arnold;  
A. Bachrach; N. A. Berdjaev; D. Burg; N. Efremov; V. Frank;  
G. Gazdanov; K. Gerschel'man; J. Ivask; V. S. Jasnovskij;  
J. Klein; M. Korjakov; G. Kotschevickij; G. Krugovoj;  
S. Levickij; Vl. Markov; A. Mazurova; D. Mereshkovskij;  
A. Nejmirko; N. Osipov; G. Petrov; N. Poltorackij;  
K. Pomerancev; P. Schelestov; L. Schestov; A. Schik;  
D. Schub; Vl. Shabinskij; F. Stepun; Vl. Weidlé; J. Werger;  
Gr. Zabeshinskij

**Verlag des Z O P E · München 19 · Renatastrasse 77**

Einzelpreis DM 1.